



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

**„[W]elche nicht Deutschösterreicher, welche nicht
einmal Deutsche sind“**

Debatten über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina im
Wiener Gemeinderat (1919-1920)

verfasst von / submitted by

Barbara Maria Gruber, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt/
degree programme code as it appears
on the student record sheet:

A 190 313 299

Studienrichtung laut Studienblatt /
degree programme as it appears
on the student record sheet:

Lehramtsstudium, UF Geschichte, Sozialkunde,
Politische Bildung, UF Psychologie, Philosophie

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Peter Eigner

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig und ohne die Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 01.02. 2019

Unterschrift:

Barbara Maria Gruber

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Fragestellungen und Erkenntnisinteressen	1
1.2. Forschungsstand	2
1.3. Aufbau der Arbeit	5
2. Quellen und Methode	8
2.1. Quellenkorpus	8
2.2. Methode	9
3. Begriffe und Konzepte	13
3.1. Definition von Antisemitismus	13
3.2. Shulamit Volkov - Antisemitismus als „Cultural Code“	14
3.3. Der Begriff „Ostjude“	15
4. Antisemitismus und die Entwicklung der österreichischen Parteien	19
4.1. Karl Lueger und die Christlichsoziale Partei	19
4.2. Die Sozialdemokratische Partei	21
4.3. Die Deutschnationale Bewegung	23
5. Migration aus Galizien und der Bukowina nach Wien	26
5.1. Zuwanderung vor dem Ersten Weltkrieg	26
5.2. Der Erste Weltkrieg	28
5.2.1. Kriegsschauplatz Galizien/Bukowina	29
5.2.2. Flüchtlingspolitik der Regierung	32
5.2.3. Wien und die Geflüchteten	35
5.2.4. Lebensverhältnisse jüdischer Geflüchteter	37
5.2.5. Antisemitische Diskriminierung der Flüchtlinge in Wien	38
6. Der Staat „Deutschösterreich“ und die jüdischen Weltkriegsflüchtlinge	42
6.1. Die politische und wirtschaftliche Lage der neuen Republik	42
6.2. Jüdische Geflüchtete zu Beginn der Ersten Republik	45
6.3. Die rechtliche Situation der Kriegsflüchtlinge aus Galizien und der Bukowina	46
6.3.1. Staatsbürgerschaftsgesetze	46
6.3.2. Heimatrecht und Option	48
6.3.3. Sever-Erlass	51
6.4. Die „Ostjudenhetze“ zu Beginn der Ersten Republik	52
6.4.1. Die Demagogie der rechten Parteien gegen „OstjüdInnen“	53
6.4.2. Die politische Linie der Sozialdemokratischen Partei	54
7. Kontextanalyse – Der Wiener Gemeinderat	57

7.1. Institutioneller Kontext – Geschichte und Funktion des Gemeinderates	57
7.2. Medialer Kontext – politische Reden	60
7.3. Situativer Kontext – PolitikerInnen im Gemeinderat	61
7.3.1. Abgeordnete der Christlichsozialen Partei	61
7.3.2. Abgeordnete der Deutschnationalen Partei	64
7.3.3. Abgeordnete der Jüdischnationalen Partei	65
7.3.4. Abgeordnete der Freiheitlich-Bürgerlichen Partei	66
7.3.5. Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei	67
8. Gemeinderatsdebatten über jüdische Geflüchtete (1919-1920)	69
8.1. Antisemitismus im Gemeinderat	69
8.1.1. Antisemitismus als „wirmächtige“ politische Strategie	70
8.1.2. Die „Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien“	73
8.2. Migrationspolitik	78
8.3. Völkische Argumentationslinien	83
8.3.1. Von jüdischen „Kriegsgewinnern“ und tapferen „arischen“ Kämpfern	84
8.3.2. Mitleid mit den „eigenen Volksgenossen“	85
8.3.3. „Die dem Wiener stets eigenartige Gastfreundschaft“	86
8.3.4. Gewaltandrohungen	88
8.3.5. Legitimation von Gewaltanwendungen	89
8.4. Wohnpolitik	91
8.4.1. Exkurs: Wohnungsnot in Wien	91
8.4.2. Die Wohnungsnot als „Ostjudenfrage“	95
8.5. Ökonomische Argumentationslinien	102
8.5.1. Wirtschaftliche Konkurrenz	102
8.5.2. Der mittellose Flüchtling als „reicher Schieber“	103
8.5.3. Von „Wucher“, „Schleichhandel“ und „Preistreiberei“	105
8.5.4. „Vergiftung der Wirtschaft“	105
8.6. „Eine kulturelle Frage der christlichdeutschen Kultur“	106
8.7. Krankheitsmethaphern	108
9. Resümee	110
10. Literatur- und Quellenverzeichnis	116
10.1. Primärquellen	116
10.2. Sekundärliteratur	117
10.3. Internetquellen	123
Abstract	125

1. Einleitung

„Es ist furchtbar schwer, ein Ostjude zu sein; es gibt kein schwereres Los, als das eines fremden Ostjuden in Wien.“¹

Die Ausrufung der Ersten Republik feierte während der Entstehung der vorliegenden Arbeit ihr hundertjähriges Jubiläum. Am Beginn der Republik „Deutschösterreich“ stand eine breit geführte Debatte über jüdische Geflüchtete und über die Frage, wer „DeutschösterreicherIn“ ist und wer nicht. Die antisemitisch aufgeladene „Ostjudendebatte“ war vor hundert Jahren in aller Munde, die Abschiebung der „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ wurde von der Tageszeitung „Reichspost“ sogar zur „Schicksalsfrage der Republik“ stilisiert.²

Hintergrund der Demagogie war die Tatsache, dass nach Ende des Ersten Weltkrieges etwa 25.000 mehrheitlich jüdische Kriegsflüchtlinge aus Galizien und der Bukowina in Wien lebten. Personen, die ab 1914 aus den umkämpften Gebieten an der nordöstlichen Front in ihre Hauptstadt, die Hauptstadt der Habsburgermonarchie, geflohen waren, wurden nun, zu Beginn der Ersten Republik, zu Ausländern gemacht. Ab 1918 wurde die Abschiebung der jüdischen Kriegsflüchtlinge auf allen politischen Ebenen gefordert. Auch im Wiener Gemeinderat wurde die „Ostjudenfrage“ heftig diskutiert und zum Anlass für antisemitische und fremdenfeindliche Demagogie sowie diskriminierende Gesetzgebung genommen.

1.1. Fragestellungen und Erkenntnisinteressen

In der vorliegenden Arbeit wird eine Analyse der Wiener Gemeinderatsdebatten über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina in den Jahren 1919 und 1920 unternommen. Im Zuge der Arbeit soll herausgefunden werden, unter welchen Verhandlungspunkten im Wiener Gemeinderat über „ostjüdische“ Flüchtlinge diskutiert wurde. Dabei wird den Fragen nachgegangen, wie häufig solche Debatten geführt wurden, welche Rolle Antisemitismus in den Aushandlungsprozessen hatte und welche PolitikerInnen für die Stimmungsmache gegen die Geflüchteten im Wiener Gemeinderat verantwortlich waren. Die Debatten im Gemeinderat in den Jahren 1919 und 1920 sind auch deshalb von besonderem Interesse, da die rechten Parteien, die zur selben Zeit in anderen politischen Gremien die Hetze gegen „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ vorantrieben, während des Untersuchungszeitraumes die Opposition stellten und einer sozialdemokratischen

¹ Joseph Roth, Juden auf Wanderschaft, hg. v. Karl-Maria Guth (Berlin 2015) 34.

² Zit.nach: Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 273.

Mehrheit gegenüber standen. Ich möchte herausfinden, ob das Verhältnis von rechten und linken Parteien im Gemeinderat Auswirkungen auf den Verlauf der Debatten hatte.

Die Analyse der Reden wird mit Hilfe von diskursanalytischen Methoden durchgeführt. Die Untersuchung der Reden soll aufzeigen, welche Bilder von jüdischen Geflüchteten konstruiert wurden und welche antisemitischen und fremdenfeindlichen Argumentationslinien bedient wurden. Die diskursanalytische Untersuchung geht auch der Frage nach, welche diskursiven Strategien verwendet werden, um politische Forderungen zu legitimieren. Es soll gezeigt werden, ob beziehungsweise wie Antisemitismus als politische Strategie verwendet wurde und wie in den Gemeinderatsdebatten antisemitische Stereotype reproduziert wurden. Ich möchte auch herausfinden, inwiefern Antisemitismus Einfluss auf die Debatten im Gemeinderat hatte und die politischen Entscheidungen geprägt hat.³

Die „Ostjudendebatte“, die das politische Klima in den frühen Jahren der Ersten Österreichischen Republik dominierte, war geprägt von antisemitischen Ressentiments. Sie war zugleich auch eine Debatte über Flüchtlinge und darüber, wer Teil der neu gegründeten Republik „Deutschösterreich“ sein sollte. Die fremdenfeindliche und antisemitische Ausrichtung der Hetze gegen JüdInnen aus Galizien und der Bukowina steht in engem Zusammenhang mit nationalistischen Ideen. Bei der Analyse soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle Nationalismus und die Vorstellung von „Deutschösterreich“ als Nation in den Debatten über „OstjüdInnen“ spielte. Die Reden im Gemeinderat sollen außerdem im Kontext von Diskursen über Geflüchtete in Österreich verstanden werden. Welche Funktion hatten und haben fremdenfeindliche Argumentationslinien für die politische Agitation?

1.2. Forschungsstand

In den letzten Jahrzehnten haben mehrere HistorikerInnen zum Thema der jüdischen Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina während des Ersten Weltkriegs und zu Beginn der Ersten Österreichischen Republik geforscht.

Ein viel zitiertes Werk zur Thematik ist die Monographie „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923“ (1995) von Beatrix Hoffmann-Holter.⁴ Die Historikerin geht eingehend auf die Flüchtlingspolitik der k.u.k. Monarchie während des Ersten Weltkrieges und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu Beginn der Ersten Republik ein. Sie legt außerdem eine ausführliche, auf zahlreichen Quellen basierende Beschreibung der „Ostjudenhetze“ in Presse, Politik und Gesellschaft in den Jahren 1914 bis 1923 vor. Der

³ Vgl. Matthias Falter / Saskia Stachowitsch, Political Jewish Studies. Politikwissenschaftliche Analyse jüdischer politischer Repräsentation und Partizipation. In: Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017) 19-33, hier: 32f.

⁴ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995).

Schwerpunkt der Historikerin liegt auf der Sichtbarmachung des Antisemitismus in den verschiedenen politischen Lagern, der zur Ausweisung der jüdischen Geflüchteten führte.

Wesentliche Beiträge zum Umgang mit „OstjüdInnen“ in Österreich finden sich in den beiden Sammelbänden über österreichische Flüchtlingspolitik „Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914“⁵ (1995), herausgegeben von Gernot Heiss und Oliver Rathkolb, sowie „Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert“⁶ (2017), herausgegeben von Börries Kuzmany und Rita Garstenauer. Hervorzuheben ist hier besonders der Text „Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918“ von Margarete Grandner, in dem die Autorin beschreibt, wie die jüdischen Kriegsflüchtlinge, die während des Ersten Weltkrieges in die Hauptstadt der Habsburgermonarchie geflohen waren, zu AusländerInnen gemacht wurden.⁷ Grandner fokussiert sich auf die politischen Prozesse, die der Ausweisung der jüdischen Geflüchteten vorangingen und weist dabei auf den Einfluss von Antisemitismus bei der Ausverhandlung der Staatsbürgerschaftsgesetze hin.

Eine wesentliche Grundlage für die Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik während des Ersten Weltkrieges stellt Walter Mentzels Dissertation „Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg“ (1997) dar, in der er die Kriegspolitik des k.u.k. Heeres an der nordöstlichen Front und die Maßnahmen der k.u.k. Regierung im Umgang mit Kriegsflüchtlingen aus Galizien und der Bukowina ausführlich erörtert.⁸ Mentzel veröffentlichte zum selben Thema auch Artikel in den Sammelbänden „Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914“ und „Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert“.⁹ Der Ausstellungskatalog „Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg“ (2014) des Jüdischen Museums Wien beinhaltet einige Beiträge zur Situation von JüdInnen an der nordöstlichen Front und in Wien zur Zeit des Ersten Weltkrieges, die für meine Arbeit von besonderem Interesse waren.¹⁰

⁵ Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995).

⁶ Börries Kuzmany / Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert (Wien 2017).

⁷ Margarete Grandner, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918, in: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995).

⁸ Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997).

⁹ Vgl. Fußnoten 5 und 6.

¹⁰ Marcus Patka, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014).

In den beiden Standardwerken über österreichischen Antisemitismus „Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung“¹¹ von Bruce Pauley und „Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert.“¹², herausgegeben von Gerhard Botz u.a., wird eingehend auf den Zusammenhang zwischen den „Ostjudendebatten“ und dem Anstieg des Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit hingewiesen. Den Jahren nach Beendigung des Ersten Weltkrieges wird dabei ein besonderer Stellenwert bei der Radikalisierung des österreichischen Antisemitismus zugemessen. Diese beiden Werke bieten gemeinsam mit Albert Lichtblaus Aufsatz „Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte“¹³ (2009) die Grundlage für die Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Antisemitismus innerhalb der österreichischen Großparteien.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit Bildern über „OstjüdInnen“, die in Wiener Gemeinderatsdebatten bedient wurden. Das Buch „Ostjuden' - Geschichte und Mythos“ (2015) setzt sich unter anderem mit dem Begriff „Ostjude“ und mit Stereotypen über JüdInnen aus Galizien und der Bukowina in Wien auseinander.¹⁴ Als Grundlage wurden außerdem der Aufsatz „Galizische Juden und Jüdinnen in Wien. Einige Gründe für deren Stereotypisierung“¹⁵ von Klaus Hödl sowie der Beitrag „Der Ostjude“¹⁶ von Ludger Heid, welcher im Buch „Antisemitismus: Vorurteile und Mythen“ (1996) erschien, herangezogen.

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die Untersuchung der Wiener Gemeinderatsdebatten nach den diskursanalytischen Methoden von Ruth Wodak und Achim Landwehr.¹⁷ Im Beitrag „Antisemitismus und jüdische Politik im Parlament“ des Buches „Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im Österreichischen Parlament 1861-1933“ aus dem Jahr 2017 analysieren Matthias Falter und Saskia Stachowitsch Antisemitismus in österreichischen Parlamentsdebatten im Zeitraum zwischen 1861 und

¹¹ Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993).

¹² Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002).

¹³ Albert Lichtblau, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank Stern / Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58.

¹⁴ Philipp Mettauert / Barbara Staudinger (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

¹⁵ Klaus Hödl, Galizische Juden und Jüdinnen in Wien. Einige Gründe für deren Stereotypisierung. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/Köln/Weimar 2016) 221-242.

¹⁶ Ludger Heid, Achtzehntes Bild. „Der Ostjude“. In: Julius H. Schoeps / Joachim Schlör (Hg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen (München 1995) 241-251.

¹⁷ Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse (Frankfurt/New York 2009), sowie: Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995).

1933.¹⁸ Falter und Stachowitsch legen den Fokus ihrer Untersuchung nicht speziell auf die Zeit der Republikgründung oder auf Debatten über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina. Allerdings beziehen sie sich in der Debattenanalyse ebenfalls auf die Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Ruth Wodak. Ähnliches gilt für das Werk „Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik“ von Susanne Wein aus dem Jahr 2015, in dem sie eine ausführliche Untersuchung von Antisemitismus in den Debatten im deutschen Reichstag der Weimarer Republik mit Bezugnahme auf die Kritische Diskursanalyse nach Wodak vornimmt.¹⁹ Die beiden diskursanalytischen Untersuchungen dienen mir als Orientierungshilfe bei der methodisch-theoretischen Herangehensweise und bei der Anwendung von Wodaks Methode auf Diskurse über Antisemitismus in politischen Gremien. Der Grazer Historiker Thomas Stoppacher forscht seit 2017 im Rahmen seiner Dissertation zum Thema „Die Radikalisierung des Antisemitismus in Österreich von 1914 bis 1923“ und nimmt im Zuge dessen unter anderem eine diskursanalytische Untersuchung von Parlamentsdebatten hinsichtlich der Hetze gegen jüdische Kriegsflüchtlinge vor.²⁰

Eine diskursanalytische Untersuchung von Debatten über „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ im Wiener Gemeinderat zu Beginn der Ersten Republik wurde bisher noch nicht durchgeführt. Diese Lücke soll die vorliegende Arbeit schließen.

1.3. Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist in acht Kapitel gegliedert und lässt sich in zwei Bereiche teilen. In den ersten sieben Kapiteln wird der theoretische und methodische Rahmen sowie der Kontext beschrieben, in den die Wiener Gemeinderatsdebatten über jüdische Geflüchtete zu Beginn der Ersten Republik eingebettet sind. Das eigentliche Zentrum der Diplomarbeit bildet Kapitel 8, in dem eine Diskursanalyse der Debatten im Wiener Gemeinderat vorgenommen wird. Der Aufbau folgt den methodischen Überlegungen von Wodak u.a. und Landwehr, die vorschlagen, vor der Analyse der Quellen den Kontext zu erläutern.

Kapitel 2 der Arbeit behandelt die Auswahl der Quellen und die verwendete Methode. An dieser Stelle wird die Entstehung des Quellenkörpers beschrieben und erläutert, warum die

¹⁸ Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017).

¹⁹ Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik (Frankfurt am Main 2014).

²⁰ Thomas Stoppacher, Zäsur Erster Weltkrieg? Die Radikalisierung des Antisemitismus in der österreichischen Politik (1917-1919). In: Réka Szentiványi / Béla Teleky, Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen, Mitteleuropa im 20. Jahrhundert. Tagungsband zur 5. Internationalen Doktorandentagung (Wien 2017) 39-62, sowie: Universität Graz, Geisteswissenschaftliche Fakultät, online unter <<https://gewi.uni-graz.at/de/mitarbeiten/projektassistentinnen/magphil-bakkphil-thomas-stoppacher/>> (05.01.2019).

historische Diskursanalyse nach Landwehr und das diskurshistorische Vorgehen nach Wodak u.a. für die Analyse der Debatten gewählt wurden.

Kapitel 3 setzt sich mit dem theoretischen Rahmen des Themas auseinander. Die Beschäftigung mit Konzepten und Theorien über Antisemitismus sowie mit dem Begriff „Ostjude“ bildet die Voraussetzung für eine Analyse von Diskursen über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina. So können antisemitische Anspielungen erkannt werden, Bilder, die im Gemeinderat bedient wurden, eingeordnet werden und die Tragweite von politischen Argumentationslinien gegen „OstjüdInnen“ verstanden werden.

Die Kapitel 4, 5 und 6 beschäftigen sich mit dem historischen Kontext der Debatten über jüdische Geflüchtete. Kapitel 4 beschreibt, welche Rolle Antisemitismus in den österreichischen Großparteien seit deren Gründung spielte. In diesem Teil wird gezeigt, wie sich die verschiedenen Parteien zu antisemitischem Gedankengut positionierten und wie Antisemitismus als Strategie in politischen Debatten verwendet wurde. Außerdem sollen die politischen Diskurse über Juden und Jüdinnen im Untersuchungszeitraum zwischen 1919 und 1920 in einen historischen Rahmen eingebettet werden, um Kontinuitäten und Brüche zu erkennen.

Im Kapitel 5 wird die Migration von Juden und Jüdinnen aus Galizien und der Bukowina nach Wien bis zum Jahr 1918 behandelt. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Fluchtgeschichte während des Ersten Weltkrieges. Die Berücksichtigung der Zeit des Ersten Weltkrieges ist wesentlich, um die „Ostjudendebatte“ zu Beginn der ersten Republik zu verstehen. Die Entscheidungen der k.u.k. Regierung während des Krieges waren ausschlaggebend für die Massenflucht aus Galizien und der Bukowina in die Hauptstadt der Habsburgermonarchie und bilden den Rahmen für die Situation der „OstjüdInnen“ in Wien.

Kapitel 6 setzt sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage der neu gegründeten Republik „Deutschösterreich“ auseinander. Im Zentrum stehen der Umgang mit den Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina nach 1918 und die Schaffung des rechtlichen Rahmens, der zur Marginalisierung und Ausweisung der „OstjüdInnen“ führte.

Im Kapitel 7 wird eine Kontextanalyse nach Achim Landwehr vorgenommen. An dieser Stelle werden der institutionelle, mediale und der situative Kontext der Debatten im Wiener Gemeinderat beschrieben. Es findet eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Wiener Gemeinderates, mit politischen Reden als Textgattung und mit den wesentlichen Akteuren und Akteurinnen, die den Diskurs über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina im Wiener Gemeinderat 1919 und 1920 prägten, statt.

Im Kapitel 8 findet die Untersuchung der Wiener Gemeinderatsdebatten in den Jahren 1919 und 1920 auf der Makro- und Mikroebene statt. Es werden verschiedene Bilder und Argumentationslinien, die in den Reden über jüdische Geflüchtete auftauchten, dargestellt und analysiert. Ein besonderes Augenmerk gilt den Debatten über die Wohnungsnot in

Wien, da diese häufig zum Anlass für Demagogie gegen „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ gemacht wurden. Im abschließenden Kapitel werden die Forschungsfragen beantwortet und die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst.

2. Quellen und Methode

2.1. Quellenkorpus

Als Quellen verwende ich die Sitzungsprotokolle der öffentlichen Wiener Gemeinderatssitzungen sowie die Anfragen und Anträge an den Gemeinderat der Jahre 1919 und 1920. Der Untersuchungszeitraum umfasst in etwa die Zeitspanne zwischen der ersten Sitzung des provisorischen Wiener Gemeinderates in der Ersten Republik am 3. Dezember 1918 und der ersten Sitzung des Wiener Gemeinderates als Landtag am 10. November 1920.²¹ Innerhalb des Untersuchungszeitraumes wurde in einigen Sitzungen über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina debattiert.

Debatten über „OstjüdInnen“ hatten in Österreich von Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 bis zum Jahr 1923 „Konjunktur“.²² Die Entscheidung, die Gründungsphase der Ersten Republik als Zeitraum auszuwählen, fußt einerseits darauf, dass diese Phase zum Entstehungszeitpunkt der Diplomarbeit 2018/2019 ihr 100-jähriges Jubiläum feiert und andererseits darauf, dass bei der Untersuchung dieser Jahre das Zusammenspiel zwischen Staatskonstituierung und Flüchtlingspolitik berücksichtigt werden kann. In den Untersuchungszeitraum fallen auch die ersten Gemeinderatswahlen nach Verhältniswahlrecht am 4. Mai 1919, die daraus resultierende Neuzusammensetzung des Gemeinderates wurde bei der Analyse berücksichtigt.²³ Da sich mit der Ernennung Wiens zum Bundesland im November 1920 die Kompetenzen des Wiener Gemeinderates erweiterten und sich die Verhandlungspunkte veränderten, wurde die Untersuchung mit Ende 1920 beendet.

Das Amtsblatt der Stadt Wien druckte von 1892 bis Mitte 1920 die Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Wiener Gemeinderates ab, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Amtsblätter der Jahre 1919 und 1920 wurden von der Wienbibliothek im Rathaus digitalisiert, sie sind online zugänglich und mit Volltextsuche durchsuchbar.²⁴ Ich habe die Digitalisate der Amtsblätter nach bestimmten, für den Diskurs typischen Begriffen

²¹ Vgl. *Wienbibliothek im Rathaus*, Inhaltsverzeichnis für das Amtsblatt der Stadt Wien 1918, 90, online unter <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/1655884?query=Sitzungen> (03.01.1919), sowie: *Wienbibliothek im Rathaus*, Inhaltsverzeichnis für das Amtsblatt der Stadt Wien 1920, 125, online unter <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/1662946?query=sitzungen> (03.01.1919).

²² Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 272ff.

²³ Vgl. Kapitel 7.1.

²⁴ Vgl. *Wienbibliothek im Rathaus*, Amtsblatt der Stadt Wien (Wien 1892-), online unter <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/1655884?query=Sitzungen> (03.01.1919), im Folgenden zitiert als: Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919 bzw. 1920.

durchsucht, um möglichst viele relevante Debatten ausfindig zu machen. Folgende Schlagworte wurden bei der Suche verwendet: Ostjude, Jude, Galizien, Bukowina, Ausländer, Fremd, Kaftan, Flüchtling, Preistreiberei, Schleichhandel/-händler, Kettenhandel, Schmarotzer. Für den Zeitraum zwischen Juni und Dezember 1920 wurden die stenographischen Berichte der Gemeinderatssitzungen des Jahres 1920, die in der Wienbibliothek als Druckwerke archiviert sind, herangezogen.²⁵ Diese habe ich mit Hilfe des Inhaltsverzeichnisses nach relevanten Debatten durchsucht.

Der Quellenkorpus umfasst eine große Auswahl an Reden, Anfragen und Anträgen, die es ermöglicht, eine Beschreibung des Diskurses über „OstjüdInnen“ in den Jahren 1919 und 1920 im Wiener Gemeinderat vorzunehmen.

2.2. Methode

Die Diskursanalyse ist eine Forschungsmethode, die von unterschiedlichen Disziplinen, wie etwa der Linguistik, der Soziologie, der Geschichte, der Soziolinguistik und der Politikwissenschaft beeinflusst ist und die Synthese verschiedener methodischer Ansätze zulässt. Reiner Keller definiert die Diskursanalyse nicht als „spezifische Methode“, sondern als „Forschungsperspektive“, die die zu untersuchenden Forschungsgegenstände als Diskurse [siehe unten] begreift.²⁶ Gemein ist den diskursanalytisch methodischen Ansätzen, dass sie die „Analyse von Sprachgebrauch“, sei es mündlich oder schriftlich, zum Ziel haben.²⁷ Die vorliegende Analyse der Gemeinderatsdebatten ist von zwei methodischen Vorgehensweisen beeinflusst: der historischen Diskursanalyse nach Achim Landwehr und der kritischen Diskursanalyse beziehungsweise der diskurshistorischen Methode nach Ruth Wodak.

Die historische Diskursanalyse geht davon aus, dass Wirklichkeit und Wissen nicht objektiv, sondern „Ergebnisse sozialer Konstruktionsprozesse“²⁸ sind. Gesellschaften definieren bestimmte Sichtweisen als „unbezweifelbare[s]“ Wissen und konstruieren aus einzelnen Elementen eine vermeintlich objektive Wirklichkeit. Die Tatsache, dass diese Wirklichkeit historisch entstanden und nicht „naturnotwendig“²⁹ ist, bleibt dabei unreflektiert. Das Hervorbringen von Wirklichkeit und Wissen ist der historischen Diskursanalyse zufolge ein diskursiver Prozess. Mit dem Diskursbegriff wird darauf aufmerksam gemacht, „dass es zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Gesellschaften recht klar abgegrenzte Bereiche des

²⁵ Vgl. *Wienbibliothek im Rathaus*, Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920 (Wien 1920) Druckschriften Depot Rathaus.

²⁶ Reiner Keller, *Diskursforschung. Einführung für SozialwissenschaftlerInnen* (Opladen 2004) 8.

²⁷ Ebda.

²⁸ Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse* (Frankfurt am Main 2009) 18.

²⁹ Ebda.

Machbaren, Denkbaren und Sagbaren gibt“³⁰. Die historische Diskursanalyse geht von der Annahme aus, „dass Texte Aussagen transportieren, Diskurse bestimmen und Wirklichkeit herstellen wollen“³¹. Das Ziel eines jeden Textes sei es, zu überzeugen, denn „jede Form der Überzeugung“ sei „auch eine Form der Macht“ und damit „ein Instrument gesellschaftlicher und politischer Manipulation und Kontrolle“³².

Die kritische Diskursanalyse betrachtet Sprache als eine „Form sozialer Praxis“³³, die in wechselseitiger Beeinflussung mit kulturellen und sozialen Strukturen und Prozessen steht. Kultur und Gesellschaft konstituieren den Diskurs durch Sprache, werden aber gleichzeitig selbst diskursiv geschaffen. Das bedeutet, dass jeder Sprachgebrauch Gesellschaft und Kultur reproduziert oder transformiert. Die kritische Diskursanalyse geht von der Annahme aus, dass Machtbeziehungen diskursiv hergestellt werden. Dabei wird sowohl analysiert, wie sich Macht im Diskurs zeigt, als auch, wer Macht über den Diskurs hat. Der Gebrauch von Sprache kann eine ideologische Komponente aufweisen. Die „oft unklaren und verschleierte ideologische Effekte von Sprachgebrauch“ haben, so Wodak, einen „Einfluß auf Machtbeziehungen“³⁴. Um Ideologie in Texten zu erkennen, müssen diese analysiert werden und die Verbreitung, die Bedeutung für den Diskurs und die Auswirkungen der Texte untersucht werden. Die kritische Diskursanalyse konstatiert, dass Diskurse „historisch“ seien und „nur mit Bezugnahme auf ihren jeweiligen Kontext“³⁵ analysiert werden können. Die Diskursanalyse interpretiert und erklärt Diskurse, bleibt dabei allerdings dynamisch, um die Interpretation für weitere Kontexte und neue Information anschlussfähig zu machen. Wesentlich für die kritische Analyse ist die „Verbindung des Textes mit seinen sozialen Bedingungen, Ideologie und Machtbeziehungen“³⁶.

Die diskurshistorische Methode nach Wodak ist ein Ansatz der kritischen Diskursanalyse und baut auf deren Grundannahmen auf. Der diskurshistorische Zugang interessiert sich für „Dominanz- und Machtverhältnisse“³⁷ unter anderem zwischen ethnischen, nationalen, politischen und religiösen Gruppen. Die Analyse baut auf der Annahme auf, „daß Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Sprache reproduziert und durch sie legitimiert wird“³⁸. Sie analysiert sprachliche Diskriminierung, auch wenn diese nicht in expliziter Form auftritt, indem sie sich beispielsweise ansieht, „welche Inhalte vorurteilshafter

³⁰ Ebda. 20f.

³¹ Ebda. 117.

³² Ebda.

³³ Stefan Titscher / Ruth Wodak / Michael Meyer / Eva Vetter, Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick (Opladen 1998) 181.

³⁴ Ebda. 182.

³⁵ Ebda. 181.

³⁶ Ebda.

³⁷ Ebda. 198.

³⁸ Ebda.

Charakterisierung von Fremdgruppen in welche Begründungszusammenhänge der Ablehnung eingebettet sind.”³⁹

Anwendung der Methoden

In der methodischen Vorgehensweise orientierte ich mich an den Untersuchungsschritten, wie sie Achim Landwehr in seinem Werk „historische Diskursanalyse“ vorschlägt. Ich habe zuerst den historischen, situativen, medialen und institutionellen Kontext charakterisiert und mich danach schrittweise an die Makrostruktur und schließlich an die Mikrostruktur der Texte angenähert. Bei der Konzeptualisierung der Kapitel wurde mit dem inhaltlichen Aufbau nach Landwehr gebrochen und die Makro- und Mikrostruktur nach der getrennten Analyse zusammengeführt (vgl. Kapitel ...).

Die Kritische Diskursanalyse nach Wodak geht davon aus, dass politische Realität durch Sprachhandlungen geschaffen wird. Der Zusammenhang von gesellschaftlichen Entwicklungen und den Inhalten von Plenardebatten soll auf diese Weise aufgezeigt werden. Plenardebatten sind in zweierlei Hinsicht Teil von politischen Diskursen. Die Debatten geben Auskunft über politische zeitgenössische Diskurse, die Gemeinderatsdebatten haben aber nicht nur einen reflektierenden Charakter, sondern nehmen direkt Einfluss auf politische Prozesse und Institutionen.⁴⁰

Der diskurshistorische Zugang nach Wodak spricht dem politischen, historischen und sozialen Kontext von gesellschaftlichen Diskursen viel Gewicht zu.⁴¹ Einem „rekursiven, kontextorientierten Analyseverfahren“⁴², wie es Wodak et. al. empfehlen, entsprechend wurde in der vorliegenden Arbeit zuerst der gesellschaftspolitische und historische Kontext der Migration von JüdInnen aus Galizien und der Bukowina nach Wien sowie der Entwicklung des österreichischen Antisemitismus charakterisiert, um die Gemeinderatsdebatten dann in diesen Kontext einzuordnen und die Reden verstehen und analysieren zu können. Wodak unterscheidet in der Analyse zwischen den Ebenen der Inhalte, der Argumentationsstrategien und Formen von Versprachlichung.⁴³

³⁹ Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995) 33.

⁴⁰ Matthias Falter / Saskia Stachowitsch, Political Jewish Studies. Politikwissenschaftliche Analyse jüdischer politischer Repräsentation und Partizipation. In: Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017) 19-33, hier: 31f.

⁴¹ Vgl. ebda, sowie: Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik (Frankfurt am Main 2014) 49.

⁴² Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995) 19.

⁴³ Ebda. 49.

Fragen an den Text

In Anlehnung an Ruth Wodaks methodischen Leitfaden und Achim Landwehrs Vorgangsweise habe ich Fragen entwickelt, die ich an die Gemeinderatsreden stellte.⁴⁴

- In welchen Verhandlungspunkten tauchen Aussagen über Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina auf?
- Wer spricht?
- Was ist das Thema der Rede?
- Was wird in der Rede gefordert?
- Welches Ziel verfolgt die Rede?
- Welche Vermittlungsstrategien und Argumentationslinien werden verwendet?
- Welche Bilder über „OstjüdInnen“ werden gezeichnet?/ Wie werden die „OstjüdInnen“ dargestellt?
- Was steht nicht im Text und wird auf einer Metaebene transportiert?
- Welche Argumente, Worte, Abgrenzungen tauchen immer wieder auf, sind bezeichnend für den Diskurs und sind Kernpunkte der Auseinandersetzung?

⁴⁴ Vgl. Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse (Frankfurt am Main 2009) 112ff, sowie: Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek: Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995) 41ff.

3. Begriffe und Konzepte

3.1. Definition von Antisemitismus

Judenfeindschaft hat in Europa eine lange Tradition, deren Anfänge im vorchristlichen Antijudaismus und im frühen Christentum liegen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts bildete sich einhergehend mit der rechtlichen Gleichstellung von Juden und ihrer Integration in die bürgerliche Gesellschaft eine neue Form des Judenhasses heraus, die sich im Zuge der Industrialisierung und den damit verbundenen rasanten kulturellen und sozialen Umwälzungen radikalisierte.⁴⁵ Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich aus dieser Form der Judenfeindschaft eine politische Bewegung, deren AnhängerInnen sich selbst als „AntisemitInnen“ bezeichneten. Der Begriff des Antisemitismus wurde mit der Intention eingeführt, sich von religiöser Judenfeindschaft abzugrenzen und der Ideologie einen Nimbus der Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Der Antisemitismus entstand aus dem Geist der pseudowissenschaftlichen Rassentheorien. Im Unterschied zur vormodernen Judenfeindschaft handelt es sich beim Antisemitismus um eine politische und soziale Haltung, der eine rassistische Weltanschauung zugrunde liegt. Der Begriff setzte sich rasch in der deutschen Alltagssprache durch und prägte den politisch-gesellschaftlichen Diskurs im deutschen Kaiserreich sowie in der Habsburgermonarchie. Dabei blieb der Begriff unbestimmt und undefiniert, sodass er „problemlos eine Vielzahl von Motiven und Impulsen aufnehmen konnte“.⁴⁶

Der Antisemitismus entstand aus einer „Anti-Haltung“ gegen die Modernisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts, für die die Juden und Jüdinnen verantwortlich gemacht wurden. Er vereinte im Feindbild des Juden „Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Antikapitalismus, Antisozialismus, Antiurbanismus und Antifeminismus“ miteinander und wurde zu einem Welterklärungsmodell erhoben, das sich zum „Wahnbild einer allumfassenden Verschwörung“ verdichtete. Die Durchsetzung der antisemitischen Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts war ein „Ausdruck der kulturellen Krise und der zivilisationskritischen Haltung“, die AntisemitInnen sahen sich als Teil einer „Protestbewegung gegen die bürgerliche Ordnung“.⁴⁷ Antisemitismus ist sowohl Haltung als auch Einstellung, denn in ihm verbinden sich affektive Momente mit weltanschaulichen Vorstellungen. Demnach ist antisemitische Stereotypisierung immer auch emotional aufgeladen. Stereotype rufen negative Gefühle und Meinungen hervor, umgekehrt können Aggressionen zur Bildung von stereotypen Bildern führen. Stereotype arbeiten teils mit codierter Text- und Bildsprache, die vom Empfänger

⁴⁵ Vgl. Werner *Bergmann* / Ulrich *Wyrwa*, Antisemitismus in Zentraleuropa (Darmstadt 2011) 1.

⁴⁶ Ebda. 3, sowie: Susanne *Wein*, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik (Frankfurt am Main 2014) 32f.

⁴⁷ Werner *Bergmann* / Ulrich *Wyrwa*, Antisemitismus in Zentraleuropa (Darmstadt 2011) 8.

beziehungsweise von der Empfängerin nur aufgrund von erlerntem Vorwissen verstanden werden kann. In den 1920er Jahren waren stereotype Vorstellungen über Juden und Jüdinnen in allen gesellschaftlichen Bereichen präsent und wurden über Bilder, Texte und Redewendungen kommuniziert. Es existierte ein „Cluster von Stereotypen, Ressentiments und Vorurteilen“, auf den sich AntisemitInnen beziehen konnten.⁴⁸

Die Rolle von Nationalismus bei der Konstitution von modernem Antisemitismus darf nicht unterschätzt werden. Besonders in den Jahren der österreichischen Staatskonstituierung spielten völkische Ideen eine entscheidende Rolle. Klaus Holz zufolge lässt sich der moderne Antisemitismus nicht ohne Nationalismus denken: „[I]n aller Regel wird die Konstruktion eines antisemitischen Judenbildes der Konstruktion einer Wir-Gruppe im modernen Sinne von 'Volk' und 'Nation' entgegengesetzt.“⁴⁹ Die völkische Wir-Gruppe wird in Abgrenzung und komplementär zum Judenbild konstruiert. Antisemitismus war von integraler Bedeutung für das deutsch-völkische Selbstbild.⁵⁰

3.2. Shulamit Volkov - Antisemitismus als „Cultural Code“

Shulamit Volkov zufolge schuf der deutsche Journalist Wilhelm Marr, Gründer der ersten antisemitischen politischen Organisation, indem er den Begriff Antisemitismus „lancierte und popularisierte“ ein „neues soziales Phänomen“.⁵¹ Der Begriff erhielt in kurzer Zeit eine „komplexe Bedeutung“ und wurde so „zu einem wichtigen Element der *Erzeugung* und *Formierung* einer einheitlichen Weltanschauung“.⁵² Antisemitismus als Gedankenkonstrukt begann nach Volkov mit einer Abstraktion, die darin bestand, nicht den Hass auf Juden und Jüdinnen in den Mittelpunkt zu stellen, sondern die „Ablehnung des ‚Semitismus‘“ als abstraktes Sinnbild für alles Negative und als ebenso abstraktes Gegenstück zum „Deutschtum“.⁵³ Der neue Begriff zog „judenfeindliche Einstellungen“ heran und vereinte sie zu einer „Gesamtphilosophie“, einer „Weltanschauung“, einem „-ismus“, welche den „Anspruch auf Objektivität und Wahrheit“ hatte und zur Erklärung einer Reihe von anderen Phänomenen herangezogen wurde.⁵⁴ So schreibt Volkov, der Begriff „war keine zur

⁴⁸ Vgl. Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik (Frankfurt am Main 2014) 35.

⁴⁹ Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung (Hamburg 2001) 13.

⁵⁰ Vgl. ebda. 17.

⁵¹ Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays (München 2000) 26f, sowie: Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich (Frankfurt am Main 2010) 152.

⁵² Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays (München 2000) 26f.

⁵³ Ebda. 27f.

⁵⁴ Ebda.

Respektabilität erhobene Judenverachtung, sondern ein zum Symbol erhobener Judenhaß".⁵⁵

Volkov zeigt auf, wie Antisemitismus die JüdInnen zum Symbol für die verhasste Moderne erhob und eine Vielzahl von revisionistischen Sehnsüchten und Einstellungen zu einer umfassenden Weltanschauung vereinte.⁵⁶ Volkov beschreibt einen Prozess der Polarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts zwischen zwei konkurrierenden „Kulturkonzepten“, „zwei Systeme von Werten und Normen“, für die die Begriffe „Antisemitismus“ und „Emanzipation“ symbolhaft stehen.⁵⁷ Dabei entstand ein „Bündel“ aus antiemanzipatorischen Werten, Normen und Ideen, das zunehmend mit judenfeindlicher Sprache einherging. Antisemitismus wurde zur „Selbstverständlichkeit“, zu einem Teil der Alltagskultur, er wurde zum „kulturellen Code“.⁵⁸ Antisemitismus wurde insofern zu einem Code, als die Anspielung auf einzelne Schlagworte und „Schlagbilder“ ausreichte, um eine Reihe von anderen antisemitischen Assoziationen zu wecken und auf eine Weltanschauung zu rekurrieren, ohne dass diese explizit kommuniziert werden mussten.⁵⁹

3.3. Der Begriff „Ostjude“

Stereotype über „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ stehen in engem Zusammenhang mit der antisemitischen Diskriminierung von Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina. Die Auseinandersetzung mit dem Begriff und den damit assoziierten Vorurteilen ist wesentlich für das Verständnis der Debatten über jüdische MigrantInnen zu Beginn der Ersten Republik. Der Begriff war keine Selbstbezeichnung von JüdInnen, sondern eine Bezeichnung für sie von außen. Anne Lipphardt hebt hervor, dass weder im Jiddischen noch im Hebräischen ein äquivalentes Wort zum Terminus „Ostjude“ existiert. Die Bezeichnung sei eine, so Lipphardt, die im deutschsprachigen Raum entstand und als Begriff der Abgrenzung verwendet wurde.⁶⁰ Das jüdische Leben in Osteuropa wurde mit Bildern der traditionellen Frömmigkeit, des Shtetls und den Attributen des „armen, aber glücklichen und authentischen“ Daseins assoziiert. Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Ausdruck

⁵⁵ Ebda. 28.

⁵⁶ Vgl. ebda. 35f, sowie: Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich (Frankfurt am Main 2010) 148.

⁵⁷ Ebda. 150.

⁵⁸ Susanne Wein, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik (Frankfurt am Main 2014) 29f.

⁵⁹ Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich (Frankfurt am Main 2010) 155.

⁶⁰ Vgl. Anne Lipphardt, Wo liegt Osten? Zur (Selbst-)Verortung osteuropäischer Juden. In: Philipp Mettauer / Barbara Staudinger (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 13-28, hier 13.

zu einem antisemitisch konnotierten Kampfbegriff, der in Verbindung mit Armut, Gefahr und Degeneration gebracht wurde.⁶¹

Walter Mentzel zufolge bildete sich die Bezeichnung „Ostjude“ in der ersten Hälfte der 19. Jahrhunderts heraus und verdichtete sich in Wien während des Ersten Weltkriegs zu einem wesentlichen antisemitischen Stereotyp, das in Literatur, Presse und parlamentarischen Initiativen bedient wurde.⁶² Barbara Staudinger führt die Durchsetzung des Begriffs auf den Wiener Publizisten Nathan Birnbaum zurück, der Sohn osteuropäischer JüdInnen war und die Bezeichnung um 1900 prägte. „Ostjuden“ waren für Birnbaum Juden und Jüdinnen aus Galizien und der Bukowina. Er definierte den Begriff überwiegend positiv und setzte sich für die Anerkennung der Eigenständigkeit der jiddischen Sprache und der „ostjüdischen“ Kultur ein. Gleichzeitig diente ihm der Begriff „Ostjude“ zur Abgrenzung der galizischen EinwanderInnen von den assimilierten Wiener Juden und Jüdinnen, denen sich Birnbaum zugehörig fühlte.⁶³ Das Wort „Ostjude“ wurde in weiterer Folge fast ausschließlich als abwertende und negative Bezeichnung von außen verwendet.⁶⁴ Der „Ostjude“ ist ein Sinnbild für den „Fremden“, der von der eigenen Referenzgruppe abgetrennt wird und für „unbegreifbare Diskontinuitäten“ und „Störerscheinungen“ verantwortlich gemacht werden kann. Das negative Bild des „Anderen“ hilft dabei der Identitätsstiftung der eigenen Gruppe.⁶⁵

In zentraleuropäischen jüdischen Gemeinden wurde die Bezeichnung „Ostjude“ ambivalent verwendet, so wurde sie einerseits romantisiert, andererseits mit negativen Bildern überlagert. Das Begriffspaar „Ost- und Westjude“ steht im Zusammenhang mit verschiedenen Ausrichtungen innerhalb des Judentums. Da die Entwicklung der Assimilierung und Emanzipation der JüdInnen in Osteuropa zeitverzögert und in deutlich schwächerer Ausformung als in Zentraleuropa stattfand, grenzten sich die „modernen“, bürgerlichen JüdInnen zunehmend von den chassidischen, orthodoxen Shtetl-JüdInnen ab. Für assimilierte Wiener JüdInnen bestand wenig Grund, sich mit den „OstjüdInnen“ verbunden zu fühlen, denn diese „kamen aus einer anderen Lebenswelt, besaßen andere alltagskulturelle Orientierungen und pflegten selbst in der Religionsausübung einen anderen

⁶¹ Vgl. ebda.

⁶² Vgl. Walter Mentzel, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 141.

⁶³ Vgl. Barbara Staudinger, *Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus*. In: Philipp Mettauert / dies. (Hg.), *„Ostjuden“ – Geschichte und Mythos*, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 36.

⁶⁴ Vgl. Philipp Mettauert, Vorwort, in: ders. / Barbara Staudinger (Hg.), *„Ostjuden“ – Geschichte und Mythos* (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 7-12, hier 7.

⁶⁵ Klaus Hödl, *Als Bettler in der Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien* (Wien 1994) 9.

Ritus“⁶⁶. Nicht selten übernahmen zentraleuropäische JüdInnen abwertende antisemitische Zuschreibungen und projizierten diese auf osteuropäische JüdInnen.⁶⁷ Innerhalb der Gemeinde führten die Vorurteile gegen „Ostjuden“ sogar soweit, dass den galizischen JüdInnen Schuld am erstarkenden Antisemitismus um die Wende zum 20. Jahrhundert gegeben wurde.⁶⁸

Seit Beginn des Ersten Weltkriegs und der damit einhergehenden Fluchtbewegung aus Galizien und der Bukowina gen Westen wurde der Begriff verstärkt von AntisemitInnen aufgegriffen, um vor der „Ostjuden-Gefahr“ zu warnen.⁶⁹ Barbara Staudinger schreibt treffend über die Verwendung des Begriff zur Zeit des Ersten Weltkriegs in Wien: „Der Begriff traf also den Nerv der Zeit: alle sprachen von ‚Ost- bzw. Westjuden‘.“⁷⁰

In der Bezeichnung „Ostjude“ fallen zwei negativ konnotierte und antisemitisch aufgeladene Begriffe zusammen: die Wörter „Osten“ und „Jude“, die beide als Instrument zur Abgrenzung sowohl von Osteuropa, als auch vom Judentum im Allgemeinen eingesetzt wurden.⁷¹ Anne Lipphardt führt die Abwertung und örtlich Abgrenzung von Osteuropa im deutschsprachigen Raum bis ins 18. Jahrhundert zurück. Osteuropa als Ort wurde als „negativ konnotierte[r] Gegenentwurf“⁷² zum „zivilisierten Westens“ gesehen. „Der Osten“ war mehr als eine Ortsangabe, er war Projektionsfläche und politischer Kampfbegriff.⁷³

Für AntisemitInnen verkörperten „die Ostjuden“ jene Eigenschaften, die vermeintlich alle Juden und Jüdinnen besitzen würden. In ihren Augen kämen die „Eigenheiten der jüdischen Rasse“ in ihrer „Reinform“ im „Ostjuden“ zum Ausdruck.⁷⁴ Während der Begriff innerhalb der jüdischen Glaubensgemeinschaft dazu dienen sollte, „WestjüdInnen“ von „OstjüdInnen“ abzugrenzen, nutzten die AntisemitInnen die abwertende Konnotation des Begriffs, um die Gesamtheit der JüdInnen zu diffamieren. Die assimilierten jüdischen BürgerInnen Österreichs seien nichts weiter als „OstjüdInnen“, die sich äußerlich an die ‘österreichische’

⁶⁶ Klaus Hödl, Galizische Juden und Jüdinnen in Wien. Einige Gründe für deren Stereotypisierung. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/Köln/Weimar 2016) 221-242, hier 223.

⁶⁷ Vgl. ebda. 223.

⁶⁸ Vgl. Michaela Raggam-Blesch, Zwischen Ost und West. Identitätskonstruktionen jüdischer Frauen in Wien (Innsbruck/Wien/Bozen 2008) 115.

⁶⁹ Vgl. Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettauer / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 37.

⁷⁰ Ebda.

⁷¹ Vgl. Ludger Heid, Achtzehntes Bild. „Der Ostjude“. In: Julius H. Schoeps / Joachim Schlör (Hg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen (München 1995) 241-251, hier 241.

⁷² Anne Lipphardt, Wo liegt Osten? Zur (Selbst-)Verortung osteuropäischer Juden. In: Philipp Mettauer / Barbara Staudinger (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 13-28, hier 15.

⁷³ Vgl. ebda.

⁷⁴ Ludger Heid, Achtzehntes Bild. „Der Ostjude“. In: Julius H. Schoeps / Joachim Schlör (Hg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen (München 1995) 241-251, hier 241.

Gesellschaft angepasst hätten. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde immer häufiger von einer „Ostjudengefahr“ gesprochen, die sich im Zuge des Ersten Weltkrieges rhetorisch zur „Ostjudenfrage“ entwickelte.⁷⁵ Im Zeitraum der Ersten Republik wurde das antisemitische Stereotyp des „Ostjuden“ besonders häufig bedient und der Umgang mit den „ostjüdischen“ Kriegsflüchtlingen als „Ostjudenfrage“ breit diskutiert.⁷⁶

Ich werde den Begriff „Ostjude“ in meiner Arbeit nur unter Anführungszeichen als Synonym für jüdischen Geflüchteten verwenden. Denn die Bezeichnung ist überwiegend negativ geprägt und steht im Kontext einer Abgrenzung des Westens von einem geographisch nicht definierten Osten. Das Wort mit seinen stereotypen Assoziationen vermittelt ein verzerrtes Bild von JüdInnen aus den nordöstlichen Gebieten der Monarchie, in dem etwa osteuropäische Reformbewegungen unbeachtet bleiben.⁷⁷ Darüber hinaus ist zu beachten, dass nicht alle Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina, die als „Ostjuden“ bezeichnet wurden, jüdischer Konfession waren. Ich werde den Begriff zwar unter Anführungszeichen, allerdings meist mit Binnen-I schreiben, um sichtbar zu machen, dass auch Frauen als „OstjüdInnen“ diskriminiert wurden.

⁷⁵ Ebda. 243.

⁷⁶ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 143.

⁷⁷ Vgl. Barbara *Staudinger*, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp *Mettauer* / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 37.

4. Antisemitismus und die Entwicklung der österreichischen Parteien

4.1. Karl Lueger und die Christlichsoziale Partei

Albert Lichtblau zufolge stellt der Erfolg der christlichsozial-antisemitischen Bewegung in Wien unter Karl Lueger um 1895 einen wesentlichen Wendepunkt in der Geschichte des politischen Antisemitismus in Österreich dar. Der Antisemitismus, der sich als Ideologie der in den 1880er Jahren gegründeten nationalistischen und konservativen Parteien durchsetzte, war nicht mehr bloß religiös motivierte Judenfeindschaft, sondern eine moderne Ideologie, die mit der Politisierung des Katholizismus und der Entwicklung nationalistischer Strömungen in Zusammenhang stand.⁷⁸ Der Misstrauen gegenüber dem Liberalismus, der durch die Wirtschaftskrise der frühen 1870er Jahre verstärkt wurde, fand sein Ventil in der Ausprägung des modernen Antisemitismus. In den 1890er Jahren spaltete sich die antisemitische Bewegung in die Christlichsozialen unter Karl Lueger, deren Antisemitismus wirtschaftlich und religiös geprägt war, und die Deutschnationalen, die Rassismus und Nationalismus ins Zentrum der antisemitischen Ideologie rückten. Dennoch darf der christlichsoziale Antisemitismus nicht unterschätzt werden, denn die Christlichsozialen machten sich ebenso wie die Deutschnationalen „die integrative Kraft des Antisemitismus zunutze“⁷⁹ und nutzten Antisemitismus als politisches Propagandamittel. Die Demagogie der Christlichsozialen war maßgeblich für den nachhaltig tiefsitzenden Antisemitismus der Zwischenkriegszeit verantwortlich.⁸⁰ Der christlichsoziale Antisemitismus war bereits in der Gründungszeit der Partei Ende des 19. Jahrhundert in seinen Grundzügen ausgebildet. Im Zuge der rasch fortschreitenden Industrialisierung verband sich die traditionell katholisch-konfessionelle Judenfeindschaft mit wirtschaftlichen und sozialen Motiven. Der christlichsoziale Antisemitismus speiste sich aus der traditionellen Judenfeindschaft der katholischen Kirche und radikalisierte sich in der Abwehrhaltung gegen die Moderne, für die „jüdischen Kapitalisten“ verantwortlich gemacht wurden.

„Für die Konservativen war der Antisemitismus ein brauchbarer Weg, alles zu verdammen, was mit Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus, Demokratie oder modernen Kultur in Zusammenhang stand. Es war natürlich leichter und wirkungsvoller, diese Erscheinungen deshalb zu verurteilen, weil sie mit irgendeiner prominenten Gruppe von Juden assoziiert waren, als sie aufgrund ihrer eigenen Charakteristika zu kritisieren.“⁸¹

⁷⁸ Albert *Lichtblau*, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank *Stern* / Barbara *Eichinger* (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58 hier 39f.

⁷⁹ Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 162.

⁸⁰ Ebda. 161f.

⁸¹ Bruce F. *Pauley*, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: In: Gerhard *Botz* / Ivar *Oxaal* / Michael *Pollak* / Nina *Scholz* (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 1990) 221-246, hier 246.

Karl Lueger verfolgte eine einfache Strategie, um seine Wähler in einer gemeinsamen Bewegung zusammenzufassen, und zwar JüdInnen für alle negativen Erscheinungen verantwortlich zu machen. Die Christlichsoziale Partei sah es als ihre zentralen Aufgaben, der vermeintlichen „Macht“ der JüdInnen entgegenzutreten und die gesetzliche Gleichstellung von Juden rückgängig zu machen. Luegers zahlreiche hetzerische Reden gegen JüdInnen wirkten noch lang über seine Zeit hinaus. Brigitte Hamann beschrieb den Einfluss Karl Luegers und seine Gefährten auf die gesellschaftliche Atmosphäre folgendermaßen:

„Der Antisemitismus, den Lueger über Jahrzehnte als hypnotischer Redner in die ihn verehrenden Volksmassen brachte, die ordinären Entgleisungen seiner Parteigenossen und geistlichen Freunde, die er unwidersprochen ließ, vergifteten die Atmosphäre. Auch wenn kein Jude ermordet wurde, verrohten die Menschen, die von ihrem verehrten Idol in alten Vorurteilen bestätigt wurden.“⁸²

Angefeuert von nationalen Konflikten, die um Hegemonie und Autonomie innerhalb der Habsburgermonarchie kämpften, bekam der Antisemitismus in den 1880er Jahre einen deutlichen Aufschwung. Antisemitische Hetze war seit den 1880er Jahren fixer Bestandteil der Reden einschlägiger PolitikerInnen und bewährte sich als erfolgreiche Methode, um Wählerstimmen bei den neuen wahlberechtigten sozialen Schichten zu sammeln.⁸³ Ab 1900 hatten antisemitische Vorwürfe ungebrochenen Erfolg und waren durch rationale Argumente nicht mehr aufzuhalten, sie übernahmen die Deutungshoheit. Antisemitische Demagogie fand ein breites Publikum. Die Aversion gegen JüdInnen, die aus einem „Gemisch aus Aberglauben, Neid und Missgunst, Allmachtsfantasien und [...] Existenzängsten“⁸⁴ bestanden, setzte sich über Generationen in der Wiener Mentalität fest. Von PolitikerInnen wurde der Antisemitismus als propagandistisches Mittel zur Skandalisierung genutzt. Sie sicherten sich durch antisemitische Agitation nicht nur die Beliebtheit bei ihrem Publikum, sondern auch mediale Aufmerksamkeit. Die antisemitischen PolitikerInnen inszenierten sich als Retter der deutschen Nation im Kampf gegen den vermeintlich allmächtigen Feind, „dem Juden“ und dessen vermeintlichen politischen Verbündeten.⁸⁵

Albert Lichtblau bezeichnet die „Klammer zwischen Deutschnationalen und Konservativen“ als Spezifikum für den österreichischen Antisemitismus. Denn Karl Luegers Politik sprach sowohl deutschnationale, als auch konservative Wählerschichten an und machte Wien zu

⁸² Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators* (München /Zürich 1996) 418.

⁸³ Vgl. Albert Lichtblau, *Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte*. In: Frank Stern / Barbara Eichinger (Hg.), *Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus* (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58 hier 39.

⁸⁴ Ebda.

⁸⁵ Ebda. 39f.

einer „antisemitische[n] Hochburg“.⁸⁶ Auch Peter Pulzer zufolge besteht ein Spezifikum des österreichischen Antisemitismus darin, dass er durchgehend einen überwiegend christlich-konservativen Charakter aufweist.

4.2. Die Sozialdemokratische Partei

Die SozialdemokratInnen und MarxistInnen hatten im Gegensatz zu den Christlichsozialen und Deutschnationalen Antisemitismus nicht in ihr offizielles Parteiprogramm aufgenommen, ebensowenig vertraten sie einen offen rassistischen Antisemitismus. Dennoch war auch die Rhetorik und Politik der linken Parteien teilweise von antisemitischen Denkmustern geprägt. Ende des 19. Jahrhunderts stellte die antilibérale Einstellung der sozialdemokratischen Partei einen Anknüpfungspunkt an antisemitische Bewegungen dar. Die Liberale Partei und die Sozialdemokratie vertraten diametrale Ansichten zu Kapitalismus und Freihandel, außerdem lehnte erstere das allgemeine Wahlrecht ab.⁸⁷ Darum begrüßte die Sozialdemokratische Partei anfangs Luegers antilibérale Rhetorik. Die SozialdemokratInnen sahen in der liberalen kapitalistischen Gesinnung, die sie mit dem Judentum verbanden, den zentralen Feind der ArbeiterInnenbewegung, der Kampf gegen den kleinbürgerlichen Antisemitismus wurde hingegen als politischer Nebenschauplatz betrachtet. Unter den SozialdemokratInnen war die Einstellung verbreitet, dass Antisemitismus ein „Sozialismus des dummen Kerls“⁸⁸ sei, dessen antikapitalistische Stoßrichtung zur sozialistischen Bewusstseinsbildung beitragen würde. Victor Adler zufolge sei der Antisemitismus lediglich eine Form des Antikapitalismus und darum nicht vorschnell zu verurteilen. Trotz des reaktionären Charakters der antisemitischen Bewegungen würden diese nach sozialdemokratischer Einschätzung ungewollt ein „Instrument zur Stärkung antikapitalistischer Tendenzen“⁸⁹ darstellen. Die Aggression gegen jüdische KapitalistInnen sei fehlgeleitet und könne durch sozialistische Aufklärung gegen alle KapitalistInnen und gegen Kapitalismus als System gerichtet werden. Die SozialistInnen gingen mehrheitlich davon aus, dass die antisemitische Ideologie verschwinden würde, sobald die Klassengesellschaft überwunden sei. Antisemitismus sei darum kein politisches Phänomen, mit dem sich die internationalistische Sozialdemokratie eingehend auseinandersetzen müsste.⁹⁰ Für Victor Adler und seine GenossInnen waren die Gefahren des Philosemitismus, die vermeintlich die Interessen des „kapitalistischen Judentums“ vertreten würden, genauso

⁸⁶ Ebda. 43.

⁸⁷ Vgl. Bruce F. Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993) 182ff.

⁸⁸ Anton Pelinka, Sozialdemokratie und Antisemitismus. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften Jg.3, H. 4: Antisemitismus (1992) 540-554, hier 544.

⁸⁹ Ebda.

⁹⁰ Vgl. ebda.

groß wie die des Antisemitismus.⁹¹ Die Gleichsetzung von „Kapitalist“ und „Jude“ war ein Vorurteil, das sowohl in der sozialdemokratischen Parteiführung als auch in der Basis weit verbreitet war. Die SozialistInnen sahen das Wiener Judentum nicht als Verbündeten der proletarischen Bewegung. Immerhin waren einige Juden und Jüdinnen im Bankwesen, im Industriekapitalismus und im Handel tätig. Viele der ärmeren JüdInnen Wiens, besonders MigrantInnen aus Galizien und der Bukowina, waren orthodox, traditionell und konservativ. Der kulturelle Unterschied zu der säkularen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung schien unüberbrückbar.⁹² Besonders die Einstellung der Sozialdemokratie zu zionistischen und jüdischnationalen Bewegungen war überwiegend feindselig. Einer materialistischen Geschichtsauffassung folgend sahen die meisten SozialistInnen das Judentum als überholt an, setzten den Zionismus mit reaktionärem Nationalismus gleich und betrachteten den jüdischen Nationalismus als „Ablenkung vom Klassenkampf“⁹³. Ziel sei vielmehr eine völlige Assimilation der JüdInnen an die jeweilige lokale Bevölkerung. Ohne jüdische Identität würde schließlich auch der Antisemitismus verschwinden.⁹⁴

Gleichzeitig gab es seit Ende des 19. Jahrhunderts eine aktive Beteiligung jüdischer Intellektueller und ArbeiterInnen an der österreichischen ArbeiterInnenbewegung. So wuchs beispielsweise Victor Adler jüdisch-konfessionell auf, konvertierte allerdings später zum Protestantismus. Besonders jüdische Intellektuelle waren häufig völlig assimiliert und identifizierten sich mit den sozialistischen Zielen der Bewegung. Die Mitwirkung von JüdInnen in der sozialdemokratischen Partei wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts von der antisemitischen Bewegung Luegers propagandistisch genutzt, um die „Rote Gefahr“ und die „Judenfrage“ inhaltlich miteinander in Verbindung zu bringen.⁹⁵

„Der Anti-Intellektualismus, die mittelständische Phobie gegenüber der Proletarisierung, die Furcht vor dem sozialistischen Atheismus und kleinbürgerliche Ängste vor jüdischer Konkurrenz wurden von den Christlichsozialen geschickt genutzt, um ihre bürgerliche Anhängerschaft zu mobilisieren.“⁹⁶

⁹¹ Vgl. Robert S. Wistrich, Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden. In: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 169-180, hier 193.

⁹² Vgl. ebda. 189f.

⁹³ Peter Pulzer, Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 121-140, hier 132.

⁹⁴ Vgl. ebda. 132f.

⁹⁵ Vgl. Robert S. Wistrich, Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden. In: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 169-180, hier 190f.

⁹⁶ Robert S. Wistrich, Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden. In: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 169-180, hier 191.

Die Juden und Jüdinnen innerhalb der Sozialdemokratie waren hingegen weit davon entfernt, vermeintlich „jüdische Interessen“ zu vertreten, sondern versuchten tunlichst, sich vom Judentum und von orthodoxen, nationalistischen, sowie bürgerlichen JüdInnen abzugrenzen.⁹⁷

„Daß auch und vor allem Sozialdemokraten jüdischer Herkunft wie Viktor Adler und Otto Bauer jede Betonung einer eigenen jüdischen Identität scharf zurückwiesen und auf dem Ziel einer vollständigen Assimilierung, also einer Auflösung des Judentums in seinem gesellschaftlichen Umfeld bestanden, ist ein Indikator für den stark ausgeprägten Wunsch von Menschen, ihre von der Umgebung angefeindete jüdische Identität zur Gänze aufgeben zu dürfen - und nicht etwa, dieser antisemitischen Umgebung offensiv und direkt den Antisemitismus zu nehmen.“⁹⁸

Antisemitismus war sowohl innerhalb der sozialdemokratischen WählerInnenschaft als auch in der Parteispitze vertreten. So wurden auch unter SozialdemokratInnen Stimmen laut, die die Präsenz von JüdInnen innerhalb der Partei einschränken wollten. Zwar wurde Antisemitismus marxistischen Auffassungen folgend als reaktionäre Ideologie von Kleinbürgerlichen verstanden, dennoch war die ArbeiterInnenbewegung nicht immun dagegen.⁹⁹ Da mit „Anti-Antisemitismus“¹⁰⁰ nicht viele Wählerstimmen zu gewinnen waren, hielt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zurück, sich für die jüdische Bevölkerung einzusetzen. Den WählerInnen sollte es möglich sein, ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei zu geben und gleichzeitig eine antisemitische Grundhaltung beizubehalten.¹⁰¹

4.3. Die Deutschnationale Bewegung

Das deutschnationale Lager Österreichs entstand im Laufe des 19. Jahrhundert und erfuhr als Reaktion auf die Gründung des deutschen Nationalstaates in den Jahren 1870/1871 einen Aufschwung. Ziel der Deutschnationalen war der Anschluss der deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie an das Deutsche Reich sowie die Umstrukturierung der restlichen österreichisch-ungarischen Gebiete in vom deutschen Staat abhängige Klientelstaaten.¹⁰² Die deutschnationale Wählerschaft bestand Ende des 19. Jahrhunderts vor allem aus Intellektuellen, Beamten und Akademikern. Den Kern der Bewegung stellten

⁹⁷ Vgl. ebda. 192.

⁹⁸ Vgl. Anton Pelinka, Sozialdemokratie und Antisemitismus. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften Jg.3, H. 4: Antisemitismus (1992) 540-554, hier 545.

⁹⁹ Vgl. ebda. 188.

¹⁰⁰ Albert *Lichtblau*, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank *Stern* / Barbara *Eichinger* (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58 hier 57.

¹⁰¹ Vgl. ebda.

¹⁰² Vgl. Brigitte *Hamann*, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators (München/Zürich 1996) 339.

besonders die studentischen Burschenschaften und Korps sowie die Turnerschaft dar.¹⁰³ Die Burschenschaften führten bereits 1878 einen sogenannten „Arierparagraphen“ in ihren Statuten ein und begannen jüdische Mitglieder auszuschließen.¹⁰⁴ Georg Schönerer stellte den aggressiven Antisemitismus ins Zentrum der politischen Ideologie der deutschnationalen Partei und verhalf der Bewegung in den 1870er und 1880er Jahren zu politischem Erfolg.¹⁰⁵ Schönerer und seine AnhängerInnen vertraten einen biologistischen Antisemitismus, der auf den widerlegten Theorien der Rassenlehre beruhte. Juden und Jüdinnen wurden nicht mehr als Angehörige einer Religionsgemeinschaft, sondern als eine eigene „Rasse“ betrachtet, der „alle denkbar schlechten Eigenschaften“¹⁰⁶ zugeschrieben wurden. Ein bekannter Spruch Schönerers bringt die rassistische Ausrichtung des deutschnationalen Antisemitismus auf den Punkt: „Ob Jud’, ob Christ ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei.“¹⁰⁷

Schönerer sah Antisemitismus als wesentliche Grundlage des deutschnationalen Denkens an, er sei „der wichtigste Ausdruck echten Volksbewußtseins und die größte nationale Errungenschaft des Jahrhunderts“.¹⁰⁸ Georg Schönerer forderte, dass die Erlangung bürgerlicher Rechte von dem Kriterium der „Rasse“ abhängig gemacht werden sollte.¹⁰⁹ 1882 verfasste er gemeinsam mit anderen Reformpolitikern der zerfallenden liberalen Bewegung das Linzer Programm, ein Grundsatzpapier der deutschnationalen Bewegung Österreichs. Ein wesentliches Anliegen des Programms war die wirtschaftliche und staatsrechtliche Loslösung der deutschsprachigen Gebiete aus der Habsburgermonarchie und die politische und wirtschaftliche Annäherung dieser Gebiete an Deutschland. Die geforderte Umstrukturierung sollte sowohl die Trennung Cisleithaniens von Transleithanien als auch die formale Eigenständigkeit der wirtschaftlich schwachen Teile Cisleithaniens, allen voran Galizien und die Bukowina, umfassen. Ein Grund für den Wunsch nach Ausgliederung der nordöstlichen Kronländer war die Tatsache, dass der Großteil der Juden und Jüdinnen Cisleithaniens in Galizien und der Bukowina lebten. Das Programm forderte außerdem Reformen wie Presse- und Versammlungsfreiheit und die Ausweitung des Wahlrechts. Das Linzer Programm entstand aus einem breiten Bündnis antiklerikaler

¹⁰³ Vgl. *Wiener Geschichte Wiki*, Deutschnationale Bewegung, Wien 13.10.2017, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Deutschnationale_Bewegung> (19.12.2018).

¹⁰⁴ Steven Beller, *Wien und die Juden. 1867-1938* (Wien/Köln/Weimar 1993) 210.

¹⁰⁵ Vgl. *Wiener Geschichte Wiki*, Deutschnationale Bewegung, Wien 13.10.2017, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Deutschnationale_Bewegung> (19.12.2018), sowie; Karl Vocelka, *Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik* (München 2009) 245..

¹⁰⁶ Karl Vocelka, *Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik* (München 2009) 245.

¹⁰⁷ Zitiert nach: ebda.

¹⁰⁸ Zitiert nach: Bruce F. Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung* (Wien 1993) 70.

¹⁰⁹ Vgl. Bruce F. Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung* (Wien 1993) 68f.

ReformpolitikerInnen, zu denen die späteren sozialdemokratischen Politiker Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer sowie Heinrich Friedjung und der Christlichsoziale Robert Pattai gehörten. Schönerer fügte dem Linzer Programm im Jahr 1885 nachträglich einen zwölften Punkt, den „Arierparagraphen“ hinzu, in dem postuliert wurde, dass die angestrebten Reformen nur unter der Prämisse der „Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“¹¹⁰ durchgeführt werden könnten. Die ehemaligen Mitarbeiter des Linzer Programms Victor Adler und Heinrich Friedjung, die beide getauft waren, aber dennoch nach der rassistischen Auffassung der Deutschnationalen als Juden galten, wurden durch die Einführung der „Arierparagraphen“ aus der deutschnationalen Bewegung ausgeschlossen.¹¹¹ Sowohl sozialdemokratische als auch christlichsoziale PolitikerInnen wandten sich im Laufe der 1880er Jahre vom Linzer Programm ab, so dass sich bald nur noch die Anhänger Schönerers darauf bezogen.¹¹²

1891 spaltete sich die deutschnationale Bewegung in die Alldeutsche Bewegung unter Schönerer (ab 1896 Alldeutsche Vereinigung) und die Deutsche Nationalpartei. Im Jahr 1911 schlossen sich mehrere deutschnationale Parteien, darunter auch die Deutsche Arbeiterpartei (ab 1918 Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei), zum Deutschen Nationalverband zusammen. Der Verband zog im selben Jahr mit 104 Mandaten in den Reichsrat ein. 1917/18 zerfiel die Partei in 17 kleine Parteien, die alle auf die eine oder andere Weise Antisemitismus in ihr Programm aufnahmen. Zu Beginn der Ersten Republik waren die Großdeutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei die stärksten Kräfte innerhalb der deutschnationalen Bewegung. Bei den Gemeinderatswahlen 1919 erhielt die deutschnationale Liste 5,2 Prozent der Stimmen und zog mit 3 von insgesamt 165 Mandaten in den Gemeinderat ein. Am 7./8. August 1920 bildete sich aus einer Vereinigung der Splittergruppen die Großdeutsche Volkspartei. Bei den Nationalratswahlen 1920 erzielten die deutschnationalen Parteien zusammen 17,25 Prozent der Stimmen.¹¹³ Die deutschnationale Bewegung stellte also eine gewichtige politische Kraft dar, die sich jedoch aufgrund ihrer Zersplitterung selbst schwächte.

¹¹⁰ Zitiert nach: Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators* (München/Zürich 1996) 346.

¹¹¹ Vgl. ebda. 343.

¹¹² Vgl. Bruce F. Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung* (Wien 1993) 69.

¹¹³ Vgl. *Wiener Geschichte Wiki*, Deutschnationale Bewegung, Wien 13.10.2017, online unter https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Deutschnationale_Bewegung (19.12.2018), sowie: Bruce F. Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung* (Wien 1993) 60.

5. Migration aus Galizien und der Bukowina nach Wien

5.1. Zuwanderung vor dem Ersten Weltkrieg

Migration und Massenzuwanderung haben in Wien bereits eine lange Geschichte. Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, als Wien zur permanenten Residenzstadt der Habsburger KaiserInnen und somit auch zur Hauptstadt der Habsburgermonarchie wurde, entwickelte die Stadt zunehmend eine Anziehungskraft für zahlreiche Menschen und wuchs rapide. Die Migration von JüdInnen aus Galizien und der Bukowina nach Wien begann keineswegs erst mit den Fluchtbewegungen des Ersten Weltkrieges, sondern war schon davor Normalität.¹¹⁴ Während des gesamten 19. Jahrhunderts war die Hauptstadt der Habsburgermonarchie Migrationsziel von zahlreichen arbeitssuchenden ZuwanderInnen, die sich in der pulsierenden Großstadt neue Möglichkeiten erhofften. Die groß angelegten und mannigfachen Bauvorhaben, die Nachfrage nach Konsum- und Luxusgütern durch den Hof sowie das expandierende Finanz- und Bildungsbürgertum waren ausschlaggebend für die Ausdehnung des Arbeitsmarktes im gewerblich-industriellen Sektor und im Dienstleistungssektor.¹¹⁵ Zählte die Stadt Wien 1840, also vor der Eingemeindung der Vorstädte und Vororte, noch 469.400 EinwohnerInnen, lebten 1910 mehr als zwei Millionen Menschen in der Hauptstadt. Diese Bevölkerungsexplosion stand in engem Zusammenhang mit Migration, denn mehr als die Hälfte der BewohnerInnen Wiens war nicht in Wien geboren.¹¹⁶ Das „Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ vom Dezember 1867 bot die Grundlage für den Zuzug. Im Artikel 6 war die freie Wahl des Wohnsitzes sowie die Erwerbs- und Aufenthaltsfreiheit innerhalb der k.u.k. Monarchie gesetzlich verankert. Die Industrialisierung schritt in Wien rasant voran, besonders Menschen aus den bäuerlich-agrarisch geprägten östlichen Gebieten der Monarchie erhofften sich in Wien, dem ökonomischen und kulturellen Zentrum der Habsburgermonarchie, eine bessere Zukunft.¹¹⁷ Mit dem Staatsgrundgesetz wurden jüdische Männer erstmals als gleichberechtigte österreichische Staatsbürger

¹¹⁴ Vgl. Annemarie Steidl, Ein attraktiver Anziehungspunkt für Zuwanderer aus ganz Europa. Wanderungsmuster nach Wien. In: Andreas Weigl/ Peter Eigner / Ernst Gerhard Eder (Hg.), Sozialgeschichte Wien 1740-2010. Soziale und ökonomische Ungleichheiten, Wanderungsbewegungen, Hof, Bürokratie, Schule, Theater (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 375-435, hier 376, sowie: Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettauer / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 29.

¹¹⁵ Vgl. Sylvia Hahn, Migration in Wien um 1900, in: Elisabeth Röhrlich, Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende (Wien 2016) 173-192, hier 173.

¹¹⁶ Vgl. Elisabeth Heimann, Migrationsziel Wien. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende (Wien 2016) 399-423, hier 400ff.

¹¹⁷ Vgl. Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettauer / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 30f.

anerkannt. Ab 1860 wurde JüdInnen per kaiserlichem Erlass der Erwerb von Grundbesitz erlaubt.¹¹⁸ Diese Entwicklungen trugen dazu bei, dass die jüdische Bevölkerung Wiens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch wuchs. 1869 lebten 40.230 Menschen jüdischer Konfession in der Hauptstadt, 1910 bereits etwa 175.000 JüdInnen, die 8,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.¹¹⁹

Die erste Einwanderungsbewegung, die von der Aufenthaltsfreiheit ausgelöst wurde, führte vorerst, besonders in den Jahren 1869 bis 1880, dazu, dass Juden und Jüdinnen aus Ungarn, Böhmen und Mähren nach Wien migrierten. Aus Galizien lassen sich zwei Einwanderungswellen feststellen. Zwischen 1860 und 1870 fand eine eher kleinere Migrationsbewegung von galizischen JüdInnen vorwiegend aus dem städtischen Milieu nach Wien statt. In größerer Zahl immigrierten JüdInnen aus Galizien erst zwischen 1900 und 1910 nach Wien. In diesen Jahren verließen vor allem sozial schwächer gestellte Juden und JüdInnen Galizien und bildeten in der Hauptstadt zunehmend die Unterschicht der jüdischen Gemeinde. Die Motive für die Auswanderung aus Galizien waren vielfältig: Ursachen waren Armut und Unterernährung, die mit der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Region in Zusammenhang standen, sowie der Antisemitismus und polnische Nationalismus, der immer häufiger in Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung mündete, so beispielsweise im Jahr 1881 und in den 1890er Jahren. Die schlechte wirtschaftliche Entwicklung Galiziens Ende des 19. Jahrhunderts trieb zahlreiche JüdInnen der Region in die Armut und bewog sie zur Emigration.¹²⁰ Viele galizische JüdInnen zog es in die Hauptstadt der Habsburgermonarchie, da sie romantische Vorstellungen mit einem Leben in Wien verbanden. Die Hoffnungen und Erwartungen der MigrantInnen auf eine bessere Zukunft wurden vor Ort häufig enttäuscht, denn die Realität der MigrantInnen war geprägt von den antisemitischen Ressentiments der lokalen Bevölkerung. Dem romantisierenden Blick der galizischen Juden und Jüdinnen auf Wien stand der negative Blick der WienerInnen, häufig auch der Wiener JüdInnen, auf Galizien und Osteuropa gegenüber.¹²¹ Die Zuwanderung osteuropäischer JüdInnen löste

¹¹⁸ Vgl. Elisabeth Heimann, Migrationsziel Wien. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende (Wien 2016) 399-423, hier 400ff.

¹¹⁹ Vgl. Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettauert / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 31.

¹²⁰ Vgl. Klaus Hödl, Galizische Juden und Jüdinnen in Wien. Einige Gründe für deren Stereotypisierung. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/ Köln/ Weimar 2016) 221-242, hier 22f.

¹²¹ Vgl. Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettauert / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 36.

nachhaltige Kontroversen innerhalb der jüdischen Glaubensgemeinschaft aus und prägten die Unterteilung der jüdischen Bevölkerung in „OstjüdInnen“ und „WestjüdInnen“.¹²²

Galizien war das Gebiet der Habsburgermonarchie mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil. Um 1850 lebten dort etwa 300.000 Menschen jüdischer Konfession, 1910 waren es laut Volkszählung rund 872.000 Juden und Jüdinnen. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges lebten etwas weniger als eine Million Menschen jüdischen Glaubens in Galizien, sie machten damals etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Ende des 19. Jahrhunderts war der Großteil der jüdischen Bevölkerung Galiziens verarmt. Viele JüdInnen mussten sich als TagelöhnerInnen, BettlerInnen oder HausiererInnen durchschlagen.¹²³ Sie wurden als „Luftmenschen“ bezeichnet, also als Menschen, die buchstäblich von Luft lebten, da sie weder über Geld, noch über Besitz oder eine Ausbildung verfügten.¹²⁴ Der Großteil der jüdischen Bevölkerung Galiziens, etwa zwei Drittel, lebte in Ostgalizien. Städte wie Stanislawow, Tarnopol oder Brody wiesen sogar eine jüdische Bevölkerungsmehrheit auf.¹²⁵ In der Bukowina lebten ebenfalls etwa 100.000 Personen jüdischer Konfession. Eben diese Gebiete wurden zu Beginn des Ersten Weltkrieg ab Sommer 1914 zur Front der österreichisch-ungarischen Armee gegen Russland.¹²⁶

5.2. Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg stellt eine Zäsur in der europäischen Geschichte dar, deren historische Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Der Krieg von 1914 bis 1918 war eine „Katastrophe beispiellosen Ausmaßes“, der Menschen im zweistelligen Millionenbereich zum Opfer fielen.¹²⁷ Er entfesselte ein zuvor undenkbares Ausmaß an Gewalt. Die Kriegstraumata und das Chaos, das der „totale Krieg“ verursachte, hatten verheerende Auswirkungen auf die historischen Entwicklungen der Zwischenkriegszeit und ebneten den

¹²² Vgl. Philipp Mettau, Vorwort, in: ders./ Barbara Staudinger (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 7-12, hier 7.

¹²³ Vgl. Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettau / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 35.

¹²⁴ Vgl. Desanka Schwara, Luftmenschen. Ein Leben in Armut. In: Heiko Haumann, Luftmenschen und rebellische Töchter. Zum Wandel ostjüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert (Köln/Weimar/Wien 2003) 71-222, hier 91f.

¹²⁵ Vgl. Barbara Staudinger, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp Mettau / dies. (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 29-48, hier 35.

¹²⁶ Vgl. Albert Lichtblau, Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. In: Marcus Patka, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142, hier 135.

¹²⁷ David Rechter, Die große Katastrophe. Die österreichischen Juden und der Krieg. In: Marcus Patka, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 12-25, hier 13.

Weg für den Zweiten Weltkrieg, der den vorangegangenen Krieg an Grausamkeit in den Schatten stellen sollte.¹²⁸

In den Frontgebieten Galiziens und der Bukowina verursachte der Einsatz moderner Kriegstechnik in Kombination mit den auf engstem Raum operierenden Armeen massive Zerstörungen. Die Art der Kriegsführung sowie die schnelle Abfolge von Offensiven, denen der Rückzug beider Armeen folgte, machten die Flucht überlebensnotwendig.¹²⁹ So vertrieb die k.u.k. Armee bei ihrem Rückzug in Galizien und der Bukowina zahlreiche Juden und Jüdinnen, hunderte Ortschaften wurden aufgelöst und Häuser geplündert.¹³⁰

Für die osteuropäischen Juden und Jüdinnen stellte der Erste Weltkrieg und die damit einhergehende Zerstörung ihrer Gesellschaftsstruktur ein gewaltiges Trauma dar. Im Verlauf des Krieges wurden sie Opfer von Vertreibungen durch die russischen Truppen, von Pogromen, Plünderungen, Massenvergewaltigungen und Zwangsarbeit. Hunderttausende JüdInnen wurden von den russischen Befehlshabern der Untreue und Spionagetätigkeit bezichtigt und nach Sibirien deportiert.¹³¹

Der Beginn des Weltkrieges 1914 stellte auch einen Wendepunkt in der Flüchtlings- und Migrationspolitik Europas dar. In den Jahrzehnten davor gab es kaum massenhaften Fluchtbewegungen. Im Lauf des Ersten Weltkrieges entwickelten sich erste Ansätze der rechtlichen Festschreibung des Flüchtlingsbegriff, sowie die von staatlicher Seite organisierte Flüchtlingspolitik. Es entstanden zu jener Zeit öffentliche Kontroversen und Diskurse, die bis heute für die Debatten über Geflüchtete prägend sind.¹³²

5.2.1. Kriegsschauplatz Galizien/Bukowina

Die k.u.k. Armee führte während des Krieges sogenannte „strategische“ Evakuierungen durch, bei denen die Zivilbevölkerung massenhaft ins Hinterland ausgewiesen wurde. Grundlage dafür bot eine kaiserliche Verordnung vom August 1914, die dem Militärapparat vollständige Verfügungsgewalt über die Zivilbevölkerung an der nordöstlichen Front übertrug und der Armee die Möglichkeit bot, willkürlich und vor Ort über die Entfernung von ZivilistInnen zu verfügen. Im Laufe des Krieges wurden diese Maßnahmen ausgeweitet und

¹²⁸ Vgl. ebda. 25.

¹²⁹ Vgl. Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 447f.

¹³⁰ Vgl. David *Rechter*, *The Jews of Vienna and the First World War*, (London/Portland, Oregon 2001) 70.

¹³¹ Vgl. Gabriele *Kohlbauer-Fritz*, *Die Zerstörung von Synagogen und jüdischem Kulturgut in Galizien und der Bukowina*. In: Marcus *Patka*, *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg* (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 143-148, hier 143. Sowie: vgl. David *Rechter*, *Die große Katastrophe. Die österreichischen Juden und der Krieg*. In: ebda. hier 13.

¹³² Vgl. Walter *Mentzel*, *Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges*. In: Börries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 127.

intensiviert.¹³³ Walter Mentzel stuft die „strategischen“ Evakuierungen, denen hunderttausende ZivilistInnen zum Opfer fielen, als Massenvertreibungen ein.¹³⁴ Schon vor Beginn der Kampfhandlungen in Galizien und der Bukowina wurden tausende Menschen evakuiert, vertrieben und ausgewiesen, um Platz für den Aufmarsch der österreichisch-ungarischen Armee zu schaffen. Teil der Kriegsstrategie Österreichs war es, größere Landstriche in Galizien und der Bukowina zu einem Militärgebiet umzuwandeln, um gegebenenfalls die Frontlinie nach hinten verlegen zu können.¹³⁵ Die Massenevakuierungen, die im weiteren Kriegsverlauf durchgeführt wurden, waren vermehrt überstürzt. Betroffen von den Maßnahmen waren vor allem Bevölkerungsgruppen, wie die ruthenische Bevölkerung, der kollektiv Spionage und Illoyalität vorgeworfen wurde, sowie die jüdische Bevölkerung. Unter dem Deckmantel der „strategischen Evakuierung“ wurden immer häufiger Ausweisungen und Hinrichtungen legitimiert. Im Laufe des Krieges, vermehrt ab 1916, wurden Evakuierungen zu dem Zwecke durchgeführt, Arbeitskräfte im Landesinneren zu rekrutieren.¹³⁶ Im Zuge dessen führte die k.u.k. Armee die Unterscheidung zwischen „arbeitsfähigen“ Personen von „Nichtarbeitsfähigen“ beziehungsweise „Mittellosen“ ein. Juden und Jüdinnen wurden in Anlehnung an das antisemitische Stereotyp des „unproduktiven Juden“ und seines vermeintlich schädigenden Verhaltens für die Armee als „nichtarbeitsfähige“ Personen beziehungsweise „Mittellose“ eingestuft und aus den Frontgebieten entfernt.¹³⁷ Die genaue Zahl derjenigen, die während des Ersten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mussten, kann nicht eruiert werden. Selbst das k.u.k. Ministerium des Inneren, dessen Aufgabe die Registrierung der Geflüchteten war, besaß keine exakten Statistiken über ihre Anzahl. Mitte 1915 waren mehr als 600.000 mittellose und weitere 300.000 bis 400.000 bemittelte Flüchtlinge amtlich registriert. Zusätzlich gab es noch unzählige Personen, die zwar ihr Zuhause verlassen hatten, allerdings in Städte flohen, die in weiterer Folge ebenfalls zu Kriegsgebiet wurden. Andere schienen nicht in den Statistiken auf, weil sie sich dazu entschieden hatten, auf die Flüchtlingsunterstützung zu verzichten,

¹³³ Vgl. Walter Mentzel, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 1.

¹³⁴ Vgl. Walter Mentzel, *Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges*. In: Börries Kuzmany / Rita Garstenauer (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 132.

¹³⁵ Vgl. Albert Lichtblau, *Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina*. In: Marcus Patka, *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg* (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142, hier 135.

¹³⁶ Vgl. Walter Mentzel, *Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges*. In: Börries Kuzmany / Rita Garstenauer (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 132f.

¹³⁷ Walter Mentzel, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 448f.

um den schlechten Zuständen in den Flüchtlingslagern zu entgehen. Sie mussten in Illegalität im Hinterland leben.¹³⁸

Die Massenflucht während der ersten Kriegsphase war überstürzt, sie lief teils von der k.u.k. Armee organisiert, teils unorganisiert ab.¹³⁹ Nach den enormen Gebietsverlusten Österreich-Ungarns in den ersten Kriegsmonaten waren die Zustände in Galizien und der Bukowina chaotisch. Die Armee der Habsburger hatte kaum Vorsorgemaßnahmen für die Zivilbevölkerung im Fall eines russischen Vormarsches getroffen. In vielen Fällen lässt sich zwischen Flucht und Evakuierung durch die k.u.k. Armee nicht unterscheiden, denn häufig ging der Evakuierung die Flucht vor den militärischen Aktionen durch die österreich-ungarische Armee voraus. Ab August 1914 begann eine „Ost-West“-Bewegung, die an der ostgalizischen Grenze ihren Anfang nahm und vor allem regionale Auswirkungen hatte. Die meisten Menschen aus den Grenzgebieten flohen vorerst in die nächsten Ortschaften oder in die großen Städte Galiziens und der Bukowina.¹⁴⁰ Mit zunehmenden Gebietsverlusten der österreichisch-ungarischen Armee und der immer größer werdenden Zahl an Geflüchteten wurde die Notwendigkeit von Evakuierungen immer offensichtlicher. Die Flucht wurde überwiegend unvorbereitet angetreten, sodass es den Flüchtenden nur selten gelang, ihre Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen.¹⁴¹ Die Flucht wurde zu Fuß, mit Fuhrwerken, in überfüllten Zügen oder in Viehwaggons angetreten und dauerte oft wochenlang.¹⁴²

Ein Großteil der von der nordöstlichen Front Flüchtenden waren Juden und Jüdinnen. Neben der Frage des Überlebens spielte auch das Wissen der jüdischen Bevölkerung über den Antisemitismus im Zarenreich eine Rolle beim Verlassen der Heimat. Antisemitische Pogrome und Gewalttaten waren im Russischen Reich Anfang des 20. Jahrhunderts weit verbreitet. Darüber hinaus hatten Menschen jüdischer Konfession einen schlechteren rechtlichen Status sowie eingeschränkte Bewegungsfreiheit innerhalb des russischen Staatsgebietes.¹⁴³ Der Vormarsch der zaristischen Armee während des Ersten Weltkrieges hatte verheerende Konsequenzen für die jüdische Bevölkerung. In der Hauptstadt der

¹³⁸ Vgl. Walter *Mentzel*, Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges. In: Börries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 127f.

¹³⁹ Vgl. Albert *Lichtblau*, Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. In: Marcus *Patka*, *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg* (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142, hier 136.

¹⁴⁰ Vgl. Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 25.

¹⁴¹ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“: Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 25ff.

¹⁴² Vgl. David *Rechter*, *The Jews of Vienna and the First World War* (London/Portland, Oregon 2001) 71, sowie: Albert *Lichtblau*, Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. In: Marcus *Patka*, *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg* (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142, hier 135.

¹⁴³ Vgl. David *Rechter*, *The Jews of Vienna and the First World War*, (London/Portland, Oregon 2001) 68ff.

Bukowina, Czernowitz, zerstörten die Russen jegliche zivile und industrielle Infrastruktur, schliffen die wichtigsten öffentlichen Gebäude und stellten den öffentlichen Transport ein.¹⁴⁴ Der russische Schriftsteller und Ethnologe Schlomo An-Saki berichtete vom Vorgehen des russischen Militärs und der Kosaken gegen die jüdische Bevölkerung in Galizien. Bereits in den ersten Tagen des Krieges verübten kosakische und russische Soldaten ein blutiges Pogrom in Brody, bei dem die halbe Stadt niedergebrannt wurde. Im Herbst 1914 kam es in Lemberg zu einem antisemitisch motivierten Pogrom durch die Soldaten des Zaren.¹⁴⁵

Die Verwüstungen der k.u.k. Armee fielen zwar geringer aus, im Zuge der Politik der verbrannten Erde wurden allerdings auch von österreichisch-ungarischer Seite hunderte Dörfer geplündert und zerstört. Zusätzlich waren die Folgen des Zusammenbruch der Verwaltung und der Regierung für die jüdische Bevölkerung Galiziens und der Bukowina verheerend, sie waren Armut, Hunger und Gewalt ausgesetzt.¹⁴⁶ Mit dem Kriegsausbruch verschärften sich auch die nationalen Spannungen zwischen der polnischen, ruthenischen und jüdischen Bevölkerung in Galizien und der Bukowina. So kam es zu Denunziationen, Plünderungen, Übergriffen und Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung in den Frontgebieten. Die jüdische Bevölkerung wurde im Kriegsverlauf aufgrund des zunehmenden Antisemitismus in Galizien und der Bukowina sowie der Übergriffe der zarischen Armee vermehrt zur Flucht gezwungen.¹⁴⁷

5.2.2. Flüchtlingspolitik der Regierung

Waren die Ausweisungen der Bevölkerung aus den Kriegsgebieten noch teilweise vorbereitet, standen die österreichischen Behörden sowie die Militärverwaltung den Flüchtlingsbewegungen ins Hinterland völlig unvorbereitet gegenüber. Im Sommer 1914 gab es keine Anweisungen zu Hilfeleistungen oder Pläne zur Unterbringung der Geflüchteten. Anstatt die Bevölkerung im Landesinneren auf das Eintreffen von Geflüchteten vorzubereiten, versuchten Presse und Behörden in den ersten Kriegsmonaten, die massiven

¹⁴⁴ David *Rechter*, Die große Katastrophe. Die österreichischen Juden und der Krieg. In: Marcus *Patka*, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 12-25, hier 20.

¹⁴⁵ Vgl. Gabriele *Kohlbauer-Fritz*, Die Zerstörung von Synagogen und jüdischem Kulturgut in Galizien und der Bukowina. In: Marcus *Patka*, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 143-148, hier 144.

¹⁴⁶ David *Rechter*, Die große Katastrophe. Die österreichischen Juden und der Krieg. In: Marcus *Patka*, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 12-25, hier 21.

¹⁴⁷ Walter *Mentzel*, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997) 26f.

Gebietsverluste zu verheimlichen.¹⁴⁸ Die Geflüchteten stellten jedoch ein „reales Zeugnis der Niederlagen“¹⁴⁹ im Wiener Stadtbild dar, das sich nicht staatlich zensurieren ließ.

Die Organisation der Flüchtlingsfürsorge lag grundsätzlich in der Verantwortung des Innenministeriums.¹⁵⁰ Die erste staatliche Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsthematik fand im September 1914 statt, nachdem Ungarn die Ausweisung jüdischer Flüchtlinge aus ihrem Staatsgebiet veranlasst hatte. Als Reaktion darauf wurden in Cisleithanien ordnungspolitische Maßnahmen getroffen, die den Zuzug „mittelloser Flüchtlinge“ in die Städte sowie ihre unkontrollierte „Verbreitung im ganzen Reich“ regeln sollten.¹⁵¹ Die Überwachung, Registrierung und Verteilung der Geflüchteten stand im Zentrum der ersten Maßnahmen und bildete bis zum Ende des Krieges das Hauptaugenmerk der Flüchtlingspolitik. Die Behörden sahen zunächst Wien als Zufluchtsort für JüdInnen aus Galizien und der Bukowina vor.¹⁵² Zu den ordnungspolitischen Maßnahmen gehörten Perlustrierungsstationen, die an den wichtigsten Bahnknotenpunkten eingerichtet wurden. An diesen Stationen wurden sanitäre und sicherheitspolizeiliche Überprüfungen durchgeführt und die Flüchtenden nach Nationalitäten und Konfessionen unterschieden und anhand von sozialen Kriterien getrennt.¹⁵³ Die Hygienemaßnahmen sollten den Zweck erfüllen, die westliche Bevölkerung vor den „unsauberen“ Menschen der östlichen Gebiete zu schützen. Vor allem sogenannte „mittellose“ Flüchtlinge wurden von der restlichen Bevölkerung abgesondert in Lagern interniert.¹⁵⁴ Die Zustände in den Massenquartieren waren katastrophal und von Drangsalierungen und Repressalien der Behörden geprägt.¹⁵⁵ Berichte über Schmutz und Ungeziefer in den Flüchtlingslagern, über Nässe und Kälte,

¹⁴⁸ Vgl. Walter *Mentzel*, Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges. In: Börries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 135f.

¹⁴⁹ Albert *Lichtblau*, Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. In: Marcus *Patka*, *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg* (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142, hier 137.

¹⁵⁰ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 44.

¹⁵¹ Albert *Lichtblau*, Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. In: Marcus *Patka*, *Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg* (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142, hier 136.

¹⁵² Vgl. ebda. 136.

¹⁵³ Vgl. Walter *Mentzel*, Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges. In: Börries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 135f.

¹⁵⁴ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 450.

¹⁵⁵ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 38.

fehlende ärztliche Versorgung, hohe Sterblichkeit und schlechte Verpflegungen machten schon in der ersten Phase des Krieges die Runde.¹⁵⁶

Ab Herbst und Winter 1914 wurden die westlichen Großstädte für Geflüchtete gesperrt.¹⁵⁷ Da die Aufnahmekapazität der Barackenlager allerdings bald weit überschritten war, konnte die Unterbringung „mittelloser“ Flüchtlinge in Wien nicht verhindert werden.¹⁵⁸ Materielle Zuwendung gab es nur für diejenigen, die sich an dem zugewiesenen Aufenthaltsort unterbringen ließen. Geflüchtete, die sich an nicht zugewiesenen Orten aufhielten, beispielsweise im Kriegs- oder Etappengebiet, wurden nicht als Flüchtlinge anerkannt und konnten jederzeit in ein Lager eingewiesen werden. Im Jänner 1915 wurde ein Maßnahmenpaket erlassen, das unter anderem den Arbeitsmarktzugang der Geflüchteten regelte. Die Regierung wollte mit der Maßnahme kriegswirtschaftlichen Interessen Rechnung tragen. So wurden im Laufe des Krieges die materiellen Zuwendungen sukzessive an die Arbeitstätigkeit der Geflüchteten geknüpft, gleichzeitig wurden jüdische Geflüchtete vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, um eine Integration zu verhindern. Generell verfolgten die zwischen 1914 und 1918 von der Flüchtlingsverwaltung gesetzten Maßnahmen das Ziel, eine Integration der Flüchtlinge nicht zuzulassen und die Rückführung möglichst vieler Geflüchteter durchzuführen.

Repatriierungen

Die Repatriierung der Geflüchteten hatte einen wesentlichen Stellenwert in der Flüchtlingsfürsorge. So waren die gesetzlichen Maßnahmen darauf ausgerichtet waren, eine Abschiebung der Flüchtlinge bei erster Gelegenheit und jederzeit durchführen zu können.¹⁵⁹ Nach den militärischen Erfolgen der österreichisch-ungarischen Armee in der Phase von Mai bis September 1915, bei denen fast ganz Galizien und die Bukowina zurückerobert wurden, wurde eine systematische Repatriierungsaktion nach Westgalizien geplant. Um so viele Flüchtlinge wie möglich rückführen zu können, wurde der Transport staatlich finanziert und Zahlungen für mittellose Flüchtlinge versprochen, wenn diese innerhalb von drei Wochen abreisen würden. Gesetzlich konnte den Geflüchteten die Freizügigkeit nicht abgesprochen werden, jedoch wurden viele von den Behörden zur Repatriierung gezwungen. Aufgrund der groß angelegten Repatriierungsaktionen wurden im Dezember 1915 in Wien nur mehr 56.000 Menschen staatlich unterstützt. Im Frühsommer 1916 hielten sich laut Schätzungen

¹⁵⁶ Vgl. Walter *Mentzel*, Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges. In: Bőrries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 144f.

¹⁵⁷ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 450.

¹⁵⁸ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 34.

¹⁵⁹ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 451ff.

nur noch etwa 40.000 bis 50.000 galizische und bukowinische Flüchtlinge in Wien auf.¹⁶⁰ Die Ankündigungen des Repatriierungserlasses wurden zum Großteil nicht erfüllt, so musste die Rückreise nach Galizien, die mehrere Tage andauerte, häufig nicht in Personenwaggons, sondern in völlig überfüllten Güter- und Viehwaggons bestritten werden. Viele der Ortschaften, in die die Geflüchteten zurückkehrten, waren im Laufe der Kampfhandlungen massiv zerstört worden. Es herrschte akuter Mangel an Nahrungsmitteln, Trinkwasser sowie Brennmaterial, darüber hinaus kosteten Seuchen zahlreichen Menschen das Leben. Anfang 1916 wurden im Zuge eines russischen Großangriffes große Teile Galiziens und der Bukowina wieder rückerobert und eine neuerliche Fluchtbewegung Richtung Westen ausgelöst. Die österreichisch-ungarischen Behörden versuchten diesmal aber, die Anzahl der Flüchtlinge möglichst klein zu halten, vor allem die bäuerliche Bevölkerung sollte vor Ort bleiben. Des Weiteren wurde dafür gesorgt, die Geflüchteten von großen Städten des Reiches fernzuhalten.¹⁶¹ Doch selbst in der Phase der russischen Eroberung rissen die Repatriierungsaktionen des Innenministeriums nach Galizien nicht ab. Im September 1916 übertraf die Zahl der Repatriierungen sogar wieder jene der Aufnahmen. Im Jahr 1917 wurden sowohl von der Bevölkerung als auch von den Behörden immer häufiger fremdenfeindliche Forderungen zur schnellstmöglichen Repatriierung der Geflüchteten getätigt. Dabei wurde allerdings keinerlei Bezug auf die katastrophale Situation in Galizien und der Bukowina genommen.¹⁶²

5.2.3. Wien und die Geflüchteten

Die erste Flüchtlingsbewegung erreichte Wien bereits im August 1914. In der Presse wurde die Anzahl der Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina, sofern über deren Eintreffen überhaupt berichtet wurde, zum Großteil übertrieben. So behauptete die „Neue Freie Presse“ im September 1914, dass die Stadt mit Flüchtlingen „überfüllt“ sei.¹⁶³ Da die Berichte über die Anzahl der Geflüchteten während des Ersten Weltkrieges politisch aufgeladen sind, erweist es sich als schwierig, verlässliche Zahlen zu finden. Die Bundespolizeidirektion sprach am 3. Oktober 1914 von 53.320 galizische und bukowinische Geflüchtete, die in Wien untergebracht seien. Den Höhepunkt erreichte die Flüchtlingsbewegung nach Wien im November 1914. Zu dieser Zeit wurden allerdings viele

¹⁶⁰ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 54ff.

¹⁶¹ Vgl. ebda. 59ff.

¹⁶² Vgl. ebda. 66f.

¹⁶³ Neue Freie Presse (16.9.1914), zitiert nach: Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 35.

Geflüchtete bereits in Lager oder andere Gemeinden abgeschoben.¹⁶⁴ Ab 10. Dezember 1914 war die Hauptstadt für unbemittelte Flüchtlinge gesperrt. Während des Krieges wurde diese Sperre zwar nicht mehr aufgehoben, allerdings von den Behörden auch nicht konsequent eingehalten.¹⁶⁵ Da die staatliche Unterstützung der Flüchtlinge an den vorgeschriebenen Aufenthaltsort geknüpft war, konnten nur wohlhabende Geflüchtete ihren Zufluchtsort frei wählen. Ende Jänner 1915 nahm der „Flüchtlingsstrom“ aufgrund des Stillstands der zarischen Offensive an der nordöstlichen Front stark ab. Im ersten Halbjahr 1915 dürften vorübergehend ca. 200.000 Flüchtlinge in Wien gewesen sein. Die erste offizielle Statistik des Innenministeriums erschien am 1. Oktober 1915 und berichtete von insgesamt 137.000 Kriegsflüchtlingen, wobei 77.090 Menschen als jüdisch eingestuft wurden. 70.000 „mittellose“ Geflüchtete hatten Wien den Berichten zufolge zu diesem Zeitpunkt schon wieder verlassen.¹⁶⁶ Wie hoch der prozentuelle Anteil an galizischen und bukowinischen Geflüchteten jüdischer Konfession war, ist nicht völlig geklärt. Die „Arbeiterzeitung“ bezeichnete 80 Prozent der Flüchtlinge als jüdisch, die amtliche Statistik vom Oktober 1915 spricht davon, dass 56 Prozent aller in Wien lebenden Geflüchteten jüdisch waren. Es bleibt unklar, welche Kriterien herangezogen wurden, um als Jude oder Jüdin eingestuft zu werden.¹⁶⁷ Da die Erhöhung der Anzahl jüdischer Geflüchteter eine verbreitete antisemitische Strategie war, erweist es sich als schwierig, verlässliche Zahlen zu finden.

Organisationen der Flüchtlingsfürsorge in Wien

Im September 1914 wurde in Wien die *Zentralstelle der Fürsorge für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina* – später in *Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge* umbenannt – unter der Leitung des liberalen Politikers und Gemeinderats Rudolf Schwarz-Hiller gegründet, die eng mit dem Innenministerium zusammenarbeitete und von etwa 80 Prozent der registrierten Geflüchteten in Wien in Anspruch genommen wurde.¹⁶⁸ Daneben gab es eine Vielzahl anderer Hilfsorganisationen, wie beispielsweise das auf bemittelte Flüchtlinge ausgerichtete *Wiener galizische Hilfskomitee*. Von der jüdischen Gemeinde Wiens wurde sowohl auf individueller, als auch institutioneller Ebene Hilfe bei der staatlichen Verwaltung der Flüchtlingsfürsorge erwartet. In den Kriegsjahren wurden in Wien zahlreiche jüdische Wohltätigkeitsvereine gegründet. Die christlichsoziale Wiener Gemeindevertretung leistete immer wieder Widerstand gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und war

¹⁶⁴ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 35.

¹⁶⁵ Vgl. ebda. 40.

¹⁶⁶ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 36.

¹⁶⁷ Vgl. ebda. 39.

¹⁶⁸ Vgl. ebda. 43f.

verantwortlich für den Erlass, der Wien ab Dezember 1914 für mittellose Flüchtlinge sperrte. Darüber hinaus wurde selbst zu Zeiten der schwersten Kampfhandlungen in Galizien die schnellstmögliche Repatriierung der Flüchtlinge gefordert. Die fremdenfeindliche Haltung der Stadtregierung fand in der Bevölkerung großen Zuspruch. So lag ein wesentliches Problem der Flüchtlingsfürsorge im fehlenden Rückhalt großer Teile der Gesellschaft. Aufgrund der antisemitischen Stimmung in Gemeinde- und Polizeibehörden war es nur begrenzt möglich, staatliche Hilfsmaßnahmen umzusetzen.¹⁶⁹ Des Weiteren war die Flüchtlingsfürsorge völlig unzureichend finanziert. Vom Finanzministerium wurden Geldsummen häufig nicht bewilligt oder zu spät ausgezahlt. Der Tagessatz für Geflüchtete reichte kaum zum Überleben aus.¹⁷⁰ Hoffmann-Holter fasst die finanzielle Unterstützung der Geflüchteten durch den Staat folgendermaßen zusammen:

„Die Flüchtlinge konnten auf Grund ihrer großen Anzahl sowie der beschränkten Finanzmittel zu keinem Zeitpunkt wirksam unterstützt werden. Durch mangelndes Verständnis in der Öffentlichkeit verlor die staatliche Hilfsaktion weiter an Boden.“¹⁷¹

Die Mängel der Fürsorgeleistung wurden in den ersten Kriegsjahren nach außen nicht transparent gemacht. Kampagnen, wie beispielsweise die Flüchtlingsausstellung aus dem Jahr 1915 stellten das System der Fürsorge beschönigend dar und blendeten die Not der Geflüchteten völlig aus. Das Flüchtlingselend wurde tabuisiert, Presseberichterstattung über die schlechten Lebensbedingungen zensiert. Diese Politik des Innenministeriums war verheerend, da sie den antisemitischen Vorstellungen, die Flüchtlinge würden auf Kosten des Staates in Luxus leben, nichts entgegen setzten und sie dadurch noch bestärkten. Erst im Sommer 1917 wurde im Reichsrat offen über Mängel und Missstände der Flüchtlingsfürsorge gesprochen.¹⁷²

5.2.4. Lebensverhältnisse jüdischer Geflüchteter

Da der überwiegende Teil der Geflüchteten ihre Erfahrungen nicht dokumentierte, bleibt die Beschreibung der Lebensrealitäten fragmentarisch, allgemeine Aussagen über die Schicksale hunderttausender Menschen lassen sich dabei ohnehin kaum treffen. Gemeinsam war den bukowinischen und galizischen Vertriebenen, dass sie alle in Wien an fremde Behörden und eine zumeist antisemitische Umgebung ausgeliefert waren. Sie alle hatten die Erfahrung der Flucht hinter sich, viele hatten Angehörige, viele ihren Besitz verloren.¹⁷³ Im Zuge der Flüchtlingsbewegung kamen vermehrt chassidische, ultra-orthodoxe sowie sehr arme Juden und Jüdinnen nach Wien, die ihre Heimatorte nicht

¹⁶⁹ Vgl. ebda. 39ff.

¹⁷⁰ Vgl. ebda. 48f.

¹⁷¹ Ebda. 71.

¹⁷² Vgl. ebda. 50ff.

¹⁷³ Vgl. ebda. 76.

freiwillig verlassen hatten.¹⁷⁴ Von den jüdischen Flüchtlingen aus gehobener Schicht schaffte es nur eine kleine Minderheit, ihren Lebensstandard in Wien aufrecht zu erhalten, viele bukowinische und galizische JüdInnen erlitten einen sozialen Abstieg.¹⁷⁵ Die staatliche Flüchtlingsunterstützung betrug 1914 21 Kronen monatlich. Dieser Betrag reichte nicht einmal für die Kosten eines möblierten Zimmers aus. Flüchtlinge waren deshalb auf die Gastfreundschaft von Verwandten oder Bekannten angewiesen, oftmals wurden auch einzelne Quartiere von mehreren Familien angemietet. Wer sich diese Möglichkeiten nicht leisten konnte, musste in improvisierten Notunterkünften und überfüllten Massenquartieren leben. Als es kurz nach Kriegsbeginn zu Preissteigerungen kam, verschärfte sich die Situation für die galizischen und bukowinischen JüdInnen zunehmend ¹⁷⁶ :

„[D]ie staatlichen Unterstützungszahlungen [konnten] nicht einmal zu Kriegsbeginn die Existenz der Flüchtlinge notdürftig sichern. In der Folgezeit ließ die galoppierende Inflation die Diskrepanz zwischen dem, was benötigt wurde, und dem, was der Staat zur Verfügung stellte, immer größer werden. Wer keine Ersparnisse oder zusätzliche Einnahmequellen hatte, sah sich dem langsamen Hungertod ausgeliefert. Auch Hilfe von privater Seite, ob institutionalisiert oder nicht, konnte das Massenelend nicht wirklich bekämpfen.“¹⁷⁷

Das bereits erwähnte Arbeitsverbot für jüdische Geflüchtete machte es ihnen äußerst schwer, ihre prekäre finanzielle Situation zu verbessern. Argumentiert wurde bei der Umsetzung der Maßnahmen mit der vermeintlichen Arbeitssuche der Kriegsheimkehrer, deren Rückkehr zu diesem Zeitpunkt (1915) allerdings noch lange nicht bevorstand.¹⁷⁸

5.2.5. Antisemitische Diskriminierung der Flüchtlinge in Wien

Die Reaktion auf die mehrheitlich jüdischen Kriegsflüchtlinge aus dem Osten des Habsburgerreiches war eingebettet in einen antisemitischen und rassistischen Diskurs in Wien, der schon vor dem Ersten Weltkrieg weit verbreitet war. Antisemitische Vorurteile und Bilder über „den Ostjuden“ entstanden nicht erst im Sommer 1914, sondern bereits im 19. Jahrhundert.¹⁷⁹ Im Zuge des Ersten Weltkrieges radikalisierten sich einerseits die antisemitischen Aktionsformen, gleichzeitig wurde Antisemitismus „salonfähig“ und durchzog bald alle politischen Lager.¹⁸⁰ So wurden kriegsbedingte soziale und wirtschaftliche Krisen vermehrt antisemitisch interpretiert.¹⁸¹

¹⁷⁴ Vgl. ebda. 11.

¹⁷⁵ Vgl. ebda. 77.

¹⁷⁶ Vgl. ebda. 80f.

¹⁷⁷ Ebda. 84.

¹⁷⁸ Vgl. ebda. 85f.

¹⁷⁹ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 141.

¹⁸⁰ Bruce F. *Pauley*, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Gerhard *Botz* / Ivar *Oxaal* / Michael *Pollak* / Nina *Scholz* (Hg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert* (Wien 1990) 221-246, hier 242.

¹⁸¹ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 134f.

Die Wiener Mehrheitsgesellschaft reagierte anfangs überwiegend mit Gleichgültigkeit oder Verachtung auf das Leid und die Not der jüdischen Kriegsflüchtlinge. Neben antisemitischen Ressentiments lässt sich diese Reaktion auf die „Widersprüchlichkeit in den Wahrnehmungen, zwischen der realen Situation im Kriegsgebiet und der Propaganda im Hinterland“ zurückführen.¹⁸² Mit dem Eintreffen der Flüchtlinge wurden die Vorstellungen der Bevölkerung über den Krieg, die noch von der Propaganda der Mobilmachungsphase der Vorkriegszeit beeinflusst waren, mit der Realität konfrontiert. Hatten viele zuvor noch von einem Krieg als „kathartischer Akt der Befreiung“ geträumt, sahen sie nun die Not und das Elend, das von den Kriegshandlungen ausgelöst wurden.¹⁸³ Wohl darum wurde die Tatsache, dass es sich bei den „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“, die nach Wien kamen, um Kriegsflüchtlinge handelte, größtenteils ignoriert.¹⁸⁴ In den Debatten über die Flüchtlinge wurde weder Bezug auf die Ursachen der Flucht noch auf die verheerende Situation an der Kriegsfront genommen.¹⁸⁵ Die fehlende Auseinandersetzung mit der Situation der Geflüchteten schlug mit der zunehmenden ökonomischen und sozialen Krise sowie den ausbleibenden Kriegserfolgen vermehrt in antisemitische Aggressionsbereitschaft um. Die Flüchtlinge bekamen schnell die Rolle des „Sündenbockes par excellence“¹⁸⁶ zugeschrieben, um kriegsbedingte Phänomene, wie Preissteigerungen und Wohnungsnot, zu erklären. Antisemitische Gewaltbereitschaft wurde von Behörden herangezogen, um Abschiebungen aus Wien beziehungsweise systematische Repatriierungen rechtfertigen zu können.¹⁸⁷ Nationalismus war ein integraler Faktor der Kriegsgesellschaft. „Nicht-deutsche“ Flüchtlinge wurden als potentielle Feinde angesehen und den Geflüchteten häufig Schuld an den Niederlagen gegeben. In der politischen Agenda, allen voran der der deutschnationalen und der christlichsozialen Partei, wurde an antisemitische Vorurteile und Stereotype aus der Vorkriegszeit angeknüpft und diese an die gegenwärtigen Umstände angepasst.¹⁸⁸

Das Innenministerium versuchte, die Bevölkerung von der Wichtigkeit der Flüchtlingsfürsorge zu überzeugen, indem es auf die Gutmütigkeit und die Hilfsbereitschaft der WienerInnen appellierte. Die Strategie, Mitleid und Güte als Grundlage der Flüchtlingsfürsorge heranzuziehen, erlaubte es AntisemitInnen, die „Opferrolle“ der

¹⁸² Ebda. 449f.

¹⁸³ Ebda. 132f.

¹⁸⁴ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 125.

¹⁸⁵ Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997) 149.

¹⁸⁶ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 130.

¹⁸⁷ Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997) 134.

¹⁸⁸ Ebda. 136.

Flüchtlinge in eine Täterrolle umzuwandeln.¹⁸⁹ So sei die vermeintliche „Gastfreundschaft“ der WienerInnen von den Flüchtlingen ausgenutzt worden, sie hätten sich „an der Wiener Bevölkerung nicht nur sattgegessen, sondern auch bereichert“¹⁹⁰. Nicht antisemitische Vorurteile, sondern die „übertriebene Großherzigkeit“ gegenüber den Flüchtlingen sei schuld an der Abwehrhaltung in der Bevölkerung. Die Presse wurde im Zeitraum des Ersten Weltkrieges der Zensur der k.u.k. Behörden unterzogen. Teil der Strategie des Kriegs- und Innenministeriums war es, eine zuversichtliche Stimmung bezüglich des Krieges aufrecht zu erhalten. Die Art und Weise der Kriegsführung und die damit einhergehenden riesigen Fluchtbewegungen sollten nicht kritisiert werden. Als Nebenprodukt davon konnten viele antisemitische Artikel nicht abgedruckt werden. So reagierten die meisten Medien anfangs entweder gar nicht, oder in Form von subtiler antisemitischer „Stimmungsmache“, wie Übertreibungen in Bezug auf die Anzahl der Flüchtlinge.¹⁹¹ Obwohl die Zensurmaßnahmen der k.u.k. Monarchie antisemitischer Hetze teilweise Einhalt geboten, wurde sie dadurch nicht verhindert. So begannen Zeitungen, antisemitische Parteien und Organisationen bereits 1915, Juden und Jüdinnen für das Ausbleiben von Kriegserfolgen verantwortlich zu machen.¹⁹² Jüdische Organisationen machten seit Herbst 1914 auf einen Anstieg antisemitischer Äußerungen, der mit dem Zuzug jüdischer Flüchtlinge einher ging, aufmerksam.

Die Haltung der Parteien

Der Antisemitismus – speziell gegenüber jüdischen Flüchtlingen – entwickelte sich im Laufe des Ersten Weltkrieges zur „Integrationsfigur der deutschnationalen und christlichsozialen Parteien und ihren Verbänden“.¹⁹³ Die Hetze gegen „Ostjuden“ begann nicht erst mit der Gründungsphase der Ersten Republik, bereits zur Zeit des Ersten Weltkrieges wurde öffentlich in Zeitungen und bei Versammlungen mit einer „unglaublichen Aggressivität“¹⁹⁴ antisemitische Agitation betrieben. Sowohl für die deutschnationale als auch für die Christlichsoziale Partei hatte Antisemitismus als Propagandamittel eine wichtige Funktion.¹⁹⁵ In den Bezirksblättern wurden die „Ostjuden“ immer häufiger zu Objekten von Anfeindungen. So erschienen bereits im Jahr 1915 Artikel in den „Brigittenauer Bezirksnachrichten“ mit Titeln wie „Feinde im Hinterland“, die sich auf die jüdischen Flüchtlinge bezogen. Der christlichsoziale Reichsratsabgeordnete Mataja veröffentlichte 1915 ebendort den Artikel

¹⁸⁹ Ebda. 143f.

¹⁹⁰ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 170.

¹⁹¹ Ebda. 125ff.

¹⁹² Vgl. Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997) 145.

¹⁹³ Ebda. 183.

¹⁹⁴ Ebda. 185.

¹⁹⁵ Brigittenauer Bezirksnachrichten, Das Recht auf Antisemitismus (30.9.1915), zitiert nach: Walter Mentzel, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997) 185.

„Recht auf Antisemitismus“, in dem er ankündigte, dass Antisemitismus bereits in „alle[n] Kreise[n] und Schichte[n]“ verbreitet sei und sie diesem auch „kräftigen Ausdruck verleihen“ wollen.¹⁹⁶ Sowohl im Reichsrat als auch im Wiener Gemeinderat wurden Geflüchtete Angriffsziel von deutschnationalen und christlichsozialen Abgeordneten. Zu den Hauptakteuren des radikalen antisemitischen Kurses innerhalb der Christlichsozialen Partei gehörten die Reichsratsabgeordneten Leopold Kunschak und Anton Jerzabek. Ab dem Sommer 1917 machten die deutschnationalen und christlichsozialen Parteien und Vereine den Antisemitismus „zu ihrem Hauptprogramm“.¹⁹⁷ Im Frühling 1918 veranstaltete die Christlichsoziale Partei unzählige Versammlungen, bei denen unverhohlen gegen Juden und Jüdinnen gehetzt wurde und bereits Anzeichen zur Pogrombereitschaft zu spüren waren. Vor allem wirtschaftliche und soziale Probleme wurden antisemitisch interpretiert. Immer öfter wurde die flüchtlingsfeindliche Propaganda auf die gesamte jüdische Bevölkerung ausgedehnt.¹⁹⁸ Ab dem Jahr 1917 lässt sich feststellen, dass antisemitische Gewaltakte gegen jüdischer Flüchtlinge immer militanter werden.¹⁹⁹ Ein Bericht der Polizeidirektion Wien beschrieb die Stimmung bei den Kundgebungen der Christlichsozialen Partei im Frühjahr 1918 folgendermaßen: „Erwähnenswert ist, die immer schärfere Betonung des antisemitischen Standpunktes, die sich besonders in den Versammlungen kundgibt.“²⁰⁰

¹⁹⁶ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 183.

¹⁹⁷ Ebda, 186f.

¹⁹⁸ Ebda, 187.

¹⁹⁹ Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 189.

²⁰⁰ Stimmung der Bevölkerung in Wien, AVA, Mdl, Präs., Sign. 22/Nö, Zl. 11.011, 11.5.1918, zitiert nach: Walter *Mentzel*, *Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg* (Wien 1997) 188.

6. Der Staat „Deutschösterreich“ und die jüdischen Weltkriegsflüchtlinge

6.1. Die politische und wirtschaftliche Lage der neuen Republik

Der Erste Weltkrieg stellte einen gravierenden Einschnitt in der Geschichte Österreichs dar. Er führte zur Militarisierung der Gesellschaft und zog schwerwiegende soziale, politische und ökonomische Veränderungen nach sich. Aus der Großmacht der Habsburgermonarchie war ein Kleinstaat, die Republik Österreich, entstanden. Das veränderte Verständnis von Staaten in Mitteleuropa hatte den Zerfall der multiethnischen Habsburgermonarchie und die Schaffung einzelner Nationalstaaten zur Folge. Es sollten mononationale Staaten in einem multiethnischen Gebiet aufgebaut werden, für Österreich hieß das, einen „Reststaat“ aus den deutschsprachigen ÖsterreicherInnen zu kreieren.²⁰¹ Der sich konstituierende Staat „Deutschösterreich“ hatte eine schwierige wirtschaftliche Ausgangssituation. Die Aufspaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie in einzelne Nationalstaaten bedeutete gleichsam die Auflösung eines über Jahrhunderte gewachsenen Wirtschaftsraumes. Im österreichisch-ungarischen Reichsgebiet hatten sich „mehrere klein- wie großräumige Formen regionaler Arbeitsteilung“²⁰² entwickelt, die in Folge der Gründung neuer Nationalstaaten auseinandergerissen wurden. Aus einem protektionistisch ausgerichteten Binnenhandel mit unzähligen Verbindungen und dezentraler Produktion wurde zwischenstaatlicher Verkehr. Die zentrale Verbindung des Habsburgerreiches war die Nord-Süd-Achse, die die böhmischen Kohlevorkommen mit dem Eisenerz der Obersteiermark und dem Hafen in Triest verband. Der neue Staat Österreich verlief nun entlang einer Ost-West-Achse.²⁰³ Die Umstrukturierung der Wirtschaft verursachte enorme Kosten.²⁰⁴ Die Lebensumstände in Österreich und besonders in Wien waren nach Kriegsende von Kälte und Hunger geprägt, da es dem neuen Staatsgebiet an Lebensmitteln und Kohlevorkommen mangelte. Die Nahrungsmittelproduktion hatte zuvor vor allem in der transleithanischen Reichshälfte stattgefunden, so dass Österreich zu Beginn der Republik landwirtschaftlich unterversorgt war. Steinkohlevorkommen wurden zur Zeit der Habsburgermonarchie hauptsächlich in Böhmen abgebaut. Nach 1918 war das Transportwesen weitgehend lahmgelegt. Der Energieengpass hatte den Ausfall großer Teile der Industrie zur Folge. Der neue österreichische Staat umfasste nur noch einen Bruchteil seiner vorherigen Größe und wurde

²⁰¹ Vgl. Albert *Lichtblau*, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank *Stern* / Barbara *Eichinger* (Hg.), *Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus* (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58 hier 42f.

²⁰² Peter *Eigner* / Andrea *Helige* (Hg.), *Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung* (Wien/München 1999) 135.

²⁰³ Vgl. ebda. 132ff.

²⁰⁴ Vgl. Roman *Sandgruber*, *Österreichs Wirtschaft 1918-1938. Überblick und Weichenstellungen*. In: Stefan *Karner* (Hg.), *Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938* (Innsbruck/Wien/Bozen 2017) 235-246, hier 236.

schon zur Zeit seiner Gründung als „Reststaat“ bezeichnet. Die territorialen Verluste machten die neu gegründete Republik in hohem Maße von ausländischen Rohstoffimporten abhängig.²⁰⁵ Die Nachkriegszeit bis 1922 war wirtschaftlich von einer Periode der Geldentwertung geprägt, die ab 1921 zu einer Hyperinflation avancierte. Besonders bei den Lebensmittelpreisen waren die Steigerungen deutlich spürbar.²⁰⁶

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Zerfall des Vielvölkerstaates hinterließen ein Trauma in der österreichischen Gesellschaft, das durch die ökonomischen und politischen Krisen noch verstärkt wurde.²⁰⁷ War die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Nationalstaaten für die übrigen Nachfolgestaaten das Ergebnis langer Bestrebungen nach nationaler Autonomie gewesen, empfanden die meisten ÖsterreicherInnen die territoriale Neuordnung als Schock. Die Region, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zum Staat Deutschösterreich wurde, war zuvor der privilegierte Teil der Habsburgermonarchie gewesen. Der Zerfall der Monarchie wurde als „Entthronung“ und als Katastrophe empfunden.²⁰⁸ Die politisch bedeutsame Großmacht schrumpfte zu einem Kleinstaat, gleichzeitig fand ein Umbruch des politischen Systems Österreichs von einer Monarchie zu einer Demokratie statt.²⁰⁹ Dem Zerfall des k.u.k. Reiches gingen zahlreiche Streiks, Demonstrationen und die Gründung von ArbeiterInnen- und Soldatenräten im letzten Kriegsjahr voraus. Während unter den meisten österreichischen ArbeiterInnen eine Stimmung des Aufbruchs in ein neues Zeitalter herrschte, machte sich im bürgerlichen Lager eine „Untergangsstimmung“ breit.²¹⁰ Besonders das Bürgertum, die Beamten und Rentiers waren von der Hyperinflation betroffen und sahen sich aufgrund des sinkenden Einkommens und der Entwertung ihrer Ersparnisse von sozialem Abstieg gefährdet. Die ökonomische Destabilisierung des Mittelstandes führe zu einem Zuwachs von antidemokratischen Bewegungen.²¹¹

In den Jahren 1918 und 1919 standen außerdem territoriale Fragen über die Grenzziehung in Kärnten und im Burgenland im Zentrum politischer Debatten. Die Unzufriedenheit mit dem

²⁰⁵ Vgl. Peter Eigner / Andrea Helige (Hg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung (Wien/München 1999) 133ff.

²⁰⁶ Vgl. ebda. 144.

²⁰⁷ Vgl. Albert Lichtblau, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank Stern / Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58 hier 42f.

²⁰⁸ Roman Sandgruber, Österreichs Wirtschaft 1918-1938. Überblick und Weichenstellungen. In: Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017) 235-246, hier 235.

²⁰⁹ Vgl. Peter Eigner / Andrea Helige (Hg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung (Wien/München 1999) 131f.

²¹⁰ Ebda. 146.

²¹¹ Vgl. ebda. 131f, sowie: Roman Sandgruber, Österreichs Wirtschaft 1918-1938. Überblick und Weichenstellungen. In: Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017) 235-246, hier 237.

Friedensvertrag von Saint-Germain war groß: Nur 26 Prozent der Bevölkerung des aufgelösten Habsburgerreiches verblieben im Staat Österreich. Besonders der Verlust von mehrheitlich deutschsprachigen Gebieten, wie etwa den nördlichen Teilen Böhmens und Mährens, in Österreichisch-Schlesien, im Süden der Tschechoslowakei, in Nordjugoslawien und im italienischen Südtirol sorgte für Empörung. Der Großteil der verbleibenden 6.5 Millionen ÖsterreicherInnen stand dem neuen Staat skeptisch gegenüber und war davon überzeugt, dass er weder wirtschaftlich überlebensfähig noch politisch beständig sei.²¹² In der Rhetorik nahezu aller Parteien wurde der Anschluss an das Deutsche Reich als politische Notwendigkeit dargestellt. Bereits bei der Ausrufung der Republik am 12. November 1918 wurde im Nationalrat der Anschluss einstimmig beschlossen.²¹³

Die Empörung über den Friedensvertrag war allgegenwärtig, rechte KritikerInnen gaben der Sozialdemokratie, besonders dem jüdischen Außenminister Otto Bauer, der ein prominenter Vertreter des linken Flügels der SD war, Schuld an den unvorteilhaften Bedingungen des Friedensvertrages.²¹⁴ Die Konservativen machten das Judentum und den Sozialismus für die Niederlage im Krieg und die Ausrufung der Republik verantwortlich.²¹⁵ Zu Beginn der Ersten Republik richtete sich die antisemitische Agitation vermehrt gegen die marxistische Arbeiterbewegung, die als einzige politische Kraft vom Umsturz der Monarchie zu profitieren schien. Die antisemitischen Strömungen wurden besonders vom Mittelstand und von Kleinbürgerlichen getragen, für die der Kriegsausgang eine traumatische Erfahrung darstellte und die sich überdies von den revolutionären Umstürzen bedroht fühlten. Diese Angst vor einem Umbruch wurde von vielen ÖsterreicherInnen auf die Personengruppe der Juden und Jüdinnen projiziert.²¹⁶

In dieser Stimmung entstand eine neue nationale Identität, die einen „multinationalen und heterogenen Raum“²¹⁷ zu einem einheitlich deutschen Raum umdeuten wollte.²¹⁸ Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie hatte innerhalb der österreichischen

²¹² Vgl. Bruce F. *Pauley*, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993) 121f, sowie: Roman *Sandgruber*, Österreichs Wirtschaft 1918-1938. Überblick und Weichenstellungen. In: Stefan *Karner* (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017) 235-246, hier 235.

²¹³ Peter *Eigner* / Andrea *Helige* (Hg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung (Wien/München 1999) 131f.

²¹⁴ Vgl. Bruce F. *Pauley*, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993) 121f.

²¹⁵ Bruce F. *Pauley*, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Gerhard *Botz* / Ivar *Oxaal* / Michael *Pollak* / Nina *Scholz* (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 1990) 221-246, hier 225.

²¹⁶ Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 216.

²¹⁷ Thomas *Stoppacher*, Zäsur Erster Weltkrieg? Die Radikalisierung des Antisemitismus in der österreichischen Politik (1917-1919). In: Réka *Szentiványi* / Béla *Teleky*, Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen, Mitteleuropa im 20. Jahrhundert. Tagungsband zur 5. Internationalen Doktorandentagung (Wien 2017) 39-62, hier 39.

²¹⁸ Vgl. Ebda. 39.

Bevölkerung zu einer massiven Identitätskrise geführt. Die meisten StaatsbürgerInnen Deutschösterreichs sahen sich als Deutsche, nur wenige betrachteten Österreich als eigene Nation, die einen Staat gründen sollte.²¹⁹

6.2. Jüdische Geflüchtete zu Beginn der Ersten Republik

Zu Beginn der Ersten Republik lebten Schätzungen zufolge noch etwa 25.000 jüdische Geflüchtete in Wien. Die meisten Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina waren zu diesem Zeitpunkt bereits in ihre Herkunftsorte zurückgekehrt oder vom k.u.k. Heer bereits während des Krieges repatriert worden. Die genaue Zahl an Flüchtlingen jüdischer Konfession ist schwer zu rekonstruieren. Amtliche Evidenzen geben Auskunft darüber, dass etwa 18.000 Flüchtlinge jüdischer Konfession in den ersten Nachkriegsmonaten Flüchtlingsunterstützung erhielten. Doch wie auch schon während des Krieges bezogen auch danach nur ein Teil der Geflüchteten diese Zahlungen. Im März 1919 stellte die Republik Österreich die Unterstützung für ehemalige Kriegsflüchtlinge ein, so dass es schwer ist, statistische Angaben für die Folgejahre zu treffen.²²⁰ Volkszählungen zeigen, dass die jüdische Gemeinde in den Jahren 1910 bis 1923 um 26.198 Personen wuchs. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf die Massenflucht während des Krieges zurückzuführen, einige Tausend JüdInnen flohen allerdings auch erst nach Kriegsende, vor allem aufgrund der antisemitischen Pogrome in Polen und der Ukraine. Die Anzahl der Kriegsflüchtlinge jüdischer Konfession lag zu Beginn der Ersten Republik also bei etwas über einem Prozent der Gesamtbevölkerung.²²¹ Die Gebiete Galiziens, besonders Ostgaliziens, und der Bukowina, die inzwischen Teile von Polen, Rumänien bzw. der Ukraine geworden waren, waren nach Ende des Krieges schwer beschädigt, so dass eine Rückkehr für viele ausgeschlossen war. Es kam in diesen Gebieten überdies weiterhin zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den entstehenden Nationalstaaten. Immer wieder gab es Berichte von Pogromen in den Gebieten, die von den Regenten geduldet bzw. vorangetrieben wurden.²²²

²¹⁹ Vgl. Bruce F. *Pauley*, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993) 116.

²²⁰ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 144f.

²²¹ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 146.

²²² Vgl. Margarete *Grandner*, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918. In: Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 60-79 hier 60.

6.3. Die rechtliche Situation der Kriegsflüchtlinge aus Galizien und der Bukowina

6.3.1. Staatsbürgerschaftsgesetze

Der Zerfall der k.u.k. Monarchie hatte für Millionen Menschen den Verlust ihrer Staatsbürgerschaft zur Folge. Für die Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina hatte diese Entwicklung die Konsequenz, dass die altösterreichische Staatsbürgerschaft keine Gültigkeit mehr hatte. Die Staatsbürgerschaftsgesetze der neuen Republiken folgten einer nationalen Logik, die für viele Juden und Jüdinnen in der Staatenlosigkeit endete.²²³ Als die JüdInnen während des Ersten Weltkrieges nach Wien geflohen waren, waren sie noch StaatsbürgerInnen desselben Staates wie die ansässige Wiener Bevölkerung gewesen und hatten Anspruch auf die daran geknüpften Grundrechte gehabt. Nach dem Auseinanderbrechen der Monarchie stellte sich die Frage, welcher Staat für die jüdischen Geflüchteten zuständig sei: Gehörten die Geflüchteten zu dem Staat, aus dem sie vertrieben worden waren, oder waren sie BürgerInnen des Gebietes, in das sie geflohen waren und das sie nicht mehr verlassen konnten oder wollten? War der Umgang mit den Kriegsflüchtlingen davor eine innerstaatliche Angelegenheit gewesen, wurde nun zur Disposition gestellt, welche „Völker“ Teil des neuen Staates Deutschösterreich werden sollten. In der Republik Österreich dauerte es ein paar Jahre, bis die Frage, wer österreichischer Staatsbürger war und wer nicht, geklärt wurde. Es wurden zuerst autonom und dann in Ausführung des Staatsvertrags von St. Germain-en-Laye verschiedene Regelungen ausprobiert.²²⁴ Ein „Leitmotiv“ bei der Ausverhandlung der österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetze war, die Einbürgerung der jüdischen Weltkriegsflüchtlinge zu verhindern.²²⁵ Im Parlament, wo die Staatsbürgerschaftsgesetze ausverhandelt wurden, setzte sich lediglich der zionistische Abgeordnete Robert Stricker für die Anliegen der staatenlosen jüdischen Geflüchteten ein.²²⁶ Am 5. Dezember 1918 wurde das erste Staatsbürgerschaftsgesetz der Republik Deutschösterreich erlassen. Dem Gesetz gingen lange Verhandlungen im Staatsrat, im Verfassungsausschuss und im Parlament voraus, die von antisemitischer Agitation geprägt waren. Die Sozialdemokratie hatte ein Interesse an

²²³ Hannelore *Burger*, *Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart* (Wien /Köln/Graz 2014) 132f.

²²⁴ Vgl. Margarete *Grandner*, *Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918*. In: Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914* (Wien 1995) 60-79 hier 60f.

²²⁵ Vgl. ebda. 61, sowie: Hannelore *Burger*, *Heimat- und Staatenlos. Zum Ausschluss (ost-)jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Ersten und Zweiten Republik*. In: Börries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 156-174, hier 163.

²²⁶ Vgl. Beatrix *Hoffmann-Holter*, *Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien*. In: Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), *Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914* (Wien 1995) 45-59, hier 53.

einer raschen Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage, da sie auf die Stimmen von IndustriearbeiterInnen aus Böhmen, Mähren, Schlesien und der Südsteiermark hoffte. Die jüdischen Geflüchteten waren für die SDAP nicht von Interesse.²²⁷

Die GründerInnen der Republik sahen Deutschösterreich als den Nachfolgestaat von Österreich-Ungarn, der die Deutschen des alten Reiches in einem Nationalstaat vereinigen sollte. So wurde im ersten Vorschlag des Staatsbürgerschaftsgesetzes am 22. November 1918 der Staat Deutschösterreich als „Siedlungsraum der Deutschen“ definiert, und auf deutsche Sprachinseln in Gebieten Cisleithaniens Bezug genommen.

Im ersten Gesetzesvorschlag kam die Staatsbürgerschaft denjenigen zu, deren Wohnsitz innerhalb des Staatsgebietes lag. Im Staatsrat wurde dieser Vorschlag abgelehnt und von christlichsozialer und großdeutscher Seite heftig kritisiert, da das Gesetz jüdischen Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina die Staatsbürgerschaft nicht vorenthalten hätte. Am 27. November wurde der geänderte Gesetzesentwurf dem Parlament übergeben. Die Staatsbürgerschaft war nach wie vor an den Wohnsitz innerhalb des Staatsgebietes geknüpft, doch Personen, die nach 1914 aus den Gebieten Krain, Dalmatien, Galizien und der Bukowina zugewandert waren, hatten trotz österreichischem Wohnsitz keinen Anspruch auf Staatsbürgerschaft. Aus den Protokolle der Parlamentsdebatten zu diesem Thema geht hervor, dass die Erwähnung der Gebiete Krain und Dalmatien, aus denen während der Kriegsjahre kaum Menschen in die Gebiete Deutschösterreichs geflohen waren, als „Feigenblatt“²²⁸ diene, um die prononciert antisemitische Stoßrichtung des Gesetzes zu verschleiern.²²⁹ In der endgültigen Fassung des Gesetzes findet die Bukowina keine Erwähnung mehr, da man den österreichischen Beamten aus dem Gebiet die Staatsbürgerschaft nicht vorenthalten wollte. Mit der Verabschiedung des Staatsbürgerschaftsgesetz vom 5. Dezember 1918 wird deutlich, dass die jüdischen Geflüchteten in der Republik Deutschösterreich, dem sich viele Juden und Jüdinnen aus Galizien und der Bukowina nach dem Krieg als Nachfolgestaat der Habsburgermonarchie am nächsten fühlten, nicht willkommen waren.²³⁰ Eine endgültige Fassung der Staatsbürgerschaftsgesetze wurde erst im Zuge der Pariser Friedenskonferenzen ausverhandelt. Im Staatsvertrag von St. Germain, der am 10. September 1919 unterzeichnet

²²⁷ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 154f.

²²⁸ Stenographische Protokolle der Sitzung der Prov. Nationalversammlung vom 27.11.1918, Rede des großdeutschen Abgeordneten Wolf, 179 ff.

²²⁹ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 155.

²³⁰ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 156.

wurde und am 16. Juli 1920 in Kraft trat, wurde die Regelung der Staatsbürgerschaft schließlich festgelegt.²³¹

6.3.2. Heimatrecht und Option

Die österreichische Verhandlungsdelegation unter Karl Renner hatte sich in dem Punkt durchgesetzt, dass nicht, wie im ursprünglichen Entwurf vorgesehen, der Wohnsitz ausschlaggebend für den Erwerb der Staatsbürgerschaft sein sollte, sondern das Heimatrecht. Die altösterreichische Heimatberechtigung stimmte allerdings in vielen Fällen nicht mit dem tatsächlichen Wohn- oder Geburtsort überein. Denn in der Habsburgermonarchie hatte das Heimatrecht gegenüber der Staatsbürgerschaft eine untergeordnete Rolle, sodass viele ihr Recht auf Einbürgerung nach einem zehnjährigen Aufenthalt in Wien nicht beansprucht hatten. Nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches waren zahlreiche WienerInnen, die seit ihrer Geburt oder deren Familie sogar seit Generationen in der Stadt lebten, immer noch Heimatberechtigte anderer Gemeinden. Hatten sie beispielsweise das Heimatrecht in einer galizischen Gemeinde, waren sie nun per Gesetz polnische StaatsbürgerInnen. In solchen Fällen gab es die rechtliche Möglichkeit, entweder bei der Gemeinde Wien um Einbürgerung beziehungsweise um die Verleihung des Heimatrechts anzusuchen oder von dem Recht auf Option, das im Friedensvertrag festgelegt wurde, Gebrauch zu machen.²³²

Prinzipiell konnten österreichische Gemeinden frei über die Aufnahme von Personen in den Heimatverband entscheiden. Im Oktober 1919 wurde allerdings ein Gesetz erlassen, welches den Gemeinden Einbürgerungen nur noch in Ausnahmefällen gestattete. Die Folge dieser Regelung war ein kompletter Aufnahmestopp in Wien bis zum Jahr 1921. So sollte verhindert werden, dass Personen, die sich um die österreichische Staatsbürgerschaft bewarben, ein Optionsverfahren umgehen konnten.²³³

Das Optionsrecht für ehemalige Staatsangehörige der Habsburgermonarchie wurde in den Artikeln 78-80 des Staatsvertrages geklärt.²³⁴ Für den rechtlichen Status der Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina war Artikel 80 des Staatsvertrages von besonderer Bedeutung. Darin war festgehalten, dass Menschen mit Heimatberechtigung im Gebiet der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn, die „nach Rasse und Sprache von der Mehrheit der Bevölkerung verschieden sind“, das Recht haben, für einen der Nachfolgestaaten (Österreich, Italien, Polen, Rumänien, den SHS Staat oder die Tschechoslowakei) zu optieren, sofern „die Mehrheit der Bevölkerung dort aus Personen besteht, welche die

²³¹ Ebda. 226.

²³² Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 226f.

²³³ Ebda. 257ff.

²³⁴ Ebda. 226f.

gleiche Sprache sprechen und derselben Rasse zugehörig sind wie sie.“²³⁵ Das Recht auf Option konnte innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages in Anspruch genommen werden, binnen eines Jahres mussten alle OptantInnen ihren Wohnsitz in das gewählte Staatsgebiet verlegen.²³⁶ Der Vorschlag, „Rasse und Sprache“ als Kriterien für das Optionsrecht heranzuziehen, kam von der österreichischen Delegation und wurde nach langen Verhandlungen bei der Friedenskonferenz in den Staatsvertrag aufgenommen.²³⁷ Artikel 80 war im Staatsvertrag als ein Teil des Minderheitenschutzes gedacht, hatte aber für die jüdische Bevölkerung gravierende Folgen, da ihnen in der österreichischen Vollzugspraxis des Gesetzes ab 1921 abgesprochen wurde, derselben „Rasse“ wie die „deutsche“ Bevölkerung Österreichs anzugehören.²³⁸

Die Formulierung, „Rasse und Sprache“ als Kriterium für die Staatsangehörigkeit heranzuziehen, wurde in Österreich völkisch ausgelegt, obwohl der Brünner Vertrag vom 7. Juli 1920 eine liberale Deutung vorsah. In der Vollzugsanweisung vom 20. August 1920 hieß es, dass Personen, die für Österreich optieren wollten, „nach Rasse und Sprache zur deutschen Mehrheit der Bevölkerung Österreichs“ zählen mussten.²³⁹ Dokumente des Staatsamt des Innern belegen, dass diese Interpretation des Artikels 80 hauptsächlich den Zweck hatte, die jüdischen Geflüchteten an der Einbürgerung zu hindern.²⁴⁰ Schon vor dem Inkrafttreten des Staatsvertrages bemühten sich die politischen Kräfte fast aller Lager, das Optionsrecht für „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ zu verhindern.²⁴¹

Zu diesem Zeitpunkt wurde noch kein Nachweis der „rassischen Zugehörigkeit“ von BewerberInnen verlangt. Doch auch der Nachweis einer sprachlichen Zugehörigkeit war für viele Kriegsflüchtlinge aus Galizien und der Bukowina nicht möglich, da die erforderlichen Dokumente, wie beispielsweise Schulzeugnisse, nicht mehr existierten oder nicht erlangt werden konnten. Sie waren somit häufig von den Einschätzungen der SacharbeiterInnen abhängig. Die überwiegende Mehrheit der 112.451 Ansuchen auf Option, die bis zum Ende

²³⁵ Artikel 80 des Vertrages von St-Germain-en-Laye, zit. nach: Ingobert *Goldemund* (Hg.), Das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht. Mit erläuternden Anmerkungen, einschlägigen Nebengesetzen und der Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe (Wien 1969) 70.

²³⁶ Vgl. Margarete *Grandner*, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918, in: Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 60-79 hier 70.

²³⁷ Hannelore *Burger*, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart (Wien/Köln/Graz 2014) 137.

sowie: vgl. Margarete *Grandner*, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918, in: Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 60-79 hier 79.

²³⁸ Vgl. Margarete *Grandner*, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918, in: Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 60-79 hier 68.

²³⁹ Zit. nach: ebda., 75.

²⁴⁰ Vgl. ebda. 75f.

²⁴¹ Hannelore *Burger*, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart (Wien/Köln/Graz 2014) 138.

der Frist eingereicht wurden, stammten von Personen aus deutschsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens, denen die Staatsbürgerschaft für gewöhnlich rasch zugesprochen wurde.²⁴² Am 15. Jänner 1921 endete die Anmeldefrist für Optionen, zu diesem Zeitpunkt war allerdings ein großer Teil der Ansuchen noch nicht bearbeitet.

Im März 1921 erließ der österreichische Nationalrat eine Resolution, die die Regierung dazu anhielt, „insbesondere der Forderung der Rassenzugehörigkeit zur Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gebührend Rechnung zu tragen“²⁴³. Am 9. Juni 1921 lehnte der Verwaltungsgerichtshof das Optionsansuchen des deutschsprachigen Juden Moses Dym ab, weil er nicht beweisen könne, zur „deutschen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung“ zu gehören. Diese beiden Entscheidungen bildeten ab Juni 1921 die Grundlage für den Umgang mit der Optionsfrage unter dem deutschnationalen Innenminister Leopold Waber. Gemäß der Optionspraxis Wabers seien Optionsansuchen von Juden und Jüdinnen mit Hinweis auf deren ‘Rasse’ generell abzuweisen.²⁴⁴ Die antisemitisch motivierte Ablehnung von Staatsbürgerschaftsanträgen traf nicht nur jüdische Geflüchtete, sondern auch Juden und JüdInnen, die bereits mehrere Jahrzehnte im österreichischen Staatsgebiet lebten. Zehntausenden deutschsprachigen Personen jüdischer Konfession wurde die Staatsbürgerschaft auf diese Weise verweigert, sie wurden in die Staatenlosigkeit gedrängt.²⁴⁵ Hoffmann-Holter bezeichnet die Optionspraxis des Innenministeriums unter Waber als „eine partielle Vorwegnahme nationalsozialistischer Ausgrenzungspolitik gegenüber jüdischen Bürgern, deren Symbolwert nicht verkannt werden darf“²⁴⁶. Der „Waber-Erlass“ machte keinen Unterschied zwischen verschiedenen Personengruppen jüdischer Konfession. In der antisemitischen Propaganda wurde nicht mehr zwischen jüdischen Weltkriegsgeflüchteten und den Wiener JüdInnen, deren Vorfahren in die Hauptstadt der Habsburgermonarchie eingewandert waren, unterschieden. Die Gemeinde

²⁴² Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 238.

²⁴³ Stenographische Protokolle des Nationalrates der Republik Österreich 1920-1923 (Wien 1923) 57, zitiert nach: Hannelore Burger, Heimat- und Staatenlos. Zum Ausschluss (ost-)jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Ersten und Zweiten Republik. In: Börries Kuzmany, Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert (Wien 2017) 156-174, hier 165.

²⁴⁴ Hannelore Burger, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart (Wien/Köln/Graz 2014) 138f, sowie: Margarete Grandner, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918, in: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 60-79 hier 79.

²⁴⁵ Hannelore Burger, Heimat- und Staatenlos. Zum Ausschluss (ost-)jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Ersten und Zweiten Republik. In: Börries Kuzmany / Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert (Wien 2017) 156-174, hier 165.

²⁴⁶ Beatrix Hoffmann-Holter, Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien. In: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 45-59, hier 56.

Wien bevorzugte bei der Bewerbung um das Heimatrecht allerdings noch bis 1923 Personen, die bereits vor dem Ausbruch des Weltkrieges in Wien gelebt hatten.²⁴⁷

6.3.3. Sever-Erlass

Am 9. September 1919 erließ der sozialdemokratische Landeshauptmann Niederösterreichs Albert Sever eine Anordnung, die die Abschiebung aller „ehemaligen Angehörigen der österr.-ungar. Monarchie“²⁴⁸, die nach 1914 nach Wien gekommen waren, forcierte. Der sogenannte Sever-Erlass wurde am 10. September 1919, dem Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrags, kundgemacht. In der Kundmachung, die auf den Straßen Wiens plakatiert wurde, wurde die „Abreisendmachung von Fremden“ mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Staates Deutschösterreich begründet. Der Mangel an Lebensmitteln, die Wohnungsnot, sowie der Arbeitsplatzmangel mache die Ausreise der Kriegsflüchtlingen „unbedingt notwendig“²⁴⁹. Die Kundmachung rief alle nicht-heimatberechtigten Personen dazu auf, innerhalb von zehn Tagen, bis spätestens 20. September, aus dem Staatsgebiet auszureisen. Der Erlass war keine Eigeninitiative Severs, sondern ging auf eine Entscheidung des Staatsamts für Inneres zurück, die am 5. September 1919 an alle Landesregierungen ausgegeben worden war. Der niederösterreichische Landeshauptmann hatte die Kundmachung lediglich ein paar Tage früher als geplant veröffentlicht. Auch wenn die Abschiebemaßnahmen offiziell nicht allein gegen Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina gerichtet waren, geben die internen Dokumente der Staatskanzlei Aufschluss darüber, dass der Erlass speziell auf diese Gruppe ausgerichtet war und gegen diese eingesetzt werden sollte. Innerhalb der Bevölkerung stieß der Sever-Erlass auf breite Zustimmung. Generell wurde jede Maßnahme begrüßt, die die Not der Menschen nach dem Krieg zu lindern versprach. Der Topos, dass der schwierigen wirtschaftlichen Situation durch die Abschiebung der „OstjüdInnen“ Abhilfe verschafft werden könne, war weit verbreitet. Von Seiten der Politik war die Entscheidung zu einem Ausreiseerlass eine populäre Maßnahme, die den Antisemitismus innerhalb der Bevölkerung aufgriff und ihn bestätigte. Kritisiert wurde der Erlass in Österreich lediglich von den Poale-ZionistInnen, den bürgerlichen ZionistInnen und den KommunistInnen. Der Erlass wurde bereits wenige Tage nach seiner Kundmachung von der Regierung entschärft. Denn er war rechtlich weder mit dem österreichischen Staatsgrundgesetz noch mit dem Friedensvertrag vereinbar. Ein größeres

²⁴⁷ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 273.

²⁴⁸ Kundmachung der n.-ö. Landesregierung vom 9. September 1919, Z.VII c-3698, betreffend die Abreisendmachung von Fremden, meist als „Sever-Erlass“ bezeichnet, zitiert nach: Margarete Grandner, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918, in: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asyl und Wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 60-79 hier 72.

²⁴⁹ Ebda.

Problem stellte für die Regierung aber vielmehr die Tatsache dar, dass die Abschiebeaktionen aufgrund von fehlenden Transportmöglichkeiten verkehrstechnisch nicht durchführbar waren. Bereits vor der Kundmachung des Erlasses warteten Hunderte, die freiwillig ausreisen wollten, auf ihre Repatriierung. Die Wartefrist betrug davor schon etwa drei Monate und war unvereinbar mit der angekündigten Ausreisefrist bis zum 20. September 1919. Die Flüchtlingspolitik der Regierung stieß international, besonders in Polen, Rumänien und England, auf negative Reaktionen, die zur Zeit der Überreichung des Friedensvertrags außenpolitisch heikel waren. Die „Angst vor Reputationsverlust im Ausland“²⁵⁰, die negative politische und wirtschaftliche Folgen nach sich gezogen hätten, spielte bei der Entschärfung des Erlasses gewiss eine Rolle. Der Sever-Erlass hatte zwar rechtlich keine Konsequenzen für die jüdischen Geflüchteten, wurde allerdings formell nie aufgehoben und setzte sie dem öffentlichen Druck aus. Die Forderungen nach der Ausweisung von „OstjüdInnen“ wurden immer lauter und konnten nun „unter dem Deckmantel der Legitimität erhoben“²⁵¹ werden. Zwar wurden in Folge des Erlasses immer wieder Einzelpersonen oder kleine Gruppen von Menschen abgeschoben, zu einer Massenabschiebung aller jüdischen Kriegsflüchtlinge kam es jedoch nicht.²⁵²

6.4. Die „Ostjudenhetze“ zu Beginn der Ersten Republik

Zu Beginn der Ersten Republik war aggressiver Antisemitismus wesentlicher Bestandteil der politischen Agitation.

„In der Ersten Republik waren in Österreich alle der wichtigen politischen Parteien, wie auch die meisten kleineren, bis zu einem gewissen Ausmaß antisemitisch; und für sie alle war der Antisemitismus eine Waffe, die eingesetzt wurde, um die Gegner in Verlegenheit zu bringen. Natürlich gab es Meinungsverschiedenheiten über das Thema Rasse und darüber, wie die ‚Judenfrage‘ gelöst werden solle. Doch es gab auch viele gemeinsame Nenner, insbesondere in der Terminologie und bei der Verwendung politischer Karikaturen.“²⁵³

Die Vorwürfe, die „OstjüdInnen“ wären Schuld an der schwierigen Lage am Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie an der Lebensmittelknappheit entstanden bereits während des Ersten Weltkriegs, die Hetze, befeuert von der Aufhebung der Zensur, erreichte allerdings in den ersten Jahren der Republik eine neue Dimension. Die „Ostjudendebatte“ erstreckte sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Die Aggressionen der Bevölkerung, geschürt durch

²⁵⁰ Beatrix Hoffmann-Holter, Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien. In: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 45-59, hier 56.

²⁵¹ Ebda. 54.

²⁵² Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 197ff.

²⁵³ Bruce F. Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993) 182.

das Elend in den Nachkriegsjahren, richteten sich gegen diese leicht fassbare Fremdgruppe der jüdischen Geflüchteten.²⁵⁴

Nach dem Krieg waren sich deutschnationale, christlichsoziale und sozialdemokratische PolitikerInnen darüber einig, dass die Ausweisung der „OstjüdInnen“ die einzige Lösung für viele Probleme der Nachkriegsjahre sowie für die Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise sei. Um die etwa 25.000 jüdischen Geflüchteten effektiv als Sündenböcke fruchtbar zu machen, begannen Zeitungen und PolitikerInnen systematisch, die Zahl der Geflüchteten zu überhöhen. So schrieb die „Reichspost“ von 100.000 jüdischen Geflüchteten, die Ende 1919 noch in Wien lebten, großdeutsche PolitikerInnen sprachen sogar von 300.000 „OstjüdInnen“. ²⁵⁵

6.4.1. Die Demagogie der rechten Parteien gegen „OstjüdInnen“

Hoffmann-Holter belegt, dass die Hetze gegen „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ eindeutig von christlichsozialer und deutschnationaler Seite ausging. Besonders der prominente christlichsoziale Politiker Leopold Kunschak tat sich unrühmlich mit seiner Demagogie gegen die Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina hervor und stieß mit seinen antisemitischen Reden bei breiten Wählerschichten auf Zuspruch. Die antisemitische Demagogie gegen Geflüchtete fand an vielen verschiedenen Orten statt: im Wiener Gemeinderat, im Parlament, auf der Straße. Auch in der katholischen und deutschnationalen Presse, besonders im „Eisernen Besen“, in der „Reichspost“, den „Wiener Stimmen“ und der „Ostdeutschen Rundschau“ wurde die Hetze gegen die galizischen Geflüchteten tatkräftig vorangetrieben.²⁵⁶

Der Antisemitismus der christlichsozialen Partei änderte sich nicht grundlegend zu Beginn der Ersten Republik. Zu Zeiten der Monarchie waren die Christlichsozialen dazu angehalten gewesen, das multinationale Staatsgebilde des Habsburgerreiches zu unterstützen. Als dieses zerfiel, konnte offen nationalistisch und antisemitisch agitiert werden. Verstärkt wurde der Antisemitismus noch durch die Ablehnung der neuen Republik und der Demokratie, für die die JüdInnen beziehungsweise die „verjudete“ Sozialdemokratie verantwortlich gemacht wurden.²⁵⁷ Die Hetze der Christlichsozialen Partei gegen die jüdischen Flüchtlinge unterschied sich im Wesentlichen nicht von der der Deutschnationalen. Die Angriffe auf die

²⁵⁴ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“: Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 53.

²⁵⁵ Vgl. ebda..53f.

²⁵⁶ Vgl. ebda. 53.

²⁵⁷ Vgl. Peter Pulzer, Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 121-140, hier 135.

Geflüchteten führten sogar zu einer Annäherung der Parteien.²⁵⁸

Der Antisemitenbund

In dieser Atmosphäre entstand 1919 der Antisemitenbund, der vom Staatsamt des Inneren und der Deutschösterreichischen Staatskanzlei gebilligt wurde und den Weg für den Nationalsozialismus in Österreich geebnet hat. Gegründet wurde er vom christlichsozialen Politiker Anton Jerzabek, auch Kunschak war Mitglied des Bundes. Der „Deutsch-österreichische Schutzverein Antisemiten-Bund“, kurz „Antisemitenbund“, war überparteilich organisiert und auf ein einziges Anliegen, den Kampf gegen JüdInnen, ausgerichtet.²⁵⁹ Der Bund betrachtete „die Juden“ als „Rasse“ und sah es als seine Aufgabe, den „jüdischen Geist“ zu bekämpfen. Ziel war es, Juden und Nichtjuden per Gesetz in Erziehung, Gerichtsbarkeit und Wohlfahrt zu trennen sowie international gegen die vermeintliche Weltorganisation der Juden vorzugehen.²⁶⁰ Der Bund stellte außerdem ein Bollwerk gegen Demokratie, Sozialismus, Liberalismus und Humanismus dar. Die Agitation war grundsätzlich gegen alle Juden und JüdInnen gerichtet, die jüdischen Geflüchteten waren allerdings zu Beginn der Ersten Republik das Hauptangriffsziel. Parolen wie „Ostjuden hinaus“ stießen in der Öffentlichkeit auf große Zustimmung. Nachdem es am 5. Oktober 1919 nach einer Kundgebung des Antisemitenbundes zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen war, wurden die Aktivitäten des Bundes zwar strenger überwacht, jedoch nicht unterbunden.²⁶¹

6.4.2. Die politische Linie der Sozialdemokratischen Partei

Bis 1920 trug die Sozialdemokratische Partei die Hauptverantwortung für alle Entscheidungen über das politische Vorgehen gegen die in Wien lebenden Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina. Der sozialdemokratische Politiker Karl Renner wurde am 30. Oktober 1918 zum ersten Staatskanzler der Republik Deutschösterreich gewählt und bekleidete bis zum 7. Juli 1920 das Amt. Auch das Innenressort war bis Juli 1920 zuerst in sozialdemokratischer Hand, zuerst unter der Führung von Karl Renner, dann unter Matthias Eldersch. Ab dem 20. Mai 1919 übernahm der Sozialdemokrat Albert Sever das Amt des Niederösterreichischen Landeshauptmanns und war bis zur Teilung der Bundesländer Wien und Niederösterreich auch für die österreichische Hauptstadt zuständig. Am 22. Mai 1919

²⁵⁸ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 162.

²⁵⁹ Vgl. Bruce F. Pauley, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 1990) 221-246, hier 235.

²⁶⁰ Vgl. ebda. 238.

²⁶¹ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien. In: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asyl und Widerwillen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 45-59 hier 53f.

wurde Jakob Reumann Wiener Bürgermeister und läutete damit die Zeit des „Roten Wiens“ ein.

Die Sozialdemokratie unterschied sich im Punkt der Ausweisung der jüdischen Weltkriegsflüchtlinge nur wenig von der Linie der Deutschnationalen und Christlichsozialen. Der Erlass zur „Abreisendmachung“ der Kriegsflüchtlinge zeigt das restriktive Vorgehen der Sozialdemokratie, das in Folge als Grundlage für die Forderungen der antisemitischen Organisationen nach Ausweisung der „OstjüdInnen“ dienen würde.²⁶² Der Sever-Erlass setzte eine antisemitische Welle in Bewegung, die von der Regierung nicht mehr aufzuhalten war. Die AntisemitInnen konnten die Sozialdemokratische Partei auf Grundlage des Erlasses unter Druck setzen und vehementer die Ausweisung aller „Ostjuden“ fordern. Das inkonsequente Verhalten der Sozialdemokratie spielte den antisemitischen Bewegungen in die Hände.²⁶³

Die Bagatellisierung antisemitischer Ausschreitungen

Ab dem 25. September 1919 fanden immer wieder antisemitische Großkundgebungen statt, die häufig in gewalttätigen Ausschreitungen gegen JüdInnen mündeten. Antisemitische Übergriffe auf jüdische Personen, ob Geflüchtete oder nicht, häuften sich als Folge des Erlasses.²⁶⁴ Die Sozialdemokratie ließ die antisemitischen Veranstaltungen geschehen und spielte die pogromartige Stimmung in Österreich hinunter. Die „Arbeiterzeitung“ rief indes dazu auf, keine Gegenkundgebungen zu veranstalten, um den antisemitischen Veranstaltungen auf diese Weise keinen Resonanzraum zu bieten. Versuche der kommunistischen Fraktion des Arbeiterrates, Gegendemonstrationen zu Veranstaltungen des Antisemitenbundes zu organisieren, wurden von sozialdemokratischen Politikern wie Friedrich Adler, Julius Deutsch und Albert Sever abgelehnt. Die Sozialdemokratie wollte ihre bisherige Politik des restriktiven Umgangs mit den Geflüchteten beibehalten und die Koalition mit den Christlichsozialen nicht gefährden. Die sozialdemokratische Parteiführung reagierte passiv auf die ersten antisemitischen und faschistoiden Großveranstaltungen der Ersten Republik, denn Solidarität mit den Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina war äußerst unpopulär.

Besonders die Berichterstattung der „Arbeiterzeitung“, dem offiziellen Parteiorgan der Sozialdemokratie, war den jüdischen Geflüchteten gegenüber durchgehend ablehnend eingestellt. Die sozialdemokratische Tageszeitung brachte immer wieder die

²⁶² Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 190f.

²⁶³ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien. In: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 45-59 hier 55; sowie: Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 191f.

²⁶⁴ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 204.

Versorgungskrise mit der Anwesenheit der Geflüchteten in Verbindung und schürte damit den Antisemitismus innerhalb ihrer LeserInnenschaft. Auch antisemitische Ausschreitungen im Herbst 1919 wurden von der „Arbeiterzeitung“ bagatellisiert.²⁶⁵

²⁶⁵ Vgl. ebda. 208f.

7. Kontextanalyse – Der Wiener Gemeinderat

Die historische Diskursanalyse nach Landwehr hebt die Wichtigkeit der Betrachtung des historischen, institutionellen, medialen und situativen Kontextes für die Analyse von Texten hervor. Im Folgenden werden die Debatten des Wiener Gemeinderates aus den Jahren 1919 und 1920 in ihrem Entstehungs- und Bedeutungsrahmen situiert.

Der historische Kontext wurde bereits in den Kapiteln 4 bis 6 ausführlich beschrieben. Landwehr zufolge ist die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen und politischen „Gesamtsituation“ wesentlich, um das Untersuchungsmaterial einordnen zu können und „um nicht in Fallen der Textimmanenz zu tappen“.²⁶⁶

7.1. Institutioneller Kontext – Geschichte und Funktion des Gemeinderates

Der institutionelle Kontext soll, so Landwehr, Aufschluss über die Bedingungen geben, unter denen das untersuchte Material entstanden ist.²⁶⁷ In diesem Kapitel wird der Wiener Gemeinderat als Institution vorgestellt und dessen Geschichte und Funktionsweise näher beleuchtet.

Die Entstehung und Entwicklung des Wiener Gemeinderats bis 1922

Die Wiener Kommunalvertretung trat im Oktober 1848 zu ihrer ersten Sitzung im Gemeinderat zusammen. 1850 entstand die provisorische Gemeindeordnung, die den Ablauf der Gemeinderatssitzungen in einer Geschäftsordnung regelte. In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung des Gemeinderates war die Verwaltung der Stadt Wien von der liberalen Partei geprägt. Der Börsenkrach von 1873 sowie Misswirtschaft und politische Skandale führten zu einem allmählichen Niedergang der liberalen Mittelpartei. 1891 wurde die Gruppe der Vereinten Christen gegründet, an deren Spitze Karl Lueger stand. Seine ablehnende Haltung gegenüber der unbeliebt gewordenen liberalen Partei trug zu seinem raschen politischen Erfolg bei und sicherte ihm besonders die Unterstützung des Mittelstandes, die seit der Senkung der steuerlichen Wahlvoraussetzungen von zehn auf fünf Gulden im Jahr 1885 wählen durften. 1893 gründete Lueger die Christlichsoziale Partei, die besonderen Zulauf von Angehörigen der Liberalen sowie der Antisemitischen Partei bekam.²⁶⁸ Die Christlichsoziale Partei hatte von 1895 bis 1918 die Mehrheit der Mandate im Gemeinderat. Im Jahr 1900 erreichte sie 128 Mandate, die übrigen Mandate hielten die Fortschrittspartei (29) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (2). Im Jahr 1897 wurde

²⁶⁶ Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse* (Frankfurt/New York 2009) 108.

²⁶⁷ Ebda. 107.

²⁶⁸ Vgl. Isabella Lehner, *Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892-1912)*. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), *Migration und Innovation um 1900* (Wien/Köln/Weimar 2016) 461ff.

Karl Lueger Bürgermeister der Stadt Wien, er behielt dieses Amt bis 1910.²⁶⁹ Unter der Regentschaft Luegers wurde antisemitische Rhetorik salonfähig gemacht, im christlichsozial dominierten Gemeinderat waren judenfeindliche Reden an der Tagesordnung.²⁷⁰ Die sozialdemokratische Ära im Parlament löste 1919 die christlichsoziale Mehrheit im Wiener Gemeinderat ab. Die Debatten der Jahre 1918 bis 1920, die im Zuge der vorliegenden Arbeit analysiert werden, müssen mitunter im Kontext der Verhältnisse während der christlichsozialen Verwaltung Wiens betrachtet werden.

Nach der Ausrufung der Republik am 12. November 1918 wurden Neuwahlen im Wiener Gemeinderat auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts beschlossen. Bei den Gemeinderatswahlen am 4. Mai 1919 kam zum ersten Mal das Frauenwahlrecht zum Tragen, welches 1918 von der Frauenrechtsbewegung erkämpft und im Nationalrat beschlossen wurde. Um die neuen WählerInnenschichten im Wiener Gemeinderat zu repräsentieren, wurde am 16. November 1919 als Interimslösung eine neue Gewichtung der Abgeordneten im Gemeinderat eingeführt. Die Neuverteilung ergab 84 Mandate für die Christlichsozialen, 60 für die SozialdemokratInnen, 19 für die Deutschfreiheitlichen und 2 Mandate für die Deutschnationalen. Die beiden großen Parteien hatten jeweils fünf Mandate mit weiblichen Abgeordneten zu besetzen, die Deutschfreiheitlichen mussten zwei Mandate an Frauen vergeben.²⁷¹ Bei Gemeinderatswahlen am 4. Mai 1919 erzielte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 54,2 Prozent der Stimmen (100 Mandate), die Christlichsoziale Partei kam auf 27,1 Prozent der Stimmen (50 Mandate). Als drittstärkste Kraft zog die Tschechoslowakische sozialistische Partei Österreich mit 8,4 Prozent der Stimmen (8 Mandate) in den Gemeinderat ein. Die zwei deutschnationalen Listen kamen auf 5,4 Prozent der Stimmen (2 Mandate) und die Vereinten Demokratischen Parteien, dazu zählten die Freiheitlich-Bürgerlichen und die Nationaldemokratische Partei, erhielten 2,6 Prozent der Stimmen (2 Mandate). Die zionistische jüdischnationale Partei erhielten mit 1,9 Prozent der Stimmen 3 Mandate.²⁷² Der sozialdemokratische Politiker Jakob Reumann wurde am 22. Mai 1919 zum Wiener Bürgermeister gewählt.

²⁶⁹ *Wiener Geschichte Wiki*, Gemeinderatswahlen, Wien 5.10.2018, online unter <[https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen#Monarchie - Christlichsoziale _C3.84ra_.281895-1918.29](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen#Monarchie_-_Christlichsoziale_C3.84ra_.281895-1918.29)> (19.12.2018).

²⁷⁰ Vgl. Isabella Lehner, Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892-1912). In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/Köln/Weimar 2016) 461ff.

²⁷¹ Peter Csendes / Ferdinand Opfl (Hg.), Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 2006) 346.

²⁷² Albert Lichtblau, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank Stern / Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009) 39-58, hier 54f, sowie: Franz Patzer, Der Wiener Gemeinderat 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Wien und ihrer Volksvertreter (Wiener Schriften Heft 15, Wien 1961) 298ff.

Im Jahr 1920 wurde die Loslösung der Stadt Wien vom Bundesland Niederösterreich und die Konstituierung Wiens als eigenes Bundesland vom niederösterreichischen Landtag beschlossen. Hintergrund dieser Teilung waren politische Hegemoniebestrebungen der beiden Großparteien. Aufgrund der überragenden Position der SozialdemokratInnen in Wien hatte die sozialdemokratische Partei die absolute Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag inne und stellte seit 20. Mai 1919 mit Albert Sever den Landeshauptmann. Besonders die Christlichsozialen forderten die Loslösung Wiens von Niederösterreich, um die Vormachtstellung der Konservativen auf niederösterreichischer Landesebene zu garantieren. Der Wiener Gemeinderat tagte seit 10. November 1920 kraft Bundesverfassung und Wiener Stadtverfassung gleichzeitig und in personell identer Zusammensetzung auch als Wiener Landtag. Die Sitzungen des Gemeinderates und des Landtages wurden jedoch getrennt abgehalten. Der Wiener Bürgermeister erhielt die Rechte eines Landeshauptmannes, der Stadtsenat erlangte die Befugnisse einer Landesregierung und der Wiener Gemeinderat die Kompetenzen eines Landtages. Die Teilung der administrativen und legislativen Gemeinsamkeiten dauerte bis zum 1. Jänner 1922.²⁷³

Funktion des Wiener Gemeinderates

Der Wiener Gemeinderat fungiert als beschließendes Organ der Gemeinde. Im Gemeinderat wird der/die BürgermeisterIn und der/die VizebürgermeisterIn gewählt. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehören der Budgetvoranschlag, der Rechnungsabschluss und die Kontrolle der anderen Gemeindeorgane. Alle großen Ausgaben der Stadt, wie etwa die Stadtplanung oder der Dienstpostenplan, werden im Gemeinderat beschlossen. Er genehmigt auch die Geschäftseinteilung und die Geschäftsordnung des Wiener Magistrats.²⁷⁴

Zu den wichtigsten Verhandlungsgegenständen im Wiener Gemeinderat in den Jahren 1919 und 1920 gehörten das Budget, Steuern, Tarife und Anleihen sowie das Fürsorge- und Gesundheitswesen, Hilfsaktionen und die Wohnraumbeschaffung. Zentrale Verhandlungspunkte beschäftigten sich außerdem mit Kundgebungen von Dank oder Protest und mit städtischen Betrieben.²⁷⁵

²⁷³ Peter Csendes / Ferdinand Oppl (Hg.), Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart (Wien/Köln/Weimar 2006) 346ff, sowie: *Wiener Geschichte Wiki*, Gemeinderat, Wien 5.10.2018, online unter <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderat>> (19.12.2018).

²⁷⁴ *Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie*, Gemeinderat, Wiener, online unter <<http://www.dasrotewien.at/seite/gemeinderat-wiener>> (15.01.2019), sowie Stadt Wien, Gemeinderat – Organ der Gemeinde Wien, online unter <<https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/koerperschaft/gemeinde/gemeinderat.html>> (15.01.2019).

²⁷⁵ Franz Patzer, Streiflichter auf die Wiener Kommunalpolitik (1919-1934). Veröffentlichungen aus der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (Wiener Schriften Heft 40/ Wien/München 1978) 113ff.

7.2. Medialer Kontext – politische Reden

Der mediale Kontext beleuchtet die Medienform, in der das Material gehalten ist.²⁷⁶ Das diskurshistorische Vorgehen nach Wodak betont die Bedeutung von Textsortenspezifika für das Verständnis von Texten.²⁷⁷ Der Grad der Öffentlichkeit, der dem Text zukommt, sei bei der Untersuchung von „vorurteilshafte[r] Kommunikation“²⁷⁸ von zentraler Bedeutung und bei der Textsortenbeschreibung zu berücksichtigen. Die Explizitheit von diskriminierender Sprache ist, so Wodak et. al., an den Grad der Öffentlichkeit gebunden:

„[J]e öffentlicher, offizieller und formaler die Situation, in der Aussagen fallen, desto subtiler sind die negativen Bewertungen verpackt, und desto mehr positive Selbstdarstellung taucht auf.“²⁷⁹

Die Rede im Gemeinderat

Die untersuchten Reden sind zumeist ein Gemisch aus vorbereiteten Argumenten und spontanen „Kursabweichungen“. Um die Rede im Gemeinderat als Textgattung näher bestimmen zu können, beziehe ich mich auf Burkhardts Ausführungen über die Rolle von Sprache im Parlament und wende diese auf die Institution des Wiener Gemeinderates an.²⁸⁰ Reden im Gemeinderat sind „mündliche[n] Erscheinungsformen der Politikersprache“, die sowohl Informationen vermitteln, als auch persuasiv wirken sollen. Die politische Sitzungsrede richtet sich in erster Linie an die Abgeordneten. Zugleich wenden sich PolitikerInnen auch an BürgerInnen, die den öffentlichen Sitzungen in der Galerie des Sitzungssaales beiwohnen können. Die Protokolle der Gemeinderatssitzungen wurden außerdem bis einschließlich Mai 1920 im Amtsblatt der Stadt Wien abgedruckt und den WienerInnen auf diese Weise zugänglich gemacht. Einzelne Reden von Abgeordneten wurden zudem in diversen Zeitungen abgelichtet. Die Verfahrens- und Verhaltensregeln im Wiener Gemeinderat wurden in der Geschäftsordnung festgehalten. Die Plenardebatte folgt einem „geregelt[e]n Ganzen[n]“, zu dem etwa die Organisation der Debatten, die Redekonstellation oder der Textsortenstil gehören.²⁸¹ Der Inhalt der Rede kann prinzipiell frei gewählt werden, sofern er mit dem jeweiligen Tagesordnungspunkt in Verbindung steht. Die Debatte im Gemeinderat lässt sich als „organisierte[r] Redekampf mit abschließender Abstimmung“ beschreiben.²⁸² Für die linguistische Untersuchung von politischen Plenardebatten sind, so Burkhardt, zwei Charakteristika interessant, die „Orientierung an

²⁷⁶ Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse* (Frankfurt/New York 2009) 107.

²⁷⁷ Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek, *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz* (Wien 1995) 46.

²⁷⁸ Ebda. 49.

²⁷⁹ Ebda.

²⁸⁰ Armin Burkhardt, *Das Parlament und seine Sprache* (Tübingen 2003).

²⁸¹ Ebda. 147f.

²⁸² Ebda. 274.

konventionalisierten pragmatischen Mustern“ sowie die Verwendung von „Persuasionsmittel[n]“. ²⁸³

7.3. Situativer Kontext – PolitikerInnen im Gemeinderat

Der situative Kontext beschreibt neben dem Ort, an dem das Material entstanden ist, auch die Personen, die am Entstehungsprozess des Materials beteiligt waren. ²⁸⁴ Wodak et. al. empfehlen ebenfalls ein „möglichst genaues Erfassen von Setting bzw. Kontext“ ²⁸⁵.

Dieses Kapitel widmet sich den biographischen Hintergründen der Wiener Gemeinderatsmitglieder, die sich häufig an Debatten über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina beteiligten.

7.3.1. Abgeordnete der Christlichsozialen Partei

Die Christlichsoziale Partei war mit 84 von 165 Sitzen die stärkste Kraft im provisorischen Gemeinderat. In der Legislaturperiode von 1919 bis 1923 waren 50 der 165 Gemeinderatsmitglieder christlichsozial.

An der Demagogie gegen die jüdischen Geflüchteten beteiligte sich eine Reihe christlichsozialer Abgeordneter, im Folgenden werden die wichtigsten Akteure vorgestellt. In diesem Zusammenhang sei auch der Hietzinger Politiker **Oswald Glasauer** erwähnt, der sowohl im provisorischen Gemeinderat als auch in der Legislaturperiode von 1919 bis 1923 Mitglied des Wiener Gemeinderates war. ²⁸⁶ Er beteiligte sich maßgeblich an der Hetze gegen jüdische Geflüchtete, zu seiner Biographie konnte ich in der Fachliteratur allerdings nichts finden.

Leopold Kunschak (1871-1953) war ein christlichsozialer Politiker und wichtiger Vertreter der christlichsozialen ArbeiterInnenbewegung. Von 1904 bis 1934 war er Mitglied des Gemeinderats der Stadt Wien, von 1907 bis 1911 Abgeordneter zum Reichsrat und von 1919 bis 1934 Abgeordneter zur Konstituierenden Nationalversammlung beziehungsweise zum Nationalrat. Der gelernte Sattler gründete außerdem im Jahr 1892 den christlichsozialen Arbeiterverein und war bis 1934 dessen Vorsitzender.

Kunschak war ein Freund und politischer Wegbegleiter Karl Luegers und bekannte sich Zeit seines Lebens offen zu seiner antisemitischen Gesinnung. Der christlichsoziale Politiker nutzte sein Forum im österreichischen Parlament und im Wiener Gemeinderat, um

²⁸³ Ebda. 147f.

²⁸⁴ Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse* (Frankfurt/New York 2009) 107.

²⁸⁵ Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek, *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz* (Wien 1995) 46.

²⁸⁶ Vgl. Markus Benesch, *Die Geschichte der Wiener Christlichsozialen Partei zwischen dem Ende der Monarchie und dem Beginn des Ständestaates* (Wien 2010) 386.

antisemitisch zu agitieren. Bereits 1919 entwarf Kunschak ein Gesetz, welches eine diskriminierende Sonderstellung für Juden und JüdInnen vorsah. Sein Antisemitismus trat besonders in der Demagogie gegen „ostjüdische“ Geflüchtete in Erscheinung, wie zahlreiche Reden des Politikers im Nationalrat belegen.²⁸⁷

Leopold Kunschak kritisierte Anfang der 30er-Jahre die antidemokratischen Bestrebungen von Engelbert Dollfuß und der Heimwehr. Im Austrofaschismus zog er sich allerdings nicht aus der Politik zurück, sondern wurde Mitglied des Staatsrates.

Der Politiker war 1945 Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei und wurde zum Ersten Präsident des Österreichischen Nationalrats ernannt. Im selben Jahr wurde er erneut in den Wiener Gemeinderat gewählt und bekleidete von 1945 bis 1946 das Amt des Wiener Vizebürgermeisters. Leopold Kunschak bezeichnete sich auch nach 1945 noch als Antisemit.²⁸⁸

Richard Schmitz (1885-1954) wurde in Mohelnice im heutigen Tschechien geboren. Er war Mitglied der katholischen Studentenverbindung und Redakteur bei der christlichsozialen Tageszeitung „Reichspost“ und der „Christlichsozialen Arbeiter-Zeitung“, die zu jener Zeit von Leopold Kunschak geleitet wurde. Schmitz war Oberleutnant im Ersten Weltkrieg und kämpfte im Zuge dessen an der Ostfront. Seine politische Karriere begann er als christlichsoziales Mitglied des provisorischen Wiener Gemeinderates, dem er bis 1923 angehörte. Von 1920 bis 1934 war er außerdem christlichsozialer Abgeordneter des österreichischen Nationalrats. Richard Schmitz wurde 1922 Sozialminister und 1926 Unterrichtsminister. Im Jahr 1930 wurde der christlichsoziale Politiker Vizekanzler unter Bundeskanzler Carl Vaugoin. Richard Schmitz war maßgeblich am Aufbau des Austrofaschismus beteiligt und wurde 1934 zum Wiener Bürgermeister ernannt. Er hatte das Amt bis zum sogenannten „Anschluss“ Österreichs an das Nazi-Deutschland 1938 inne. Schmitz war ab 1936 außerdem Landesleiter der Wiener Vaterländischen Front.

Nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Österreich wurde Schmitz mit dem sogenannten Prominententransport in das KZ Dachau eingeliefert. Der christlichsoziale Politiker überlebte das Konzentrationslager und wurde nach 1945 für die katholische Wochenzeitung „Die Furchen“ journalistisch tätig.

Richard Schmitz sah sich in der Tradition Luegers und bezeichnete Antisemitismus als integralen Bestandteil der christlichsozialen Ideologie. Er trat für restriktive

²⁸⁷ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“: Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 165f.

²⁸⁸ Vgl. Oliver Rathkolb / Florian Wenninger, Politik. In: Peter Autengruber / Birgit Nemec / Oliver Rathkolb / Florian Wenninger, Umstrittene Wiener Straßennamen (Wien 2014) 134-171, hier 157ff, sowie: Wiener Geschichte Wiki, Leopold Kunschak, letzte Änderung 28.November 2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Leopold_Kunschak> (15.01.2019).

Einwanderungsgesetze für JüdInnen, den Ausschluss von JüdInnen aus öffentlichen Ämtern und die Betrachtung des Judentums als eigene Nation ein.²⁸⁹

Karl Rummelhardt (1872-1930) war ein christlichsozialer Politiker und Lehrer. Er arbeitete als Volksschullehrer, Bürgerschullehrer und Gewerbeschullehrer. In den 1890er Jahren schloss sich Rummelhardt der Christlichsozialen Partei an. Von 1914 bis 1932 war er Mitglied des Wiener Gemeinderates und von 1918 bis zur Trennung Wiens von Niederösterreich auch niederösterreichischer Landtagsabgeordneter. Rummelhardt war Mitbegründer und erster Präsident der Gewerkschaft christlicher Angestellter im öffentlichen Dienst und der Gewerkschaft der christlichen Gemeindeangestellten. Ähnlich wie Leopold Kunschak war Rummelhardt Gewerkschafter und stand in einem Näheverhältnis zu Kunschaks politischen Ideen.²⁹⁰

Hans Rotter (1868-1945) war ein christlichsozialer Politiker und gelernter Bäckermeister. Von 1912 bis 1925 war Rotter Mitglied des Wiener Gemeinderates und von 1924 bis 1934 Abgeordneter zum Bundesrat. Ab 1917 war er Vizepräsident und später Präsident des Deutschösterreichischen Gewerbebundes. In seiner Funktion als Präsident des DGB forderte er 1934 Zugangsbeschränkungen für JüdInnen im Handels- und Gewerbesektor.²⁹¹ Hans Rotter war außerdem als Lokalhistoriker tätig und schrieb 1926 im Buch „Das Ghetto in der Wiener Leopoldstadt“ über die Geschichte des zweiten Gemeindebezirkes.²⁹²

Hans Preyer (1870-1956) war ein christlichsozialer Gewerkschafter und fungierte als Obmann der christlichen Gastgewerbegehilfen. Von 1918 bis 1932 war er Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und von 1946 bis 1950 Bezirksvorsteher der ÖVP im 8. Wiener Gemeindebezirk. Maren Seliger weist darauf hin, dass Hans Preyer in der Sekundärliteratur

²⁸⁹ Vgl. Schmitz, Richard. In: Ernst *Bruckmüller* (Hg.), *Personenlexikon Österreich* (Wien 2001) 434, sowie: Gerhard *Hartmann*, Richard Schmitz. In: *Österreichischer Cartellverband*, Biographisches Lexikon, letzte Änderung 08.09.2016. online unter <<https://www.oecv.at/Biolex/Detail/12500821>>, sowie: *Wikipedia*, Richard Schmitz, letzte Änderung 21.12.2018, online unter <[https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Schmitz_\(Politiker,_1885\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Schmitz_(Politiker,_1885))> (06.01.2019).

²⁹⁰ Vgl. Markus *Benesch*, *Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910-1934. Eine Geschichte der Zerrissenheit in Zeiten des Umbruchs* (Wien 2014) 91f, sowie: ders., *Die Geschichte der Wiener Christlichsozialen Partei zwischen dem Ende der Monarchie und dem Beginn des Ständestaates* (Wien 2010) 387, sowie: W. *de Waal*, Rummelhardt, Karl (1872-1930), Politiker und Lehrer. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter <https://www.biographien.ac.at/oebf/oebf_R/Rummelhardt_Karl_1872_1930.xml;internal&action=hilite.action&Parameter=Rummelhardt*> (06.01.2019).

²⁹¹ Vgl. Maren *Seliger*, *Scheinparlamentarismus im Führerstaat. „Gemeindevertretung“ im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Funktionen und politische Profile Wiener Räte und Ratsherren 1934-1945 im Vergleich* (Wien 2010) 327.

²⁹² H. *Reitterer*, Rotter, Johann (Hans). In: *Rázus Martin / Savić Šarko*, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (Band 9/ Wien 1988) 295.

häufig mit dem gleichnamigen nationalsozialistischen Einheitsgewerkschafter verwechselt wurde und wird, der nach 1934 Mitglied der austrofaschistischen Bürgerschaft war.²⁹³

Johann Alfred Breuer (1866-1932) war Tapezierermeister und christlichsozialer Politiker. Breuer wurde 1900 unter Bürgermeister Karl Lueger in den Wiener Gemeinderat gewählt und wirkte in seiner Funktion bis 1923. Er gehörte außerdem von 1909 bis 1915 sowie von 1918 bis 1919 dem Niederösterreichischen Landtag an und war von 1920 bis 1924 christlichsoziales Mitglied des Bundesrates.²⁹⁴

7.3.2. Abgeordnete der Deutschnationalen Partei

Die deutschnationale Partei hatte im provisorischen Gemeinderat 1918-1919 und in der ersten Wahlperiode 1919-1923 nur jeweils zwei Mandate.²⁹⁵ Alle vier deutschnationalen Gemeinderäte **Josef Hödl**, **Josef Erntner**, **Rudolf Prohaska** und **Karl Sedlak** äußerten sich in ihren Reden im Wiener Gemeinderat antisemitisch. Im Zuge meiner Recherche habe ich allerdings nur zur Biographie des Abgeordneten Karl Sedlak etwas gefunden.

Karl Sedlak (1862-1930) wurde in Český Krumlov im heutigen Tschechien geboren. Er studierte in Prag und trat dort einer deutschnationalen Burschenschaft bei. 1890 zog Sedlak nach Wien, um für die deutschnationale Zeitung „Ostdeutsche Rundschau“ zu schreiben. Ab 1921 bis zu seiner Pensionierung war er Schriftleiter der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“, die 1926 zum offiziellen Organ der österreichischen NationalsozialistInnen wurde. Von 1918 bis 1919 war er Mitglied des provisorischen Wiener Gemeinderates.²⁹⁶

²⁹³ Vgl. Maren Seliger, Scheinparlamentarismus im Führerstaat. „Gemeindevertretung“ im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Funktionen und politische Profile Wiener Räte und Ratsherren 1934-1945 im Vergleich (Wien 2010) 288, sowie: *Stadt Wien*, BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen im 8. Bezirk seit 1945, online unter <https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk08.html> (08.01.2019).

²⁹⁴ Vgl. *Wikipedia*, Johann Alfred Breuer, letzte Änderung 22.11.2016, online unter https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Alfred_Breuer (06.01.2019), sowie: Otto Krause, Johann Alfred Breuer, In: Biographisches Handbuch des NÖ Landtages. 1861-1921, online unter https://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1861-1921.pdf (07.01.2019).

²⁹⁵ Vgl. Franz Patzer, Der Wiener Gemeinderat 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Wien und ihrer Volksvertreter (Wiener Schriften Heft 15, Wien 1961) 295ff.

²⁹⁶ Vgl. E. Lebensaft / Ch. Mentschl, Sedlak, Karl (1862-1930), Journalist. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_S/Sedlak_Karl_1862_1930.xml (06.01.2019), sowie: Franz Patzer, Der Wiener Gemeinderat 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Wien und ihrer Volksvertreter (Wiener Schriften Heft 15, Wien 1961) 297.

7.3.3. Abgeordnete der Jüdischnationalen Partei

Die jüdischnationale Partei stellte in der ersten Wahlperiode des Wiener Gemeinderates drei Abgeordnete. Im provisorischen Gemeinderat waren sie nicht vertreten.

Leopold Plaschkes (1884-1942) war ein österreichischer Anwalt und Politiker jüdischer Konfession. Von 1919 bis 1923 war er für die Jüdische Volkspartei Mitglied im Wiener Gemeinderat. 1919 gründete er gemeinsam mit dem jüdischnationalen Nationalratsabgeordneten Robert Stricker die „Wiener Morgenzeitung“, die sich speziell an JüdInnen richtete und gegen Antisemitismus eintrat. Der Politiker war einer der prominentesten Zionisten der jüdischen Gemeinde Wiens und fungierte als Präsident des Zionistischen Landesverbands sowie als Vorstand der jüdischen Stadtschutzwache.

Nach dem sogenannten „Anschluss“ an das nationalsozialistische Deutschland 1938 wurde Plaschkes von den Nazis als Beirat des Leiters der IKG Wien eingesetzt, bevor ihm 1938 die Emigration nach Palästina gelang.²⁹⁷

Jakob Ehrlich (1877-1938) war ein österreichischer Jurist und Politiker sowie ein wichtiger Vertreter der zionistischen Bewegung. Er wurde in Bystřice pod Hostýnem im heutigen Tschechien geboren und absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Im Ersten Weltkrieg diente er als Offizier. Von 1919 bis 1923 vertrat der Politiker die jüdischnationale Partei im Wiener Gemeinderat. Ehrlich war im Zeitraum zwischen 1912 und 1938 Mitglied des Vorstandes der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Während des Austrofaschismus vertrat er die Israelitische Kultusgemeinde in der „Wiener Bürgerschaft“, die nach der Ausschaltung des Wiener Gemeinderates an dessen Stelle tagte.

Nach der Machtübernahme der Nazis in Österreich 1938 wurde Jakob Ehrlich im sogenannten „Prominententransport“ in das Konzentrationslager Dachau deportiert, wo er wenige Wochen später zu Tode geprügelt wurde. Jakob Ehrlich gilt als der erste prominente österreichische Jude, der dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer fiel.²⁹⁸

²⁹⁷ Vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938, Leopold Plaschkes, letzte Änderung 12.06.2014, online unter: https://gedenkbuch.univie.ac.at/index.php?id=435&no_cache=1&person_single_id=40482&person_name=&person_geburtstag_tag=not_selected&person_geburtstag_monat=not_selected&person_geburtstag_jahr=not_selected&person_fakultaet=not_selected&person_kategorie=&person_volltextsuche=&search_person.x=1&result_page=98 (15.01.2019), sowie: N. *Vielmetti*, Plaschkes, Leopold (1884-1942), Jurist und Politiker. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter https://www.biographien.ac.at/oebf/oebf_P/Plaschkes_Leopold_1884_1942.xml (15.01.2019).

²⁹⁸ Vgl. Evelyn Adunka, Jakob und Irma Ehrlich. In: Dieter J. Hecht / Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg (Hg.), Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte

Bruno Pollack-Parnau (1847-1911) war ein Textilindustrieller jüdischer Konfession und österreichischer Politiker. Pollack war Vizepräsident der Österreich-Israelitischen Union, bis er 1918 zur jüdischnationalen Partei wechselte. Von 1919 bis 1923 war er jüdischnationaler Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat. Nach dem sogenannten „Anschluss“ wurde der Besitz der Familie Pollack-Parnau „arisiert“, die Familie konnte nach England fliehen und überlebte die Shoah im Exil.²⁹⁹

Das Palais Pollack-Parnau am Schwarzenbergplatz 5 wurde nach der Enteignung 1938 zum Sitz der NSDAP-Kreisleitung des dritten Bezirkes. 1947 wurde die Ruine des durch Bomben zerstörten Gebäudes an Bruno Pollack restituiert. Nach dem Verkauf des Ringstraßengebäudes in den 1950er Jahren entstand an der Stelle ein Bürogebäude der Firma Steyr-Daimler-Puch, jener österreichischen Rüstungsproduktionsfirma, die während der NS-Zeit zehntausende KZ-Häftlinge als ZwangsarbeiterInnen ausbeutete.³⁰⁰

7.3.4. Abgeordnete der Freiheitlich-Bürgerlichen Partei

Die Freiheitlich-Bürgerliche Partei war im provisorischen Gemeinderat mit 17 Sitzen vertreten. Nach den Wahlen im Mai 1919 war Rudolf Schwarz-Hiller der einzige Abgeordnete der Liberalen im Wiener Gemeinderat. An dieser Stelle sei auch die freiheitlich-bürgerliche Abgeordnete zum provisorischen Gemeinderat **Anitta Müller-Cohen** (1890-1962) erwähnt. Sie war die erste jüdischnationale Politikerin im Wiener Gemeinderat und setzte sich sowohl im Gemeinderat, als auch im Rahmen ihrer Wohltätigkeitsvereine für die Anliegen von jüdischen Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina ein. In der Debattenanalyse wurden allerdings keine Reden Müller-Cohens miteinbezogen.³⁰¹

Rudolf Schwarz-Hiller von Jiskor (1876-1932) war ein österreichischer Politiker und Rechtsanwalt jüdischer Konfession. 1910 wurde er als Mitglied der Demokratischen Partei in den Wiener Gemeinderat gewählt. Von 1914 bis 1918 war er in der Obermännerkonferenz tätig, die zeitweise an Stelle des Gemeinderates tagte. Ab 1918 war Schwarz-Hiller

(Wien/Berlin 2009) 205-208, sowie: *Wiener Geschichte Wiki*, Jakob Ehrlich, letzte Änderung 13.09.2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Jakob_Ehrlich> (06.01.2019).

²⁹⁹ Vgl. Dieter J. Hecht, Bruno und Charlotte Pollack-Parnau. In: ders. / *Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte* der Universität Salzburg (Hg.), Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte (Wien/Berlin 07/2009) 209-212.

³⁰⁰ Vgl. *Wikipedia*, Palais Pollack-Parnau, letzte Änderung 2. Dezember 2018, online unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Palais_Pollack-Parnau> (15.01.2019), sowie: Jakob Zirm, NS-Regime. Das reiche Erbe einer dunklen Zeit. In: *Die Presse* (02.10.2011), online unter <https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/697614/NSRegime_Das-reiche-Erbe-einer-dunklen-Zeit> (15.01.2019).

³⁰¹ Vgl. Dieter J. Hecht, Bruno und Charlotte Pollack-Parnau. In: ders. / *Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte* der Universität Salzburg (Hg.), Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte (Wien/Berlin 07/2009) 189ff.

Abgeordneter der Freiheitlich-Bürgerlichen im provisorischen Gemeinderat und von 1919 bis 1923 Vertreter der Vereinten demokratischen Parteien Wiens im Gemeinderat. 1914 wurde Rudolf Schwarz-Hiller Leiter der neu gegründeten „Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina“, die ab 1915 „Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge“ hieß. Der Politiker setzte sich für die Rechte von JüdInnen aus Galizien und der Bukowina ein und war ab 1916 Mitglied des Österreichischen Zentralkomitees zur Wahrung der staatsbürgerlichen Interessen der jüdischen Bevölkerung im östlichen Kriegsgebiet. Schwarz-Hiller war außerdem Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.³⁰²

7.3.5. Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei

Die Sozialdemokratische Partei stellte im provisorischen Wiener Gemeinderat 60 von 165 Mandatare und war nach der Christlichsozialen Partei die zweitstärkste Kraft. Nach den Wahlen im Mai 1919 erlangte die Sozialdemokratie mit 100 von 165 Sitzen die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Als Regierungspartei waren sie maßgeblich für den Umgang mit Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina verantwortlich. An den Debatten über „OstjüdInnen“ beteiligten sich die Parteienvertreter jedoch nur selten.

Jakob Reumann (1853-1925) war nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs 1888/89 der erste Sekretär der Partei und Redakteur der „Arbeiterzeitung“, des Parteiorgans der SozialdemokratInnen. Ab 1900 wurde er sozialdemokratischer Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und ab 1918 Vorsitzender im provisorischen Gemeinderat und Vizebürgermeister. Von 1919 bis 1923 bekleidete Reumann das Amt des Bürgermeisters der Stadt Wien und begründete die Ära des „Roten Wiens“, der Zeit zwischen 1919 und 1934, in der die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit im Wiener Gemeinderat stellte. Unter Reumann setzte die Stadtregierung zahlreiche Reformen um, besonders im Bereich des kommunalen Wohnbaus, der sozialen Fürsorge und des Schulwesens. Nach der Konstituierung Wiens zum Bundesland wurde der gelernte Drechsler zum ersten Landeshauptmann Wiens. Als Bürgermeister und Landeshauptmann der Stadt Wien war er maßgeblich für die Ausweisung von galizischen Geflüchteten verantwortlich.³⁰³

³⁰² R. Mannhard, Schwarz-Hiller von Jiskor, Rudolf (1876-1932), Rechtsanwalt und Politiker. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter <http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_S/Schwarz-Hiller-Jiskor_Rudolf_1876_1932.xml> (06.01.2019).

³⁰³ Vgl. Andreas Pittler, Jakob Reumann 1853-1925 (Wien 2011), sowie: *Wiener Geschichte Wiki*, Jakob Reumann, Wien 18.12.2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Jakob_Reumann> (06.01.2019), sowie: *Wiener Geschichte*

Julius Bermann (1868-1943) wurde in Kroměříž im heutigen Tschechien geboren und war ein österreichischer Politiker und Gewerkschafter. Er war Mitbegründer des Vereins kaufmännischer Angestellter. Von 1918 bis 1934 war Bermann als sozialdemokratischer Abgeordneter im Wiener Gemeinderat vertreten und setzte sich für den Mieterschutz und die Rechte von Angestellten ein. Julius Bermann wurde im Nationalsozialismus als Jude verfolgt und 1943 im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet.³⁰⁴

Wiki, Rotes Wien, letzte Änderung 07.12.2018, online unter
<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Rotes_Wien> (06.01.2019).

³⁰⁴ Vgl. *Wiener Geschichte Wiki*, Julius Bermann, letzte Änderung 18.01.2017, online unter
<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Julius_Bermann> (06.01.2019), sowie: *Wikipedia*, Julius Bermann, letzte Änderung 01.05.2017, online unter
<https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Bermann> (06.01.2019), sowie: *Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie*, Julius Bermann, online unter <<http://www.dasrotewien.at/seite/bermann-julius>> (06.01.2019).

8. Gemeinderatsdebatten über jüdische Geflüchtete (1919-1920)

8.1. Antisemitismus im Gemeinderat

Das erste Kapitel der Diskursanalyse wird sich mit antisemitischer Rhetorik in den Gemeinderatsdebatten auseinandersetzen und einordnen, welche Rolle Antisemitismus im Sprachhandeln und Selbstverständnis der verschiedenen Parteien hatte.

Der Diskurs über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina ist nicht immer eindeutig von antisemitischen Deutungsmustern und Codes zu trennen, die zwar nicht direkt mit den Weltkriegsflüchtlingen in Verbindung stehen, aber dennoch einen Rahmen bilden, ohne den die rhetorischen Figuren und Argumentationslinien der Abgeordneten nicht verständlich wären. Der liberale Abgeordnete Rudolf Schwarz-Hiller stellte in einer Rede treffend fest, dass „die jüdischen Flüchtlinge als ein leicht erreichbarer und glücklicher Blitzableiter“ für den Antisemitismus der christlichsozialen Partei dienen. Er konstatierte, dass „die Ursache und die Begründung“ für die „politischen Ausfälle“ der christlichsozialen Partei „noch viel tiefer liegt, als in der Flüchtlingsfrage allein“.³⁰⁵

Antisemitische und fremdenfeindliche Äußerungen waren im Gemeinderat in den Jahren 1919 und 1920 an der Tagesordnung. Dies war kein neues Phänomen der Nachkriegsjahre, sondern spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts und besonders in der Zeit, als Karl Lueger das Amt des Bürgermeisters bekleidete, weit verbreitet.³⁰⁶ Vor allem deutschnationale und christlichsoziale Gemeinderäte äußerten sich im Untersuchungszeitraum in einigen Debatten judenfeindlich und bedienten sich dabei antisemitischer Argumentationslinien und Stereotype. Durchsucht man die Gemeinderatsprotokolle der Jahre 1919 und 1920 nach dem Stichwort „Jude“, so zeigt sich, dass das Wort meistens im Kontext von antisemitischen Äußerungen fiel. Dass Antisemitismus Teil des „politisch-kulturelle[n] Code[s]“³⁰⁷ der Zwischenkriegsjahre war und sich sprachlich manifestierte, zeigt sich in der Verwendung von judenfeindlichen Begriffen und Metaphern. So bezichtigte ein christlichsozialer Gemeinderat den freiheitlich-bürgerlichen Gemeinderat Alois Moißl eines „jüdische[n] Dreh[s]“, weil Moißl eine Aussage des christlichsozialen Politikers Biber falsch dargestellt hätte.³⁰⁸ An anderer Stelle

³⁰⁵ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Rudolf Schwarz-Hiller vom 11. Juli 1919, 1884.

³⁰⁶ Vgl. Isabella Lehner, Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892-1912). In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/Köln/Weimar 2016).

³⁰⁷ Matthias Falter / Saskia Stachowitsch, Antisemitismus und jüdische Politik im Parlament. In: Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im Österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017) 93-208, hier: 93.

³⁰⁸ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Zwischenruf am 19. Februar 1919, 481.

beschwerte sich ein christlichsoziales Gemeinderatsmitglied über die Lautstärke im Verhandlungssaal mit den Worten: „Die reinste Judenschule!“³⁰⁹

8.1.1. Antisemitismus als „wirkmächtige“ politische Strategie

Antisemitismus fungierte im Wiener Gemeinderat „als wirkmächtige [...] Politikstrategie“³¹⁰, die zur Durchsetzung unterschiedlicher sozialer und politischer Interessen eingesetzt wurde. Antisemitische Rhetorik wurde in den Gemeinderatsdebatten wiederholt als „Instrument im Konkurrenzkampf der Fraktionen“³¹¹ herangezogen, um andere Parteien zu diffamieren.

Deutschnationale und christlichsoziale Gemeinderäte versuchten häufig, eine Nähe der linken Parteien, besonders der Sozialdemokratie, zum Judentum zu konstruieren und deren Glaubwürdigkeit auf diesem Wege zu diskreditieren. So behauptete beispielsweise der christlichsoziale Politiker Schmitz, die Sozialdemokratie sei „die große Trompete des Judentums“³¹². An die Sozialdemokratische Partei gerichtet konstatierte er weiters: „Ich habe am 10. Mai Ihren Zug angeschaut, da ist die halbe Kultusgemeinde mitmarschiert.“³¹³ Auch der christlichsoziale Gemeinderat Glasauer versuchte in seiner Rede, eine Verbindung zwischen linken Parteien und dem Judentum herzustellen: „In der sozialdemokratischen Partei gibt es bereits so viele jüdische Führer, daß sie dort keinen Platz mehr finden und so sind die Kommunisten entstanden.“³¹⁴

Die Ausrufung der Räterepublik in Ungarn 1919 veranlasste besonders christlichsoziale PolitikerInnen innerhalb des Untersuchungszeitraumes des Öfteren, antisemitische Reden mit antikommunistischer Stoßrichtung zu halten.³¹⁵ Christlichsoziale und deutschnationale Gemeinderatsmitglieder prägten wiederholt die Darstellung, kommunistische JüdInnen hätten das „magyarische Volk“ infiltriert und so den Rätekommunismus herbeigeführt. Die vermeintliche jüdisch-kommunistische Bedrohung wurde in den Reden meist auch mit der österreichischen Sozialdemokratie in Verbindung gebracht. Ab Sommer 1919 wurden zahlreiche JüdInnen Opfer des „weißen Terrors“ in Ungarn, der von den Truppen des

³⁰⁹ Ebda., Zwischenruf am 13. Dezember 1919, 3104. Mit dem Ausspruch wird Unruhe und Lärm im Saal verurteilt und als für JüdInnen typisches Verhalten dargestellt, vgl. GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, *Belastete Begriffe – Judenschule*, Zürich 2015, online unter <<https://gra.ch/bildung/gra-glossar/begriffe/belastete-begriffe/judenschule/>> (05.01.2019).

³¹⁰ Matthias Falter / Saskia Stachowitsch, Antisemitismus und jüdische Politik im Parlament. In: Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), *Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im Österreichischen Parlament 1861-1933* (Wien/Köln/Weimar 2017) 93-208, hier 93.

³¹¹ Ebda.

³¹² Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Richard Schmitz vom 14. Mai 1920, 1415.

³¹³ Ebda. 1415f.

³¹⁴ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Oswald Glasauer vom 11. Juli 1919, 1882ff.

³¹⁵ Vgl. ebda., sowie: Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Karl Rummelhardt vom 23. Juni 1920, 106, sowie: ebda., Rede Franz Haider vom 31. Juli 1920, 306.

nationalistischen Generals Horthy ausging. Viele politisch und antisemitisch Verfolgte flohen vor den Truppen Horthys nach Wien. Auch diese wurden in den Debatten als jüdische Flüchtlinge bezeichnet, der Diskurs über ungarische Geflüchtete konnte allerdings in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt werden.

Der deutschnationale Abgeordnete Sedlak unterstellte der Sozialdemokratie in seiner Rede am 6. März 1919 ebenfalls eine Nähe zum Judentum und konstatierte, das „nationale Moment“ trenne die Sozialdemokratische Partei von den Deutschnationalen: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Volk die Führer aus seinen Reihen nehmen muß und daß es sich nicht der Führung eines anderen Volkes unterstellen darf.“³¹⁶ Auf welches vermeintliche Volk Sedlak anspielt, erläuterte er mit den Worten des Sozialdemokraten Engelbert Pernerstorfer³¹⁷, der sich in einem Artikel aus dem Jahr 1915 über „Vertreter der Nationslosigkeit“ innerhalb der Sozialdemokratischen Partei beschwert hatte, die „für die Partei geradezu verderblich“ seien und „ausschließlich aus Juden“ bestünden.³¹⁸

Der deutschnationale Gemeinderat Sedlak grenzte seine Partei in derselben Rede auch von der liberalen Partei ab, da deren VertreterInnen seiner Aussage zufolge alle jüdisch wären.

„Dadurch, daß Sie Ihr Firmenschild geändert haben, lassen wir uns nicht täuschen. Die Gründe, die uns von den Liberalen trennen, sind dieselben geblieben. [...] Was wir mit Ihnen abzurechnen haben, geht auf das Konto ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘. Wir begrüßen es, dass sich die jüdischnationale Partei gegründet hat. Meine Herren, dort gehören Sie hin. (Großer Beifall rechts.) Dann werden wir als Volk zum Volke sprechen, verhandeln und uns vielleicht besser vertragen als jetzt.“³¹⁹

Sedlak verdeutlicht schließlich die Verbundenheit seiner Partei zu den Christlichsozialen, indem er sich positiv auf den Nationalismus und die antisemitische Haltung der Partei bezieht:

„Aus dem Gesagten ergibt sich bereits unsere Stellung zu den Christlichsozialen. [...] Wir wollen [...] in ihnen die deutsche Partei sehen und es verbindet sie mit uns das eine Gemeinsame, daß sie sich freihalten von fremdnationaler Führung, das bringt sie uns nahe und das kann uns zur Verständigung führen. (Beifall bei den Christlichsozialen [...])“³²⁰

Gegenwehr gegen die antisemitischen Angriffe der rechten Parteien kam in den meisten Fällen von Gemeinderäten der Jüdischnationalen oder der Bürgerlich-freiheitlichen Partei. Die Sozialdemokratie setzte sich nur vereinzelt gegen Antisemitismus ein und versuchte sich

³¹⁶ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Karl Sedlak vom 6. März 1919, 643f.

³¹⁷ Der sozialdemokratische Politiker Engelbert Pernerstorfer war ein Mitarbeiter des deutschnationalen Politikers Georg Schönerers und schrieb gemeinsam mit diesem und anderen das deutschnationale Linzer Programm, vgl. Pernerstorfer, Engelbert. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), Personenlexikon Österreich (Wien 2001) 368.

³¹⁸ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Karl Sedlak vom 6. März 1919, 643f.

³¹⁹ Ebda. 644.

³²⁰ Ebda.

meist aus der Debatte um die „Judenfrage“ herauszuhalten. Vielmehr bemühte sie sich das Image, eine „Judenpartei“ zu sein, loszuwerden. Sie beurteilte Menschen jüdischer Konfession nach ihrer sozialen Klasse und bediente dabei manchmal selbst antisemitische Stereotypen. Zwischenrufe der SozialdemokratInnen, wie „Juden füttern Euren christlichsozialen Wahlfonds“³²¹ oder „Was ist es mit dem Rothschildwahlfonds? [sic]“³²² wurden strategisch eingesetzt, um die Christlichsozialen als verlogen und nicht vertrauenswürdig darzustellen. Aussagen wie diese wurden häufig im Zusammenhang mit Kritik am christlichsozialen Antisemitismus und teilweise auch von sozialdemokratischen Abgeordneten jüdischer Konfession getätigt.

In der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten August Forstner wurde beispielsweise behauptet, dass „Unternehmer und Händlerjuden“ die „Bettgenossen“ der christlichsozialen Partei seien.³²³ Die Christlichsoziale Partei sei in ihrem Antisemitismus inkonsequent, denn während sie auf „die armen Proleten, auf die jüdischen Arbeiter spucken“ würde, sei sie „mit den großen Bankjuden“ „Arm in Arm gegangen“.³²⁴ Das antisemitische Abgrenzung christlichsozialer Gemeinderatsmitglieder von Juden und Jüdinnen wurde in Reden wie diesen nicht auf der inhaltlichen Ebene kritisiert, sondern als unglaubliche politische Strategie dargestellt.

Ein Wortgefecht während einer Rede des sozialdemokratischen Bürgermeister Jakob Reumann illustriert, wie Antisemitismus als politische Strategie eingesetzt wurde, um den politischen Gegner zu diskreditieren und zu beleidigen:

„Im Laufe der heutigen Debatte hat man uns, den Sozialdemokraten, wiederholt ein Tauschgeschäft angetragen. Es hat mich fast etwas semitisch angeheimelt, als von Seiten der Antisemiten Geschäftsvorschläge gekommen sind, [...]: die Herren würden unserem Antrag zustimmen, wenn wir ihre Anträge annehmen. Ich muß Ihnen sagen, auf Tauschgeschäfte gehen wir nicht ein. Wir handeln nicht, wir sind weder eine protokollierte Firma, noch eine gewerbliche Firma. (Zwischenruf: Juden hätten Sie aber genug dazu!) Sie haben ja heute die Wendung zum Judentum hier im Hause in eklatanter Weise nachgewiesen. (Zwischenruf aus der Mehrheit: Wenn man Ihren Stammbäumen nachgehen könnte! - GR. Dr. Grün: Ihre Ahnen sind auch nicht im Teutoburger Walde gewesen!)“³²⁵

Auch wenn in der Rede Reumanns ein humoristischer Unterton anklingt, bedient er sich antisemitischer Stereotype, um seine politischen Gegner zu beleidigen. Die Diskussion bewegt sich innerhalb eines antisemitisch-völkischen Wertesystems, in dem die

³²¹ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Zwischenruf eines sozialdemokratischen Gemeinderats am 28. Mai 1919, 1248.

³²² Ebda., Zwischenruf Bermann am 5. Dezember 1919, 3142.

³²³ Ebda., Rede August Forstner vom 5. Dezember 1919, 3142.

³²⁴ Ebda.

³²⁵ Ebda., Rede Jakob Reumann, 23. Mai 1919, 1258. Der Verweis auf den Teutoburger Wald bezieht sich wohl auf die Augustinischen Germanenkriege im Jahr 9 n. Chr. und spielt auf eine germanische Abstammung an.

Überlegenheit der Deutschen und die Minderwertigkeit der Juden suggeriert wird. Die Begriffe „semitisch“ und „Jude“ werden von den Großparteien in einem rassistisch abwertenden Bedeutungszusammenhang verwendet. Die Nähe zum Judentum wird als Abwertung und Beleidigung aufgefasst. Speziell das Vorurteil, Juden und Jüdinnen würden „faule“ Tauschgeschäfte machen, wird in der zitierten Passage bedient.

Dass es antisemitisch gesinnte Gemeinderäte nicht auf die leichte Schulter nahmen, wenn ihnen eine Nähe zum Judentum unterstellt wurde, zeigt eine Debatte vom 12. März 1920. Der jüdischnationale Gemeinderat Plaschkes meinte in seiner Rede, der christlichsoziale Gemeinderat Glasauer habe kein Recht, sich antisemitisch zu äußern, da „durch seine Ahnengalerie und durch sein Aussehen“³²⁶ eine jüdische Abstammung anzunehmen sei. Die Aussage Plaschkes führte zu Aufregung und Zwischenrufe von rechter Seite und bewegte den Gemeinderat Glasauer zu einer ausführlichen Antwort, in der er seine „reine“ Abstammung zu beweisen versuchte.

„Herr Dr. Plaschkes hat auch gemeint, daß meine Abstammung vielleicht nicht ganz rein sei. [...] Ich stehe aber dem Herrn Dr. Plaschkes und seinen Anhängern gerne zur Verfügung und bereit, die Pfarrbücher von Ober-St. Veit durchzugehen; bin in der Lage, auf Jahrhunderte nachzuweisen, daß ich nicht vom Tempel her bin. (GR. Dr. Plaschkes: Pfarrbücher spielen doch keine Rolle, das Aussehen ist die Hauptsache!) Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Name Glasauer im Böhmerwalde in jedem zweiten oder dritten Dorfe vorkommt. Ich stamme aus einer deutschböhmisches [sic] Familie und Herr Dr. Plaschkes wird in keiner Weise beweisen können, daß ich nicht in die Reihen der Antisemiten, sondern in die Reihen der Zionisten gehöre.“³²⁷

Oswald Glasauer betrachtete es als Beleidigung, mit dem Judentum in Verbindung gebracht zu werden.

8.1.2. Die „Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien“³²⁸

Die Deutschnationalen

Die beiden deutschnationalen Mitglieder im provisorischen Gemeinderat, Karl Sedlak und Josef Hödl, sahen in ihrer antisemitischen Gesinnung einen legitimen Ausdruck ihres Bekenntnisses zur deutschen Nation. Das Zusammenspiel von Antisemitismus und Nationalismus im politischen Denken der Deutschnationalen wird im Gemeinderat besonders in der Diskussion um die „Bewahrung“ des „deutschen Charakters“ der Stadt Wien deutlich.

³²⁶ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Leopold Plaschkes vom 12. März 1920, 764.

³²⁷ Ebda., Rede Oswald Glasauer vom 12. März 1920, 765.

³²⁸ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Antrag des tschechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten Anton Machat vom 22. Mai 1919, 1200.

In der Gemeinderatssitzung vom 6. März 1919 stellte der deutschnationale Abgeordnete Karl Sedlak den Antrag, der Angelobungsformel für Gemeinderatsmitglieder einen Beisatz hinzuzufügen, der „den Gewählten verpflichtet, alles zu unterlassen, was den deutschen Charakter Wiens gefährden oder beeinträchtigen könnte“.³²⁹ Der Antrag zielte darauf ab, besonders tschechische und jüdische Gemeinderatsabgeordnete den „deutschösterreichischen“ Abgeordneten unterzuordnen und der deutschnationalen Partei, die sich als Wahrer der deutschen Kultur sah, eine stärkere Position einzuräumen. Sedlak entwarf ein Bedrohungsszenario, in dem der „deutsche Charakter“ der Stadt Wien durch die Anwesenheit anderer „Völker“ im Gemeinderat gefährdet wäre. Der Eid sollte den Deutschnationalen, so Sedlak, einen „kleinen Schutz“ gegen Angriffe auf ihre Partei und auf den „deutschen Charakter unseres Gemeinwesens“ geben.³³⁰ Die Forderung nach einem Eid auf die Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien wurde als Abwehrreaktion gegen vermeintliche Angriffe, die die Deutschnationalen in ihren „nationalen Gefühlen“³³¹ beleidigen würden, dargestellt. Der deutschnationale Politiker Hödl verdeutlichte im weiteren Verlauf der Debatte, dass der Änderungsvorschlag seiner Partei unter anderem auf den Ausschluss der jüdischen Abgeordneten aus dem Gemeinderat abzielte. Denn die Deutschnationalen sprachen Juden und Jüdinnen ab, die Gelöbnisformel auf die Wahrung des deutschen Charakter Wiens leisten zu können.

„Die jüdische Nation ist eine Nation für sich [...]“³³², behauptete Hödl in seiner Rede. Aus diesem Grund könnten jüdische Abgeordnete den deutschen Charakter der Stadt gar nicht bewahren. In seiner Argumentation verweist er auf eine Abordnung der ZionistInnen in der Nationalversammlung aus dem Jahr 1918, in der sie Hödls Darstellung zufolge konstatierten, keinen Treueeid auf das deutschösterreichische Volk leisten zu wollen, „weil sie nicht in der Lage seien, den deutschen Charakter zu wahren“³³³. Dies sei, so Hödl, der Ausgangspunkt für den Antrag der Deutschnationalen.

„Sie sagten: Wir sind Juden und können keine Deutschen sein. Das ist auch die Ursache, warum wir heute darüber reden, daß wir den deutschen Charakter dieser Stadt wahren sollen. (Beifall und Widerspruch - GR. Stein: Es ist eine kleine Partei unter den Juden, die jüdischnational ist!) Jeder deutschösterreichische Staatsbürger muß deutsch sein und wenn er es nicht ist, hat er einfach kein Recht! (Beifall und Widerspruch.) Ich wünsche den Zionisten das beste Gedeihen. Ich wünsche aber

³²⁹ Ebda., Rede Karl Sedlak vom 6. März 1919, 643. Die Gelöbnisformel auf den deutschen Charakter Wiens war kein Novum. Karl Lueger führte bereits 1900 ein Gesetz ein, nach dem neu in Wien aufgenommene Bürger eine ähnliche Formel schwören mussten. Für die Wiener Gemeinderäte gab es allerdings bis 1919 keinen vergleichbaren Schwur. Vgl. Markus Erwin Haider, Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866-1938 (Wien/Köln/Weimar 1998) 156.

³³⁰ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Karl Sedlak vom 6. März 1919, 643.

³³¹ Ebda.

³³² Ebda., Rede Josef Hödl vom 6. März 1919, 660.

³³³ Ebda.

eine reinliche Scheidung der Nationen untereinander, dann wird ein friedliches Nebeneinander möglich sein, anders nicht.“³³⁴

Hödl ignoriert, dass nur ein Teil der ÖsterreicherInnen jüdischer Konfession jüdischnational oder zionistisch eingestellt war und konstruiert eine homogene Gruppe, die „jüdische Nation“. Die Forderung nach dem Ausschluss von JüdInnen aus dem Gemeinderat ergäbe sich aus der vermeintlichen Tatsache, dass die JüdInnen ein eigenes Volk seien. Sie zielt nicht nur auf zionistische JüdInnen ab, sondern auf alle, die nach Definition der Deutschnationalen Teil des jüdischen „Volkes“ seien, unabhängig des religiösen oder nationalen Bekenntnisses. In Abgrenzung zu jüdischen und tschechischen Gemeinderäten konstruiert Hödl eine Einigkeit zwischen allen vermeintlich deutschen Abgeordneten:

„Jeder Gemeinderat, der diesen Saal betritt, ob er sich nun zu dieser oder jener Partei bekennt, soll verpflichtet sein, den deutschen Charakter dieser Stadt zu wahren. Wenn er das nicht tut, hat er hier nichts zu reden und muß aus dem Saale scheiden. Hier hat nur ein Deutscher zu reden!“³³⁵

Der deutschnationale Abgeordnete Hödl bekannte sich in derselben Rede offen zu seiner antisemitischen Gesinnung.

„Auch der Antisemitismus hat eine ethische Seite. Die jüdische Nation ist eine Nation für sich und der Jude ist stolz auf seine Nation. Er hat auch ein Recht dazu. Das ganze Volk hat eine ungemeine Zähigkeit und Ausdauer. Wäre diese Zähigkeit und Ausdauer nicht vorhanden, so hätte dieses Volk die Jahrtausende nicht überdauert. Im Laufe der Geschichte sind viele Völker gekommen und wieder verschwunden, aber eines ist nicht verschwunden, das sind die Juden, die Israeliten. Ich frage Sie: Gibt es in unserem öffentlichen Leben etwas konservativeres, etwas reaktionärer in religiöser Beziehung als das Judentum? (Unruhe und Zwischenrufe) Gibt es ein Volk, das sich so streng reinrassig erhalten hat? (Zwischenrufe.) Sie werden keines finden (GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller: Führen Sie eine Judendebatte? Einverstanden! – Neuerliche Unruhe und Zwischenrufe.) Ich konstatiere nur Tatsachen. Gibt es ein Volk, das an seiner religiösen Ueberzeugung so festhält, wie das jüdische? Sie finden keines. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß wir, weil wir sagen: Die jüdische Nation ist eine Nation für sich, deswegen fortwährend als Reaktionäre angegriffen werden.[...] Was ich jetzt gesagt habe, habe ich nur zur Abwehr gesagt.“³³⁶

Hödl wertet in dieser Passage Juden und Jüdinnen ab und stellt sich und seine Parteigenossen gleichzeitig als Opfer dar.

Der Antrag über den Zusatz zur Gelöbnisformel wurde im Gemeinderat am 8. März 1919 angenommen.³³⁷ In den Allgemeinen Nachrichten des Amtsblatt Wiens wurde am 15. März 1919 folgendes verkündet:

³³⁴ Ebda. 661.

³³⁵ Ebda.

³³⁶ Ebda.

³³⁷ Ebda., Sitzungsprotokolle des Gemeinderates vom 6. März 1919, 668.

„Jeder Gemeinderat ist verpflichtet, unmittelbar nach seinem Eintritt in den Gemeinderat in öffentlicher Sitzung das folgende Gelöbnis abzulegen: 'Ich gelobe, der Republik Deutschösterreich und der Stadt Wien die Treue zu halten, alles zu unterlassen, was den deutschen Charakter Wiens gefährden oder beeinträchtigen könnte und den Bestimmungen des Gemeindestatutes nachzukommen.'“³³⁸

Die Formel wurde bei der Angelobung des neuen Gemeinderates am 22. Mai 1919 von allen Mitgliedern vereidigt. Der tschechnationale Gemeinderat Fiala weigerte sich in der Verhandlung, das Gelöbnis auf deutscher Sprache abzulegen. Bürgermeister Reumann drohte ihm daraufhin mit dem Verlust seines Mandates: „Wenn das Gelöbnis in deutscher Sprache nicht abgelegt wird, verliert der Herr Gemeinderat sein Mandat. (Stürmische Zustimmung rechts.)“.³³⁹ Das Gelöbnis auf die Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien wurde im Laufe der Jahre 1919 und 1920 immer wieder betont und dabei oft als Rechtfertigung für Judenfeindlichkeit und als Grundlage für die Ausweisung von jüdischen Geflüchteten herangezogen. So etwa der deutschnationale Gemeinderat Josef Erntner am 26. Juni 1919:

„Ich möchte mit der Mahnung an alle schließen, jederzeit des Gelöbnisses getreu zu sein, das wir abgelegt haben, zu wirken für das Wohl der deutschen Stadt Wien zum Wohle des deutschen Volkes.“³⁴⁰

Obwohl die Jüdischnationalen mehrmals betonten, dass sie kein Interesse daran hätten, den deutschen Charakter Wiens zu untergraben und sich dazu bekannten, selbst „treu und fest zum Deutschtum“ zu halten, wurde ihnen von den Deutschnationalen immer wieder abgesprochen, deutsch sein zu können.³⁴¹

Die Christlichsozialen

Der christlichsoziale Gemeinderat Richard Schmitz machte am 27. Juni 1919 deutlich, dass seine Partei den deutschen Charakter der Stadt Wien ebenfalls bedroht sehe:

„Wenn hier in der Debatte wiederholt der deutsche Charakter Wiens unter dem vielsagendem Schweigen der Mehrheit (Zustimmung bei den Christlichsozialen) bezweifelt worden ist, dann stelle ich hier namens meiner Parteigenossen fest, daß wir gerade aus dem organischen Empfinden und aus der organischen Beurteilung sozialer Bildungen heraus, an dem deutschen Charakter der Stadt Wien festhalten und nie und nimmer daran rütteln lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.) [...] Das ist kein Chauvinismus, das ist lediglich das natürliche Recht der Nation, die hier bodenständig ist, die hier seit Jahrhunderten die Kultur geschaffen hat, deren wir uns erfreuen und die wir jetzt gegen die Gefahren, die ihr drohen, verteidigen. Das ist ein natürliches Recht und kein Uebergriff.“³⁴²

³³⁸ Amtsblatt der Stadt Wien 1919, Allgemeine Nachrichten, 680.

³³⁹ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede vom 22. Mai 1919, 1194.

³⁴⁰ Ebda., Rede Josef Erntner vom 26. Juni 1919, 1595.

³⁴¹ Ebda., Rede Anitta vom 6. März 1919, 664, sowie: ebda., Rede Josef Stein vom 6. März 1919, 664.,

³⁴² Ebda., Rede Richard Schmitz vom 27. Juni 1919, 1634.

Schmitz vertritt hier einen völkischen Nationsbegriff, der auf der Vorstellung eines organisch gewachsenen „Volkskörpers“ aufbaut. Der christlichsoziale Gemeinderat entwirft ein Szenario, in dem die deutsche Nation Österreichs bedroht werden würde. Von wem er sich bedroht fühlte, erläutert er etwas später in der selben Rede:

„Wenn ich nun hier die Stellung zum Antisemitismus kennzeichnen soll, so kann ich das kurz und bündig in folgende Sätze zusammenfassen. Unser Antisemitismus ist eine Reaktionsbewegung – Abwehrbewegung heißt es auf deutsch – eine Abwehrbewegung gegen eine nach unserer Auffassung unserer Kultur außerordentlich gefährliche und innerlich unberechtigte Erscheinung.“³⁴³

Der christlichsoziale Antisemitismus, wie ihn Schmitz stellvertretend für seine ParteigenossInnen darstellt, richtet sich nicht gegen das Judentum als Religion, sondern speist sich aus einer rassistischen, völkischen Vorstellung von Nation.

„Sie [Anm. Barbara Gruber: Die antisemitische Bewegung] wendet sich dagegen, daß Angehörige eines anderen Volkes, ja sogar einer anderen Rasse, als Pseudodeutsche auftreten, sich als Deutsche geben und nun im Namen dieses Pseudodeutschtums eine Kultur schaffen, die keine deutsche, aber auch keine jüdische mehr ist. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)“³⁴⁴

Juden und Jüdinnen könnten Schmitz Argumentation folgend nie zu Deutschen werden, da sie einer anderen „Rasse“ angehören würden. Der Versuch der Assimilation von Menschen jüdischer Konfession mache diese lediglich zu kulturlosen „Pseudodeutschen“.

„Wenn das Judentum vom Antisemitismus eine Aenderung erwartet, so ist die Voraussetzung, daß das jüdische Volk in seiner großen Mehrheit sich zum nationalen Gedanken bekannt [sic] und damit aus der unangenehmen und peinlichen Rolle des Krankheitserregers in die viel angenehmere Rolle der nationalen Minderheit, die ihre Rechte und Freiheiten zu beanspruchen hat, übertritt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)“³⁴⁵

Den Ausführungen des Gemeinderates liegt die antisemitische Vorstellung zugrunde, dass Menschen jüdischen Glaubens einer eigenen „Rasse“ angehören, die den Volkskörper anderer Nationen zersetzen würde. Antisemitismus wäre Schmitz’ zufolge eine „gesunde“ Reaktion des „Volkskörpers“ gegen das Eindringen des vermeintlich fremden „Volkes“ der Juden und Jüdinnen.

³⁴³ Ebda.

³⁴⁴ Ebda., 1634f.

³⁴⁵ Ebda., 1635.

8.2. Migrationspolitik

Die Zuwanderung von „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ wurde zu Beginn der Ersten Republik von allen drei großen politischen Lagern als Problem betrachtet. Der Diskurs über die Abschiebung von „polnischen Juden“³⁴⁶ sowie über die Abwehr von neuerlichem Zuzug jüdischer Flüchtlinge aus den Krisengebieten war im Gemeinderat während des gesamten Untersuchungszeitraums präsent. Aufgrund von antisemitischen Übergriffen in verschiedenen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, wie beispielsweise in Ungarn, der Ukraine und in Polen, und weil viele Juden und Jüdinnen in keinem Nachfolgestaat die Staatsbürgerschaft bekommen hatten, flohen einige auch nach dem Krieg nach Österreich. Wurde der neuerliche Zuzug nach Wien im Gemeinderat debattiert, wurde dabei gleichzeitig auch die Ausweisung der Kriegsflüchtlinge gefordert.

Anfang 1919 veröffentlichte die Gemeinde Wien in verschiedenen Zeitungen³⁴⁷ ein Schreiben, in dem „ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten“ konstatiert wurde, „insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge“ würden fortwährend nach Wien „strömen“. Das Schreiben wies auf die schlechten Lebensbedingungen in der österreichischen Hauptstadt hin und schloss mit einer Warnung an Flüchtlinge, nicht nach Wien zu ziehen. Diese Veröffentlichung ging auf einen Antrag des sozialdemokratischen Politikers und späteren Bürgermeisters Jakob Reumann an den Wiener Stadtrat zurück, den er im Rahmen von „Abwehrmaßnahmen gegen den neuerlichen Zuzug von Flüchtlingen“³⁴⁸ gestellt hatte und der einstimmig angenommen wurde.

Die sozialdemokratischen Vorschläge zur „Abwehr“ von Zuwanderung gingen den rechten Parteien allerdings nicht weit genug. Dem deutschnationalen Abgeordneten Karl Sedlak waren die „Abwehrmaßnahmen“ „mit ganz untauglichen Mitteln angegangen“³⁴⁹ worden:

„Man glaubte, mit einem bloßen Aufrufe, der sich an jene Elemente wendet, die jetzt gerne nach Wien kommen, sowie sie seinerzeit während des Krieges in solchen Massen nach Wien geströmt sind, mit der Bitte: ‚Kommt nicht her!‘ dieser Zuwanderung nach Wien zu begegnen, allein ich glaube, mit einem solchen Aufrufe ist nichts getan, damit erreicht man das nicht, was man will.“³⁵⁰

³⁴⁶ Ebda., Anfrage Karl Rummelhardt vom 15. April 1919, 939.

³⁴⁷ Vgl. *Wiener Zeitung*, Warnung vor dem Zuzug nach Wien. In: *Wiener Zeitung* (04. Februar 1919), 4, sowie: *Neue Freie Presse*, Warnung vor dem Zuzug nach Wien. In: *Neue Freie Presse* (04. Februar 1919) 9.

³⁴⁸ Amtsblatt der Stadt Wien, Stadtrats-Sitzung vom 28. Jänner 1919, Antrag Jakob Reumann vom 28. Jänner 1919, 323.

³⁴⁹ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Karl Sedlak vom 27. Februar 1919, 567.

³⁵⁰ Ebda., 568.

Der deutschnationale Gemeinderatsabgeordnete wünschte sich „ein etwas wirkungsvolleres Mittel“³⁵¹ und verwies auf Vorschläge des christlichsozialen Gemeinderates Heinrich Schmid. Dieser hatte in einem Antrag zuvor gefordert,

„[...] daß die Flüchtlinge, welche über die Grenze herüberkommen, in irgend welcher Weise angehalten, und eventuell, wenn eine Internierung notwendig ist, in Sigmundsherberg, Gmünd oder Bruck zurückgehalten werden können. Zweitens wären die Flüchtlinge, die sich noch immer in Wien befinden, womöglich zu entfernen, und zwar aus Grund – des § 17 des Gemeindestatutes, das der Gemeinde das Recht erteilt, wenn hier ein Mangel eintritt, Leute aus Wien hinauszweisen, vorausgesetzt, daß sie eine öffentliche Unterstützung genießen, oder sich mit dem Gesetze in irgendeinen Konflikt gebracht haben. Mein dritter Antrag geht dahin, man solle in Bezug auf die Austeilung der Lebensmittelkarten vorsichtig sein, und mit den rayonierten Lebensmitteln in erster Linie die einheimische Bevölkerung beteilen und dann erst, wenn die einheimische Bevölkerung beteilt ist, auch Fremde.“³⁵²

Als Erfolg des Antrages verbuchte Schmid die Zusicherung der Polizei, Perlustrierungen der „über die Grenze Kommenden“ durchzuführen sowie „daß die Unterstützungsbeiträge für die Flüchtlinge gekürzt, beziehungsweise am 15. März gänzlich eingestellt“ werden würden.³⁵³

Forderungen nach der Ausweisung von „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ und dem Verhindern von Zuzug finden sich in den Debatten und Anfragen immer wieder. So verlangte beispielsweise der christlichsoziale Abgeordnete Rummelhardt in einer Anfrage, dass „eine neue Invasion von Fremden“ verhindert werden müsse und konstatiert, es wäre „höchste Zeit, die ehemaligen Flüchtlinge aus Polen, die vom Jahre 1914 an sich in Wien aufhalten oder selbst in irgend einer [sic] Form sich hier angesiedelt haben, aus Wien auszuweisen.“³⁵⁴

Wesentliche Forderungen, die im Gemeinderat im Umgang mit den Weltkriegsflüchtlingen erhoben wurden, lagen entweder nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde Wien oder waren bereits gesetzlich beschlossen worden. Dennoch wurden in den Jahren 1919 und 1920 immer wieder Anfragen an den Bürgermeister gestellt und in den Gemeinderatssitzungen verlesen, in denen die Forderung nach einem restriktiveren Umgang mit jüdischen Geflüchteten erhoben wurde. Christlichsoziale und deutschnationale Gemeinderäte brachten das Thema der Abschiebung der Kriegsflüchtlinge fortwährend in den Gemeinderat ein und hielten so die Debatte über die Ausweisung der Kriegsflüchtlinge und antisemitische Diskurse im Gemeinderat am Leben.³⁵⁵

³⁵¹ Ebda.

³⁵² Ebda., Rede Heinrich Schmid vom 27. Februar 1919, 570.

³⁵³ Ebda.

³⁵⁴ Ebda., Anfrage Karl Rummelhardt vom 15. April 1919, 939.

³⁵⁵ Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Antrag des GR. Preyer und Gefährten vom 15. April 1919 940., sowie: ebda., Anfrage Karl Rummelhardt vom 15. April

Exemplarisch dafür ist die Anfrage des christlichsozialen Gemeinderates Karl Rummelhardt vom 24. April 1919. Anlass seiner Anfrage waren Zeitungsberichte, denen zufolge der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner „einer Abordnung des ‘Verbandes der östlichen Juden’“ zugesichert habe, dass die „Flüchtlinge aus dem Osten“ nicht von den „Ausweisemaßregeln“ betroffen seien. In der Anfrage forderte Rummelhardt die Annullierung des Heimatrechts für jüdische Weltkriegsflüchtlinge sowie deren Ausweisung aus Deutschösterreich oder Unterbringung in „Konzentrationslagern“.³⁵⁶ Weiters verlangte er die „Konfiskation ihres während der Kriegszeit erworbenen mobilen und immobilien Vermögens als Rückersatz an den deutschösterreichischen Staat“.³⁵⁷ Auch wenn der Begriff „Konzentrationslager“ zu dieser Zeit keinen inhaltlichen Zusammenhang mit den späteren Vernichtungslagern der NS-Zeit hatte, steht die Forderung nach Einweisung der jüdischen Flüchtlinge in Lager „für das verschärfte Ausgrenzen und Festhalten spezifischer Bevölkerungsgruppen außerhalb jeglicher Rechtsnormen“³⁵⁸.

Der christlichsoziale Politiker rief den Bürgermeister dazu auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit „die Ausweisung aller polnischen Flüchtlinge aus Wien ohne Rücksicht, ob diese Häuser oder Geschäfte erworben haben oder sonst einen Beruf ausüben, ehestens erfolge [...]“.³⁵⁹

Auch nachdem die niederösterreichische Landesregierung am 10. September 1919 den Erlass zur Ausweisung aller nicht im Staatsgebiet Deutschösterreichs heimatberechtigter „fremder“ Weltkriegsflüchtlinge veröffentlicht hatte und damit die rechtliche Grundlage zur Abschiebung der Kriegsflüchtlinge geklärt worden war, rissen die Anfragen an den Gemeinderat nicht ab. Im Gegenteil, im Herbst 1919 wurden besonders viele Anfragen mit der Forderung nach Ausweisung der Weltkriegsflüchtlinge gestellt. Wie Hoffmann-Holter bereits feststellte, bot der „Sever-Erlass“ den rechten Parteien eine Legitimationsgrundlage für die Demagogie gegen „OstjüdInnen“.³⁶⁰ Die Christlichsoziale Partei versuchte mit Bezugnahme auf die politische Haltung des niederösterreichischen Landeshauptmanns

1919, 939., sowie: ebda., Anfrage Karl Rummelhardt vom 24. April 1919, 1015., sowie: ebda., Anfrage Josef Erntner vom 17. Oktober 1919, 2600, sowie: ebda., Anfrage Rudolf Prohaska, vom 17. Oktober 1919, 2600f, sowie: Amtsblatt der Stadt Wien, Stadtrats-Sitzungen 1920, Antrag Rummelhardt vom 12. März 1920, 851, sowie: ebda., Antrag Rummelhardt vom 16. April 1920, 1208.

³⁵⁶ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Anfrage Karl Rummelhardt vom 24. April 1919, 1015.

³⁵⁷ Ebda.

³⁵⁸ Walter *Mentzel*, Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges. In: Bőrries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 126-156, hier 146.

³⁵⁹ Ebda.

³⁶⁰ Vgl. Kapitel 3.2.3. Sever-Erlass.

Sever die Sozialdemokratische Partei zu einer härteren Linie zu bringen und forderte ein restriktiveres Vorgehen gegen jüdische Flüchtlinge.³⁶¹

Exemplarisch für dieses Vorgehen christlichsozialer Abgeordneter sind die Anfragen des christlichsozialen Politikers Leopold Kunschak vom 17. September 1919 und vom 28. November 1919. Am 17. September stellte Kunschak eine Interpellation „in Angelegenheit der jüdischen Flüchtlinge“, die nicht im Gemeinderat verlesen wurde, da sie Bürgermeister Reumann zufolge „ihrem ganzen Inhalte nach nicht in die Kompetenz des Gemeinderates“ gehöre.³⁶² Stattdessen wurde die Anfrage direkt an den Landeshauptmann gesandt. In der Sitzung am 17. Oktober 1919 wurde im Gemeinderat ein Antwortschreiben des Landeshauptmannes Sever verlesen, der von den Maßnahmen gegen jüdische Geflüchtete berichtete.

„Die schweren Schäden, welche der einheimischen Bevölkerung Wiens aus dem Aufenthalte zahlreicher fremder Elemente in Wien erwachsen sind, haben die n.-ö. Landesregierung zu weitgehenden Maßnahmen veranlaßt, die den Zweck verfolgen, Wien und das übrige Niederösterreich von jenen Fremden zu befreien, die hier, zum großen Teile ohne hinlänglichen Grund, Aufenthalt genommen haben und von unseren geringen Vorräten zehren, Wohnungen besetzt halten und Arbeitsgelegenheit wegnehmen. Wie bekannt, hat die n.-ö. Landesregierung schon vor Monaten für Personen, die in Niederösterreich weder heimatberechtigt sind, noch hier ihren ständigen Wohnsitz haben, die Berechtigung zum Aufenthalte in einer Gemeinde Niederösterreichs an eine besondere Aufenthaltsbewilligung gebunden. Schon diese Maßregel hat den Zustrom von Fremden nach Wien und Niederösterreich erschwert. Mit der Kundmachung der n.-ö. Landesregierung vom 9. September 1919 wurde dann in radikaler Weise an die Entfernung der Fremden geschritten und es kann konstatiert werden, daß diese Maßregel schon nach kurzer Zeit einen nicht zu unterschätzenden Erfolg brachte. Gegen die Zurückgebliebenen wird nun mit aller Strenge vorgegangen und deren Entfernung im Zwangswege betrieben werden.“³⁶³

Obwohl der sozialdemokratische Landeshauptmann Sever in Bezug auf die Ausweisung der Kriegsflüchtlinge aus Osteuropa eine ähnliche politische Linie wie die Christlichsoziale Partei verfolgte, stellte der Gemeinderat Kunschak am 28. November 1919 abermals eine Anfrage an den Bürgermeister, in der er die Durchführung der Ausweisung „von sogenannten Flüchtlingen und anderen Zuwanderern aus dem Osten, meistens Ostjuden“ forderte. Kunschak forderte den Bürgermeister dazu auf, von der niederösterreichischen Landesregierung die „unbeirrte endliche Ausweisung der fremdländischen Schädlinge“ zu verlangen.³⁶⁴

³⁶¹ Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Richard Schmitz vom 5. Dezember 1919, 3138.

³⁶² Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Anfrage Leopold Kunschak vom 17. Oktober 1919, 2600.

³⁶³ Ebda..

³⁶⁴ Ebda., Anfrage Leopold Kunschak vom 28. November 1919, 3088.

Die Christlichsoziale und die Deutschnationale Partei warfen den SozialdemokratInnen im Gemeinderat mehrmals ein inkonsequentes Vorgehen in der Flüchtlingsfrage vor. Ihnen wurde eine Nähe zu den „ostjüdischen“ Geflüchteten unterstellt. Die galizischen Flüchtlinge seien, so ein Abgeordneter der Christlichsozialen, „Schützlinge“³⁶⁵ der Sozialdemokratischen Partei.

Den sozialdemokratischen Abgeordneten wurde vom christlichsozialen Gemeinderat Hans Rotter neben absichtlicher Inschutznahme der Flüchtlinge auch Inkompetenz in der Umsetzung der Ausweisung vorgeworfen.

„Es wurden Ausweisungen veranlaßt und es wurden in der Leopoldstadt 1300, in der Brigittenau 500 Ausweisungen ausgesprochen (GR Roth: Aber ausgewiesen wurden sie tatsächlich nicht!); es wurden 203 Wohnungsaufforderungen ausgesprochen, ausgewiesen wurden aber im ganzen nur 20 Personen. Alle anderen Herrschaften, die diese Ausweisungen bekommen haben, haben durch Herrn Sever die Aufenthaltsverlängerung bekommen. Auf der einen Seite weist man die Leute aus, auf der anderen Seite gibt man ihnen Aufenthaltsbewilligungen (GR. Roth: Das dient zur Verminderung der Wohnungsnot!) Das ist die reinste Spiegelfechterei. Ich möchte daher bitten, daß in dieser Beziehung Ordnung geschaffen werde.“³⁶⁶

Die Sozialdemokratie wurde von den rechten Parteien zu einer klaren Linie gedrängt. So zitierte Rotter am 10. Dezember 1920 eine Rede des sozialdemokratischen Bürgermeisters und Landeshauptmanns Reumann wie folgt:

„Unter den Agenden, die ich in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann von der niederösterreichischen Landesregierung übernommen habe, befindet sich eine, die besondere Bedeutung für die Wohnungsfrage und die wirtschaftlichen Verhältnisse in Wien hat. Es ist dies die Ausweisung ortsfremder Personen aus Wien. Die zielbewußte, aber gerechte Behandlung dieser Angelegenheit erscheint mir im Interesse der gesamten Bevölkerung dringend geboten. Es sollen in erster Linie wirtschaftliche Schädlinge, dann aber auch überflüssige Wohnungsnehmer beseitigt werden.“³⁶⁷

³⁶⁵ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Zwischenruf einen christlichsozialen Gemeinderates vom 11. Juli 1919, 1867.

³⁶⁶ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Hans Rotter vom 10. Dezember 1920, 716.

³⁶⁷ Ebda.

8.3. Völkische Argumentationslinien

Den Debatten über Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina liegt ein Diskurs der Differenz zugrunde. Den „Deutschösterreichern“ als „Wir-Gruppe“ wurde eine Gruppe der Fremden gegenüber gestellt, die „jüdischen Flüchtlinge“.

„Ich spreche von jenen Flüchtlingen, welche nicht Deutschöreicher, welche nicht einmal Deutsche sind, ich meine die jüdischen Flüchtlinge.“³⁶⁸

Der christlichsoziale Gemeinderat Glasauer bringt mit der Aussage zum Ausdruck, dass die jüdischen Flüchtlinge seiner Auffassung nach nicht Teil der deutschösterreichischen Nation seien. Für die Christlichsoziale und die Deutschnationale Partei war nicht in erster Linie ausschlaggebend, ob AntragsstellerInnen für die österreichische Staatsbürgerschaft zuvor ein Heimatrecht in Wien hatten, sondern ob sie deutschsprachig und ob sie christlicher oder jüdischer Konfession waren. „Deutscharier“, so der deutschnationale Abgeordnete Rudolf Prohaska, sollten bei der Eingemeindung in Wien gegenüber „OstjüdInnen“ bevorzugt werden.³⁶⁹ Das deutschösterreichische „Volk“ wurde von den jüdischen Flüchtlingen unterschieden und die Anwesenheit zweiterer Gruppe problematisiert.

Der christlichsoziale Politiker Schmitz bezeichnet die Zunahme „de[s] jüdischen Anteil[s] an der Bevölkerung“ als „die traurigste“ Bevölkerungszunahme und stellt dieser den Bevölkerungsrückgang „im ganzen“ gegenüber.³⁷⁰ Der christlichsoziale Gemeinderat Rotter behauptete sogar, Wiener und WienerInnen wären aufgrund der hohen Anzahl an Flüchtlingen gezwungen auszuwandern, „um Fremden Platz zu machen“.³⁷¹

Der christlichsoziale Gemeinderat Glasauer geht in seiner Angst vor „Überfremdung“ sogar so weit, dass er eine Einrichtung zur Unterbringung von „jüdischen Kriegeswaisen“ in Hietzing als „Judenkolonie“ bezeichnet. Dass im 13. Bezirk keine „Pflanzstätte von jüdischen Emigranten oder Auswanderern“ errichtet werden solle, sei nicht nur sein „Privatwunsch“, sondern ein Wunsch „der Bevölkerung von ganz Wien“.³⁷² Die rhetorische Figur, im Namen der Wiener Bevölkerung die Ausweisung der „Ostjuden“ zu fordern, kommt in den Debatten wiederholt vor.

³⁶⁸ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Oswald Glasauer vom 11. Juli 1919, 1882.

³⁶⁹ Ebda., Anfrage Rudolf Prohaska, vom 17. Oktober 1919, 2600f.

³⁷⁰ Ebda., Rede Richard Schmitz vom 19. März 1919, 825.

³⁷¹ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Hans Rotter vom 9. Jänner 1920, 156.

³⁷² Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Oswald Glasauer vom 11. Juli 1919, 1882ff.

8.3.1. Von jüdischen „Kriegsgewinnern“ und tapferen „arischen“ Kämpfern

Ein verbreiteter Topos in den Debatten war der des jüdischen Kriegsgewinners und Drückebergers, der dem kämpfenden deutschen Österreicher gegenüber gestellt wurde. So zeichnet der deutschnationale Abgeordnete Josef Erntner in seiner Rede das Bild des „treuen“ Deutschen, dessen Gegenstück der „parasitäre“ Jude sei:

„Als der Krieg ausbrach, hat der Deutsche in seinem Pflichtgefühl, das ein hervorragender Charakterzug der Deutschen ist, und in seiner Treue für Kaiser und Vaterland es für geboten erachtet, für den Bestand des Vaterlandes einzutreten. Er hat treu gekämpft bis zum Schlusse, bis zum letzten Tage, bis zum letzten Hauch, als die Truppen schon zurückkommandiert waren. [...] Es ist früher der Ausdruck gefallen, Parasiten des Krieges, es ist aber nicht gesagt worden, wer die Parasiten des Krieges sind. (Rufe: Siegfriedler!) Es ist gewiß nicht dabei der Richtige gemeint worden, sondern zu diesen Parasiten des Krieges gehört eine besondere Volksklasse, die nach Wien hereingekommen ist und auch teilweise hier bodenständig war und aus dem Kriege und während des Krieges durch Wucher mit Lebensmittel große Vorteile gezogen hat.“³⁷³

Auch der christlichsoziale Abgeordnete Doppler bediente dieses Vorurteil:

„Weiters hat Herr GR. Dr. Plaschkes gesagt, die Christlichsoziale Partei sei im Kriege auf Irrwege geraten. Ja, vielleicht! Auf Irrwege insoferne, als die Christlichsozialen ihre Mannen draußen an der Front gestellt haben und dabei zuhause alles verloren haben. [...] Draußen ist das Christenblut, das Arierblut geflossen und zuhause sind die Schiebergeschäfte von den Juden gemacht worden. (GR Dr. Plaschkes: Das ist eine Lüge! Das Judenblut ist bei den Pogromen geflossen!) Wenn Sie während der Kriegszeit in die Zentralen hineingesehen haben, so mußten Sie bemerken, daß dort nur die Abortfrau eine Christin war, alle anderen waren Juden. Wenn Sie während der Kriegszeit in die verschiedenen Spitäler, in das Kriegsministerium und in die Kaffeehäuser hineingekommen sind, so haben Sie dort die jüdischen Tachinierer sitzen gesehen und keinen Christen. (GR. DR. Plaschkes: Durch die christlichsoziale Tapferkeit ist unser Staat so weit gekommen, nach Saint-Germain ist er gekommen! – Rufe rechts: Durch Judenverrat!) Ja, durch Verrat des Judentums und der Sozialdemokratie!“³⁷⁴

Der Topos des Kriegsgewinners wird mit dem Judentum als Ganzes in Verbindung gebracht, allerdings sind die jüdischen Flüchtlinge aus den Frontgebieten, die sich während des Krieges in Wien aufhielten, eine besonders beliebte Zielscheibe der Demagogie. Das Argument des vermeintlichen Verrats durch JüdInnen im Krieg verstärkt diesen Topos, weil er Juden und Jüdinnen für die Kriegsniederlage verantwortlich macht.

„Während die Wiener in den Schützengräben verbluteten, wurde ein Großteil der armen Flüchtlinge aus dem Osten in Wien zu Millionären. Während für die Invaliden und Heimkehrer nicht genug Nahrung und Geld vorhanden ist und dieselben keine Wohnungen und Werkstätten finden können, läßt man die polnischen Juden ungestört im Besitze ihrer schwindelhaft erworbenen Vermögen und findet es für

³⁷³ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Josef Erntner vom 26. Juni 1919, 1595.

³⁷⁴ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Doppler vom 09. Oktober 1920, 466.

selbstverständlich, sie in den von den unredlichen Kriegsgewinnern erworbenen Palästen, Zinshäusern und Villen unbehelligt zu belassen;“³⁷⁵

Die Enttäuschung über die Niederlage und die schwierige Wirtschaftssituation wird auf die „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ projiziert, die in der Vorstellung der AntisemitInnen selbst nicht Not leiden, sondern ungerechtfertigterweise in Überfluss leben würden.

8.3.2. Mitleid mit den „eigenen Volksgenossen“

Eine sehr verbreitete argumentative Figur christlichsozialer und deutschnationaler PolitikerInnen war, das Mitgefühl für jüdische Geflüchtete gegen jenes für „DeutschösterreicherInnen“ aufzuwiegen. So rechtfertigte der christlichsoziale Abgeordnete Rotter die Ausweisung von Juden und Jüdinnen in Gebiete, in denen antisemitische Pogrome stattfanden, mit der Aussage:

„Ich will zugeben, daß die Verhältnisse in Polen sehr traurige sind, aber wir können nichts dafür, daß dort derartige Verhältnisse herrschen und wir müssen sagen, daß uns das Hemd dennoch näher liegt als der Rock. (GR. Rummelhardt: Sehr richtig! – Gelächter bei den Sozialdemokraten.)“³⁷⁶

Der christlichsoziale Gemeinderat Leopold Kunschak drückt die politische Linie seiner Partei in seiner Rede vom 10. Dezember 1920 folgendermaßen aus:

„Und wir [...] sollen in diesem Mitleide gegenüber den Flüchtlingen das berechtigte Mitleid und das Pflichtgefühl gegen unsere eigenen Volksgenossen ersticken lassen. (Beifall rechts.) Das geht natürlich auch nicht. Dem armen jüdischen Volksgenossen steht der bodenständige Bürger dieser Republik gegenüber, demgegenüber wir in erster Linie verantwortlich sind (Rufe: Sehr richtig!), dem wir in erster Linie alimentationspflichtig sind und wenn sich schließlich Schwierigkeiten ergeben, so kann es für mich, wenn ich von zwei Ertrinkenden einen retten soll und retten kann, nur die eine Frage geben, rette den in erster Linie, der mein eigener Volksgenosse ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)“³⁷⁷

Die Besorgnis um das „eigene Volk“ wird von dem Abgeordneten vorgeschoben, um Kritik an der schlechten Behandlung von jüdischen Geflüchteten abzuwehren. Getarnt als Pflichtgefühl gegenüber den DeutschösterreicherInnen wird hier das fehlende Mitgefühl und die Abwertung von Juden und Jüdinnen zum Ausdruck gebracht.

³⁷⁵ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Anfrage Karl Rummelhardt vom 24. April 1919, 1015.

³⁷⁶ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Hans Rotter vom 9. Jänner 1920, 156.

³⁷⁷ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Kunschak vom 10. Dezember 1920, 724.

8.3.3. „Die dem Wiener stets eigenartige Gastfreundschaft“³⁷⁸

In den Debatten über die jüdischen Flüchtlinge aus Galizien wurde immer wieder der Topos geprägt, der österreichische Staat wäre übertrieben gastfreundlich gewesen und hätte sich dadurch selbst geschadet.

„[E]in großer Prozentteil dieses Zustroms kam aus dem früher zur Monarchie gehörigen Landesteil Galizien. Die bodenständige Bevölkerung Wiens gewährte diesen Flüchtlingen während der ganzen Dauer des Krieges in bereitwilliger Weise nach jeder Richtung hin die dem Wiener stets eigenartige Gastfreundschaft. Diese Gastfreundschaftsgewährung hatte aber zur Folge, daß die Wiener Bevölkerung allmählig (sic) selbst an dem Mangel an Lebensmitteln sowie Wohnungsgelegenheiten hart zu leiden bekam.“³⁷⁹

Der christlichsoziale Abgeordnete Rummelhardt schrieb in seiner Anfrage, die Stadt Wien habe „mit Außerachtlassung der vitalsten Interessen seiner eigenen Bewohner Gastfreundschaft gewährt“.³⁸⁰

Die „Wiener Gastfreundschaft“ wird in der Rede des christlichsozialen Abgeordneten Spalowsky als Schwäche dargestellt, da sie den nationalen Charakter Wiens gefährden würde. Spalowsky sprach sich gegen das „Zuströmen von Fremden“ – gemeint waren jüdische Flüchtlinge – nach Wien aus und postuliert, dass Wien „keine internationale Stadt zu werden braucht“. So heißt es weiter:

„Wien kann ebenso wie Paris eine nationale Stadt bleiben, welche ihrer angestammten Nationalität treu bleibt. Daß der nationale Charakter von Wien aufrecht erhalten bleibt – davon bin ich überzeugt – das werden die Wiener schon selbst besorgen. Andererseits [sic] haben wir keine Ursache, schwächlich solchen Elementen, welche lästig sind, und überall vertrieben werden, ein Asyl zu gewähren.“³⁸¹

Spalowsky betrachtete die Gewährung von Asyl als Zeichen nationaler Schwäche. Das Auflehnen gegen die Anwesenheit jüdischer Flüchtlinge betrachtete er hingegen als Ausdruck der Treue zur Nation. In der Darstellung des christlichsozialen Abgeordneten Rotter wurden die jüdischen Flüchtlinge als Störfaktoren portraitiert, die die vermeintlich friedfertigen WienerInnen nicht zur Ruhe kommen lassen.

„Der Wiener ist ja friedliebend und man kennt ja das geflügelte Wort: ‚Meine Ruh‘ will ich haben!‘ Wenn bei uns aber keine Ruhe ist, so ist es deshalb, weil sich fremde Elemente bei uns herumtreiben, die uns nicht zur Ruhe kommen lassen.“³⁸²

³⁷⁸ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Antrag des GR. Preyer und Gefährten vom 15. April 1919 940.

³⁷⁹ Ebda.

³⁸⁰ Ebda., Anfrage Karl Rummelhardt vom 15. April 1919, 939.

³⁸¹ Ebda., Rede Franz Spalowsky vom 27. Februar 1919, 575.

³⁸² Ebda., Rede Hans Rotter vom 27. Juni 1919, 2668.

Auch in dem Antrag des christlichsozialen Gemeinderates Preyer klingt an, dass die Flüchtlinge die österreichische Gastfreundschaft ausnutzen würden.

„Die Berechtigung des Aufenthaltes dieser Flüchtlinge und Zuwanderer in Wien ist durch die Beendigung des Krieges längst nicht mehr gegeben, dennoch aber befinden sich dieselben noch immer in übermäßig großer Zahl in unserer Stadt und denken auch gar nicht daran, diese Stätte der Gastfreundschaft zu verlassen.“³⁸³

Die Lebensrealitäten der Geflüchteten, die aus den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie vertrieben oder verfolgt wurden, wurden in dieser Argumentation völlig ausgeklammert. Der christlichsoziale Gemeinderat Glasauer behauptete in seiner Rede vom 11. Juli 1919, die jüdischen Geflüchteten würden die „Gastfreundschaft“ in Wien „schwer missbrauchen“, und zeigte kein Verständnis für ihre Situation.³⁸⁴

„Warum wollen diese Flüchtlinge nicht nach Hause gehen? Wir als Gemeinde und als Wiener haben gar keine Verpflichtung gegenüber diesen Flüchtlingen aus Galizien und aus der Bukowina oder woher immer sie kommen mögen. Sie sind ein Ueberbleibsel der alten österreichisch-ungarischen Monarchie. Während alles, was von der Monarchie übriggeblieben ist, zwischen die einzelnen Staaten aufgeteilt wird, bleiben diese Flüchtlinge uns allein. (Zwischenrufe: Als Souvenir!) Ich weiß nicht, ob diese Flüchtlinge eine Aktiv- oder eine Passivpost sind. Wenn sie eine Aktivpost wären, hätten sich die einzelnen Staaten um sie längst gekümmert und hätten den aliquoten Teil, der ihrem Staate entspricht, verlangt. Ich glaube, daß diese Flüchtlinge nur eine Passivpost für unseren neuen Staat sind und daß es kein Vorteil für uns sein kann, wenn sie länger als es notwendig ist, hier bleiben.“³⁸⁵

Die jüdischen Geflüchteten dienten als Sündenbock für die Frustration über die Kriegsniederlage und die Auflösung der Habsburgermonarchie. Die Fluchtgründe wurden in Glasauers Rede in Frage gestellt und verharmlost.

„Warum wollen diese Flüchtlinge aber nicht weg? Sie sind doch eigentlich nur vor den Russen geflüchtet und Rußland existiert ja seit Jahren nicht mehr. Trotzdem wollen sie nicht nach Hause gehen. Angeblich drohen ihnen auch in den neuen Nationalstaaten Verfolgungen, die berühmten Pogrome. Woraus diese zu erklären sind, bleibe dahingestellt. [...] Wenn die jüdischen Flüchtlinge überall so vorgehen, wie sie es in den vier Jahren in Wien getan haben, dann kann ich Pogrome zwar nicht begrüßen, sie aber doch für verständlich und entschuldbar halten.“³⁸⁶

Glasauer gibt den „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ an den an ihnen Pogromen verübten selbst schuld. Er verdreht die Rolle von Täter und Opfer und bezeichnet die antisemitische Gewalt als Abwehrreaktion, die von dem Verhalten der Juden und Jüdinnen provoziert worden sei. Die jüdischen Geflüchteten tragen in der Auffassung des Gemeinderatsmitgliedes die alleinige Verantwortung für die antisemitischen Ausschreitungen: „Die Juden müssen aber die Veranlassung zu Pogromen aus der Welt schaffen“.³⁸⁷

³⁸³ Ebda., Antrag des GR. Preyer und Gefährten vom 15. April 1919, 940.

³⁸⁴ Ebda., Rede Oswald Glasauer vom 11. Juli 1919, 1883.

³⁸⁵ Ebda., 1882.

³⁸⁶ Ebda.

³⁸⁷ Ebda.

Die antisemitische Agitation der eigenen Partei verharmloste Glasauer in der selben Rede:

„Wenn der Herr Dr. Plaschkes gemeint hat, daß Pogrome entstehen, wenn Flugschriften gegen die Juden verteilt werden, so muß ich seiner Anschauung widersprechen. Mit Flugschriften ist in Wien überhaupt nichts zu machen, am allerwenigsten in Aufreizung des Volkes. [...] Die Agitation mit den Flugschriften ist aber für die Juden nicht gefährlich.“³⁸⁸

8.3.4. Gewaltandrohungen

Am 26. Juli 1919 spricht sich der jüdischnationale Gemeinderat Jakob Ehrlich in einer Rede gegen die Diskriminierung jüdischer Bürger und Bürgerinnen aus:

„Es geht daher nicht an, daß nicht allen Bürgern dieser Stadt dasselbe Wohlwollen und dieselbe Gerechtigkeit entgegenbracht [sic] wird. Leider sind Anzeichen vorhanden, daß zu der religiösen Unduldsamkeit, die früher vielfach beobachtete wurde, nunmehr auch die nationale Unduldsamkeit treten soll. Während Sie früher den Taufschein verlangten, kommen Sie jetzt mit dem Postulate der Zugehörigkeit zur deutschen Nation. [...] Wir Juden haben das bedauernswerte Schicksal, überall in der Minorität zu sein. Wir können keine Vergeltung üben, wir können nur immer und bei jeder Gelegenheit verlangen und wir werden dazu auch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, daß wir in dieser Stadt als vollständig gleichberechtigte Bürger und nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden.“³⁸⁹

Ehrlich kritisiert im Anschluss die Ausweisepraxis der Polizei, die „die armen jüdischen Kriegsflüchtlinge, welche Haus und Herd verloren und dem höchsten Elend preisgegeben sind, aus dieser Stadt“ hinausjagen würde.³⁹⁰ Der jüdischnationale Abgeordnete verweist in seiner Rede auf die instabilen politischen Verhältnisse in den ehemaligen Frontgebieten und die Notwendigkeit des Aufenthalts der jüdischen Flüchtlinge in Wien.

„Ich kann nun versichern, daß diese Leute, welche durch ein grausames Geschick hierher geworfen worden sind, nur auf den Tag warten, an welchem sie dieser Stadt den Rücken kehren können. Wenn die Verhältnisse so sein werden, daß sie in ihre Heimat zurückkehren können, werden sie es tun, denn die Gastfreundschaft, die sie hier genossen, war keine allzu große. Wer im Felde war, sich jahrelang in Galizien, Polen und Rußland herumgeschlagen hat, weiß, daß die Juden dort Unzähligen eine Gastfreundschaft geübt haben, zu mindestens erwiesen haben, welche die hier genossene, aufwiegt.“³⁹¹

Der christlichsoziale Gemeinderat Breuer reagiert auf das Anliegen Ehrlichs zunächst mit dem Umdrehen der Vorwürfe:

„Ein zweiter Redner, Herr Dr. Ehrlich, hat sich mit dem Standpunkte seiner Partei mehr oder weniger in den Rahmen des Budgets passend, beschäftigt, und hier erklärt, daß seine Stammes- und Religionsgenossen in Wien nicht als Bürger 2. Klasse behandelt und als solche betrachtet werden wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Dr. Ehrlich hätte diesen Ausspruch nicht tun sollen, denn die bodenständige Bevölkerung hat die Empfindung, daß sie die Bürger

³⁸⁸ Ebda.

³⁸⁹ Ebda., Rede Jakob Ehrlich vom 11. Juli 1919, 1593.

³⁹⁰ Ebda.

³⁹¹ Ebda.

2. Klasse sind, und daß jene Herrschaften, welche aus dem Morgenlande stammen, sich zu den Herren allererster Klasse aufgeschwungen haben. (Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.) Wenn wir, meine verehrten Herren, sagen, wir wollen unsere Hausherrnrechte als Gründer dieser Stadt und als Gründer dieses Staates in Anspruch nehmen, dann haben wir ein Recht dazu. Rühren Sie nicht an dieser Frage, denn ich kann Ihnen nur sagen, in der Bevölkerung ist eine ganz gewaltige Summe, sagen wir von Abneigung gegen die bekannten Mitbürger 1. und 2. Klasse eingetreten und Sie dürfen sich keiner Täuschung hingeben, daß das nicht etwa eine Stimmung ist, die ohne Ursache hervorrufen worden ist (Rufe bei den Jüdischnationalen: Das ist eine Verhetzung!), denn ein lammfrommeres [sic!] Volk als die Wiener gibt es nicht. (So ist es!) Meine Herren, Herr Dr. Ehrlich hat auch Anlaß genommen, sich über die Polizei in mehr oder weniger abfälliger Weise zu äußern. Hochgeschätzter Herr Doktor, seien Sie froh, daß Sie eine Polizei haben, die insbesondere mit Argusaugen über den Besitzstand des Judentumes wacht. Verehrtester Herr Doktor, für Ihre sonstigen zionistischen Bestrebungen finden Sie unseren vollsten Beifall. Wir wünschen nur, daß Ihre Bestrebungen auch baldigst von bestem Erfolge begleitet seien. Aber wir wollen nicht als Bürger 2. Klasse, sondern so behandelt werden, wie es einer bodenständigen Bevölkerung und nicht einer nomadenhaften zukommt. (Rufe bei den Jüdischnationalen: Sie sind doch nicht schlecht behandelt worden, Sie haben ja doch behandelt!) Wir sind mißhandelt, ausgebeutet, betrogen worden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen und Rufe: Von den Juden!)“³⁹²

In der Rede findet eine „Opfer-Täter-Umkehr“ statt.³⁹³ Die Wiener und WienerInnen wurden als „lammfromm“ portraitiert, die sich lediglich gegen die vermeintlichen Misshandlungen durch Juden und Jüdinnen wehren würden. Schuld am Antisemitismus wird den JüdInnen selbst gegeben. Breuer schließt seine Rede mit einer Gewaltandrohung:

„Dann kann ich den Bürgermeister Lügen strafen, weil er gesagt hat, wir sind in punkto Antisemitismus die reinsten Waisenknaben geworden. Wir können, wenn gewünscht, auch noch andere Register ziehen, aber verlangen Sie sich das nicht.“³⁹⁴

Mit dieser Vehemenz reagierte der christlichsoziale Gemeinderat Breuer also auf das Aufzeigen von Antisemitismus durch den jüdischnationalen Abgeordneten Ehrlich. An diesem Beispiel zeigt sich die defensive Position, in der sich Abgeordnete befanden, die sich offen gegen Antisemitismus im Wiener Gemeinderat aussprachen.

8.3.5. Legitimation von Gewaltanwendungen

Jüdische PolitikerInnen thematisierten fremdenfeindliche und antisemitische Übergriffe in den Gemeinderatssitzungen. Diverse Anträge, Anfragen und Redebeiträge aus den Jahren 1919 und 1920 insbesondere von jüdischnationalen Abgeordneten geben Aufschluss über die feindselige Stimmung gegen jüdische Geflüchtete in Wien.³⁹⁵ Berichte über Übergriffe

³⁹² Ebda., Rede Johann Alfred Breuer vom 11. Juli 1919, 1597f.

³⁹³ Bernd Matouschek / Ruth Wodak / Franz Januschek, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995) 53.

³⁹⁴ Ebda.

³⁹⁵ Vgl. Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Antrag Leopold Plaschkes vom 20. Juni 1919, 1508; sowie: Antrag Leopold Plaschkes vom 11. Juni 1919, 1433.

gegen JüdInnen und antisemitische Diskriminierung wurden von vielen rechten Gemeinderatsmitgliedern entweder bagatellisiert oder die Gewalttaten sogar legitimiert. So entschuldigte der christlichsoziale Abgeordnete Schmitz in der Gemeinderatssitzung vom 16. April 1920 die antisemitischen Übergriffe an den österreichischen Universitäten.

„Wenn aber der Herr Vorredner sich besonders ereifert hat, daß an österreichischen Hochschulen die Stimmung gegen die jüdische Studentenschaft immer deutlicher zum Ausdrucke gelangt, so sehe ich mich doch genötigt, ihn in aller Ruhe darauf aufmerksam zu machen, daß an dieser Stimmung die jüdische Studentenschaft selbst durchaus nicht unschuldig ist.“³⁹⁶

Wie so oft in antisemitischen Reden wurde auch in diesem Fall den Juden und Jüdinnen selbst an der judenfeindlichen Stimmung Schuld gegeben. Dabei bedient sich der Abgeordnete auch dem antisemitisch aufgeladenen Topos der Gegenüberstellung von deutschen Frontkämpfern und jüdischen Drückebergern:

„Stellen Sie sich zunächst einmal die psychische Verfassung der jungen Leute vor, die nach so langjährigem Kriegsdienste zurückkommen um ihre Studien wieder aufzunehmen (Zwischenruf des GR. Erntner: Und an der Universität ist kein Platz, weil die ganzen Galizianer sich dort breitmachen – Zwischenrufe), die nach vieljährigem Kriegs- oder Militärdienst zurückkommen, um nach dem Verluste von so und so vielen Jahren, von so und so vielen Semestern endlich ihre Studien fertig machen, ihre Prüfungen ablegen zu ihnen und die nun die Hörsäle überfüllt finden, die Seminarien überfüllt, alle Anstalten der Hochschulen überfüllt mit solchen Leuten, die unter irgend welchem Titel sich der Militärdienstpflicht zu entziehen verstanden haben. (Bravorufe bei den Parteigenossen.) [...] Diese ‚armen Flüchtlinge‘ haben natürlich Zeit genug gehabt, ihre ganzen Studien zu machen. Nun kommen die Frontdiener zurück und finden die Plätze besetzt und da verlangt man von ihnen noch, daß sie darüber erfreut sein sollen. Aber nicht allein die Tatsache der Ueberfüllung mit landesfremden Elementen hat so aufregend gewirkt, sondern auch das unverschämte Benehmen dieser Leute in der Aula. [...] Wir brauchen uns nur an die Monate im Herbst und Winter 1918 zu erinnern und daran, was in dieser Zeit diese Herrschaften, diese Jüngel, für Unverschämtheiten an der Wiener Universität an den Tag gelegt haben.“³⁹⁷

Schmitz stellt die Situation an den Hochschulen als unerträglich für die deutschösterreichischen Studierenden dar. Die antisemitischen Ausschreitungen seien keine Gesinnungstaten gewesen, sondern eine nachvollziehbare Reaktion aufgrund von psychischer Überforderung:

„Wenn die Jugend angesichts solcher zwei Tatsachen zu Mitteln greift, die man als ruhiger und älterer Mensch nicht mehr billigen kann, so bitte ich, das zu entschuldigen, denn diese Leute haben unter psychologischem Drucke gehandelt und es wäre vernünftig und Sache aller jüdischnationalen Kreise gewesen, auf diese Elemente entschieden dahin einzuwirken, daß sie an der Universität ein entsprechendes Benehmen an den Tag legen.“³⁹⁸

³⁹⁶ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Richard Schmitz vom 16. April 1920, 1156.

³⁹⁷ Ebda. 1156f.

³⁹⁸ Ebda. 1157.

Schmitz verharmlost die antisemitischen Angriffe und spielt sie zu jugendlichen Dummheiten herab. Er geht sogar so weit, darum zu bitten, das Verhalten der judenfeindlichen Studierenden zu entschuldigen.

8.4. Wohnpolitik

Die Wohnungsnot in Wien war ein zentraler Verhandlungspunkt in den Gemeinderatsdebatten der Jahre 1919 und 1920. Abgeordnete der Christlichsozialen, Deutschnationalen und Sozialdemokratischen Parteien betrachteten die Anwesenheit von Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina als Ursache für die Wohnungsnot in Wien.

8.4.1. Exkurs: Wohnungsnot in Wien

Nach Kriegsende herrschte in Wien ein akuter Mangel an Wohnraum. Im Jahr 1919 fehlten in der Großstadt etwa 13.000 Wohnungen, im Jahr 1920 waren es bereits ungefähr 33.000. Im Jahr 1921 erreichte der Wohnungsmangel einen Höhepunkt mit 80.000 Wohnungsbedarfsanmeldungen.³⁹⁹ Schon vor dem Ersten Weltkrieg zeichnete sich aufgrund der Vernachlässigung des kommunalen Wohnbaus durch die liberale und christlichsoziale Politik ein zunehmender Wohnungsmangel in Wien ab. Während des Ersten Weltkrieges verschärfte sich die Wohnungsnot zunehmend, da der Wohnbau in dieser Periode stagnierte und die bestehenden Bausubstanzen aufgrund fehlender Renovierung zunehmend verfielen.⁴⁰⁰ „Die meisten Kleinwohnungen hatten weder Klo noch Wasser, weder Gas- noch elektrische Beleuchtung; selbst notwendige Reparaturen wurden weitgehend aufgeschoben.“⁴⁰¹

8.4.1.1. Ursachen der Wohnungsnot

Ausschlaggebend für den Wohnungsmangel war nicht etwa die Bevölkerungszahl Wiens, die von 2,2 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 1915 auf 1,8 Millionen im Jahr 1919 gesunken war, sondern die deutliche Zunahme an Haushaltsgründungen. Zwischen 1910 und 1923 stieg die Zahl der Haushalte trotz Bevölkerungsrückgang um 40.000 Parteien.⁴⁰²

³⁹⁹ Vgl. Michael John, *Hausherrenmacht und Mieterelend. Wohnverhältnisse und Wohnerfahrung der Unterschichten in Wien 1890-1923* (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd 14, Wien 1982), 24.

⁴⁰⁰ Vgl. Wolfgang Hösl / Gottfried Pirhofer, *Wohnen in Wien 1848-1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens* (Wien 1988) 94, sowie: Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 38.

⁴⁰¹ Wolfgang Hösl / Gottfried Pirhofer, *Wohnen in Wien 1848-1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens* (Wien 1988) 94.

⁴⁰² Vgl. Rainer Bauböck, *Zur Sozialdemokratischen Wohnungspolitik 1919 - 1934. Mieterschutz, Wohnungsanforderung und kommunaler Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung Wiens* (Wien 1976) 20ff.

Der Erlass von Mieterschutzgesetzen in den Jahren 1917 und 1918 hatte zu einer Regulierung der Mietpreise geführt. Immer mehr WienerInnen konnten sich aufgrund der veränderten Gewichtung zwischen Einkommen und Mietpreisen eine eigene Wohnung leisten. Diese Entwicklung hatte eine Welle an Kündigungen von UntermieterInnen und BettgeherInnen zur Folge.⁴⁰³ Generell war nach Kriegsende eine Abnahme „familienfremder Mitbewohner“ in Haushalten zu verzeichnen. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Nachkriegsjahre wurde Dienstpersonal vermehrt entlassen und auch die Auflösung der „Wohn- und Konsumgemeinschaft von Lehrling und Meister“ trug zur Nachfrage an Wohnungen bei.⁴⁰⁴ Zudem stieg nach Kriegsende die Zahl der Eheschließungen deutlich an. Wurden in Wien im Jahr 1915 etwa 15.000 Ehen geschlossen, sank diese Zahl im Laufe der Kriegsjahre und stieg im Jahr 1920 auf mehr als 31.000 Eheschließungen an.⁴⁰⁵ Der Weltkrieg hatte außerdem eine Verschiebung der Altersstruktur der Wiener Bevölkerung zur Folge. Während sowohl die Zahl der unter 29-Jährigen aufgrund der niedrigen Geburtenrate und der hohen Zahl an gefallen Soldaten, als auch die Zahl der über 60-Jährigen gesunken war, war die Anzahl der 30- bis 60-jährigen beträchtlich gestiegen. Letztere Altersgruppe war auch diejenige, die am häufigsten nach eigenen Wohnungen suchte.

Die Gründung von Nationalstaaten auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie führte außerdem zu Wanderbewegungen, die zur Zunahme von Haushaltsgründungen beitrugen. Zu Beginn der Ersten Republik fand eine beträchtliche Emigration von etwa 230.000 Angehörigen anderer Nationen aus Wien statt, meist arbeitender Männer, die ohne Familien in ärmlichen Verhältnissen als Untermieter oder Bettgeher in der Hauptstadt gewohnt hatten. Aufgrund der beengten Wohnsituation, in denen viele EmigrantInnen gelebt hatten, wurde nach deren Abwanderung aber kaum Wohnraum frei. Demgegenüber stand eine schwächere Zuwanderung von deutschsprachigen Beamten der ehemaligen Monarchie, die nach „dem Zerfall des bürokratischen und militärischen Apparates der Monarchie“ nach Wien zogen.⁴⁰⁶ Die Beamten waren meist Angehörige der Mittelschicht und suchten in Wien nach eigenen Wohnungen für sich und ihre Familien.⁴⁰⁷

⁴⁰³ Vgl. ebda. 157, sowie: Michael *John*, Hausherrenmacht und Mieterelend. Wohnverhältnisse und Wohnerfahrung der Unterschichten in Wien 1890-1923 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd 14, Wien 1982), 23.

⁴⁰⁴ Rainer *Bauböck*, Zur Sozialdemokratischen Wohnungspolitik 1919 - 1934. Mieterschutz, Wohnungsanforderung und kommunaler Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung Wiens (Wien 1976) 22.

⁴⁰⁵ Vgl. ebda. 20.

⁴⁰⁶ Ebda. 21.

⁴⁰⁷ Vgl. ebda. 19-23.

8.4.1.2. Wohnungsanforderung

Das Wohnungsanforderungsgesetz hatte seinen Ursprung in den kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzen des Jahres 1917.⁴⁰⁸ Aufgrund der akuten Wohnungsnot der Nachkriegsjahre ermächtigte der Staatsrat im November 1918 einige Gemeinden dazu, „Verfügungsmaßnahmen“⁴⁰⁹ zur Versorgung von Wohnungslosen zu treffen und Wohnungen anzufordern.⁴¹⁰ Die Gemeinde Wien beziehungsweise das Wohnungsamt der Stadt, welches die Anforderungen durchführte, hatten in den ersten Nachkriegsjahren und besonders nach Ernennung Wiens zum Bundesland im Bereich der Wohnungsanforderungen großen Spielraum.⁴¹¹ Das Wohnungsamt durfte etwa Wohnungen, die leer standen, die unbenutzt waren oder nicht ausreichend benutzt wurden, sowie solche, die gänzlich untervermietet wurden, anfordern. Die angeforderten Wohnungen wurden von der Gemeinde Wien angemietet, sodass diese dem Mieter beziehungsweise der Mieterin gegenüber als Vermieterin auftrat.⁴¹² Im Jahr 1919 wurden in Wien 4.914 Wohnungen angefordert, 1920 waren es bereits 5.975 Wohnungen. 1921 war ein sprunghafter Anstieg der Anforderungen auf 9.385 Wohnungen zu verzeichnen, den Bauböck auf die Erweiterung der Anforderungsgesetze der Wiener Landesverordnung zurückführt.⁴¹³

Die Dringlichkeit der Wohnungsansuchen wurde vom Amt mithilfe eines Punkteschemas ermittelt. So bekamen AnwerterInnen jeweils einen Punkt, wenn sie verheiratete Paare waren, Kinder hatten oder wenn die Frau schwanger war. Vier Punkte erhielten Wohnungssuchende, die in Wien geboren waren, drei Punkte bekamen diejenigen, die sich bereits vor dem 1. August 1914 in Wien aufhielten.⁴¹⁴

8.4.1.3. Wohnsituation für JüdInnen

Die Anwesenheit der rund 25.000 Kriegsflüchtlinge aus Galizien und der Bukowina nach Kriegsende in Wien spielte für die Zuspitzung der Wohnungsnot in Wien nur eine untergeordnete Rolle. Denn nur wenige Familien konnten es sich leisten, in großen Wohnungen zu leben, der Großteil der Geflüchteten lebten in beengten Wohnverhältnissen. Der Wiener Bürgermeister Jakob Reumann erläuterte in der Gemeinderatssitzung am 10.

⁴⁰⁸ Vgl. ebda. 171.

⁴⁰⁹ Wolfgang Hösl / Gottfried Pirhofer, *Wohnen in Wien 1848 - 1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens* (Wien 1988) 95.

⁴¹⁰ Vgl. ebda. S.95f.

⁴¹¹ Vgl. Rainer Bauböck, *Zur Sozialdemokratischen Wohnungspolitik 1919 - 1934. Mieterschutz, Wohnungsanforderung und kommunaler Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung Wiens* (Wien 1976) 161ff.

⁴¹² Vgl. ebda. 163f.

⁴¹³ Vgl. ebda. 166

⁴¹⁴ Vgl. ebda. 161f.

Dezember 1920, dass die „rund 23000 Personen, die sich um Aufenthaltsbewilligungen beworben haben“ in „ungeheure[r] Zusammenpferchung“ in 900 Wohnungen lebten.⁴¹⁵

Bruno Frei verfasste 1920 eine Studie, in der er die Wohnverhältnisse jüdischer Familien im zweiten und zwanzigsten Wiener Gemeindebezirk untersuchte. Die beiden Bezirke wurden bewusst ausgewählt, da dort die meisten Juden und Jüdinnen Wiens lebten. Mit der Studie über „Jüdisches Elend in Wien“ unternahm Frei den Versuch, dem vorherrschenden Vorurteil, Juden und Jüdinnen würden „weit über ihre Verhältnisse wohnen“, eine wissenschaftliche Untersuchung entgegenzuhalten.⁴¹⁶

In den beiden Wiener Gemeindebezirken wurden insgesamt 222 sogenannte Kleinwohnungen, also Wohnungen, die höchstens aus zwei Zimmern, einer Küche und einem Vorzimmer bestanden, untersucht. Dabei wurde darauf geachtet, „eine größere Anzahl von Flüchtlingswohnungen“ miteinzubeziehen.⁴¹⁷ In den 222 untersuchten Wohnungen wurden 1.416 Personen angetroffen. Da in einigen Fällen nicht alle BewohnerInnen anwesend waren, schätzte Frei die Zahl der BewohnerInnen auf mehr als 1.416.⁴¹⁸ In über einem Drittel der untersuchten Wohnungen lebten mehr als fünf Menschen in einem Wohnraum zusammen. In Wohnungen mit Zimmer und Kabinett lebten häufig fünf bis sechs Personen in einer Wohnraumeinheit, sodass im Schnitt 7,5 bis 9 Personen in einer solchen Wohnung lebten.⁴¹⁹

In 88 der 222 besichtigten Wohnungen waren zusätzlich Untermieter und Bettgeher eingemietet. Bruno Frei kommt zu dem Schluss, dass die jüdischen Geflüchteten „zu einem sehr großen Teile zu mehreren Familien in unbeschreiblicher Enge“ zusammenleben würden.⁴²⁰ Das Vorurteil, Juden und Jüdinnen würden in besseren Verhältnissen leben, entkräftet Frei wie folgt:

„Nun offenbart sich aber auch die Ursache des scheinbaren Besserwohnens der Juden. Sie haben wohl mehr von den größeren Wohnungsarten inne, aber sie vermieten sie in ungleich stärkerem Ausmaße weiter, als dies sonst geschieht. Dies beweist erstens, daß man von dem Umstand der größeren Wohnung allein, nicht unbedingt auf das bessere Wohnen der Juden in diesen Bevölkerungsgruppen schließen darf. Zweitens, daß sich die Juden der Wohlhabensgruppe, die Kleinwohnungen zu beziehen pflegt, in einer wirtschaftlichen Lage befinden, die ihnen das Weitervermieten nötig macht [...].“⁴²¹

⁴¹⁵ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Jakob Reumann vom 10. Dezember 1920, S. 721, sowie: Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995) 175f.

⁴¹⁶ Vgl. Bruno Frei, Jüdisches Elend in Wien. Bilder und Daten (Wien/Berlin 1920) 42f.

⁴¹⁷ Vgl. ebda. 43f.

⁴¹⁸ Vgl. ebda. 45f.

⁴¹⁹ Vgl. ebda. 47.

⁴²⁰ Ebda. 49.

⁴²¹ Ebda. 49.

8.4.2. Die Wohnungsnot als „Ostjudenfrage“

Da der Wohnbau ein wesentlicher Kompetenzbereich der Gemeinde Wien war, bot dieses Thema Gemeinderäten die Möglichkeit, eine Politik zu fordern und umzusetzen, die „OstjüdInnen“ gegenüber „Bodenständigen“ benachteiligte. Besonders die Christlichsoziale Partei brachte die Wohnungsnot immer wieder mit der Flüchtlingsfrage in Verbindung und gab den jüdischen Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina die Hauptverantwortung für die Knappheit an Wohnungen.⁴²² Hoffmann-Holter nennt dieses Vorgehen der rechten Partei im Bereich der Wohnpolitik und insbesondere die bewusste Überhöhung der Flüchtlingszahlen „[e]in Beispiel gezielter Manipulation“⁴²³.

Der christlichsoziale Abgeordnete Rotter verdeutlichte die Erklärungsansätze seiner Partei für die Wohnungsnot in seiner Rede vom 10. Dezember 1920:

„[E]s wurde schon diverse Male auf die wichtigste Ursache der Wohnungsnot hingewiesen, nämlich auf jene lästigen Fremden, auf jene lästigen Zuwanderer, die immer noch in Wien sind und die der bodenständigen Bevölkerung die Wohnungen wegnehmen.“⁴²⁴

Am 11. Juli 1919 wurde im Gemeinderat über die Übernahme des ehemaligen Flüchtlingslagers Steinklamm durch die Stadt Wien als Maßnahme „zur Behebung der Wohnungsnot“ diskutiert. Der christlichsoziale Gemeinderat Glasauer sprach sich für die Erwerbung des Lagers aus, allerdings nicht, um dort Wohnungen einzurichten, sondern um jüdische Flüchtlinge, die nicht aus Österreich ausreisen wollten, im Barackenlager zu internieren. So könnten 14.000 Wohnungen freigemacht werden.

„Es ist daher notwendig, für alle, welche in Wien seßhaft und Deutschösterreicher sind, Vorsorge zu treffen und Wohnungen frei zu machen. Ich will selbstverständlich nicht haben, daß Wiener, die durch das Unglück des Krieges jahrelang von der Vaterstadt weg waren, dann, wenn sich eine andere Lösung nicht finden läßt, im Flüchtlingslager in Steinklamm untergebracht werden. Ich glaube, diese Lager wurden seinerzeit für die Flüchtlinge errichtet. Solche gibt es in Wien, wenn die amtlichen Zahlen stimmen, und ich glaube, daß sie zu gering sind, noch 70.000 aus dem Kronlande Galizien und aus der Bukowina. Dazu kommt noch eine Unmenge von Flüchtlingen aus dem tschechoslowakischen Staate und aus Ungarn. Ich spreche von jenen Flüchtlingen, welche nicht Deutschösterreicher, welche nicht einmal Deutsche sind, ich meine die jüdischen Flüchtlinge. Wenn Sie annehmen, daß nur 70.000 Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina allein da sind und eine Familie aus fünf Köpfen besteht, so entspricht das einer Zahl von 14.000 Wohnungen, welche durch diese Flüchtlinge besetzt sind. Wenn diese 14.000 Wohnungen freigemacht werden würden, so könnten gewiß alle jene, welche das

⁴²² Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Hans Rotter vom 9. Jänner 1920, 156.

⁴²³ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 172.

⁴²⁴ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Hans Rotter vom 10. Dezember 1920, 716.

erste Anrecht auf eine Wohnung in Wien haben, in ihren Wünschen und Forderungen befriedigt werden.“⁴²⁵

Glasauer suggerierte in seiner Rede, dass sich in Wien 1919 weit mehr als 70.000 jüdische Geflüchtete aufhielten, was maßlos übertrieben war. Er klammerte die Tatsache aus, dass die Flüchtlinge zumeist in sehr beengten Wohnverhältnissen wohnten und stellte deren Lebensbedingungen so dar, als ob die Geflüchteten in Luxus leben würden. So fuhr Glasauer fort:

„Tausende Familien müssen in Notwohnungen untergebracht werden, müssen in Eisenbahnwaggons, in Parkanlagen schlafen; als Deutschösterreicher finden sie kein Dach über ihrem Haupt, während 70.000 Flüchtlinge allein aus Galizien in den besten und schönsten Wohnungen untergebracht sind.“⁴²⁶

Als Lösung für den Wohnungsmangel in Wien schlug der christlichsoziale Politiker die Internierung von JüdInnen aus Galizien und der Bukowina vor. Am Schluss der Debatte stellte Glasauer folgenden Antrag: „Die Gemeinde Wien erwirbt weitere Flüchtlingslager, um die jüdischen Flüchtlinge dort unterzubringen, damit die von ihnen benützten Wohnungen für die deutschösterreichische Bevölkerung frei werden.“⁴²⁷ Der Antrag wurde „hinreichend unterstützt“, um im Stadtrat behandelt zu werden.⁴²⁸

In der Rede des christlichsozialen Gemeinderates Schmitz vom 5. Dezember 1919 wird die Debatte über den Wohnungsmangel ebenfalls mit den „ostjüdischen Flüchtlingen“ in Verbindung gebracht.

„Dabei bleibt es aber doch richtig, daß es die erste, wichtigste und dringendste Aufgabe ist, den Wiener Obdachlosen ein Heim zu verschaffen (Ruf: Sehr richtig) Diese Wiener Obdachlosen verstehen es einfach nicht, wenn die Mehrheit des jetzigen Gemeinderates keinen Finger rührt, um die volksfremden Elemente aus Wien hinauszubringen. (Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.) [...] Es handelt sich- wie kürzlich bei einer Verhandlung gesagt wurde, um 8000 bis 10.000 Wohnungen, die wir brauchen, um die jetzt wirklich vollständig Obdachlosen unter Dach zu bringen. Schon im Jahre 1917 waren mehr als 7700 Wohnungen in Wien mit ostjüdischen Flüchtlingen besetzt. [...] Nun ist die Zahl von 7700 Wohnungen, die damals von Fremden, die vorher nicht in Wien ansässig waren, besetzt waren, bis heute zweifellos um ein Mehrfaches gestiegen. (Widerspruch bei der Majorität.) Daher wäre es eine Leichtigkeit, die 8000 bis 10.000 Wohnungen in Wien zu finden und für die Obdachlosen frei zu machen. (Zwischenrufe bei der Majorität: Aber gegen die Wohnungsaufnahme habt Ihr Euch ausgesprochen! — Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Weil dadurch nur Wohnungen für polnische Juden frei gemacht werden !)”⁴²⁹

⁴²⁵ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Oswald Glasauer vom 11. Juli 1919, 1882.

⁴²⁶ Ebda., 1883.

⁴²⁷ Ebda., 1889.

⁴²⁸ Ebda., 1889.

⁴²⁹ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Richard Schmitz vom 5. Dezember 1919, 3138.

Schmitz zufolge wäre die Wohnungsnot eine leicht zu lösende Angelegenheit, wäre nur der Wille da, die jüdischen Geflüchteten abzuschieben. Den SozialdemokratInnen wurde unterstellt, ihre Vorschläge zur Behebung des Wohnungsmangels würden nur polnischen Juden und JüdInnen zugutekommen.

In der Gemeinderatssitzung vom 9. Jänner 1920 forderte der christlichsoziale Gemeinderat Rotter, eine Statistik zu erstellen, aus der hervorgehe, „von wem die Wohnungen besetzt“ wären. Aus solch einer Statistik würde dem christlichsozialen Politiker zufolge hervorgehen, „daß Tausende von Menschen in Wien Wohnungen“ hätten, „die nicht Wiener, nicht einmal Deutschösterreicher“ seien. In Rotters Rede wird das Verhältnis zwischen benötigten Wohnungen und in Wien lebenden „Fremden“ besonders unausgeglichen und überzeichnet dargestellt.⁴³⁰

„Für die Wiener brauchen wir 6000 Wohnungen und die können wir nicht bekommen. Wir wissen auch, daß 130.000 Menschen diese berüchtigte Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben haben, lauter Leute, die nicht Wiener waren und jetzt hier bleiben, während die Wiener gezwungen sind, auszuwandern, um Fremden Platz zu machen. Die Wiener finden in ihrer Heimat keine Wohnung, sie müssen obdachlos herumirren, während Tausende von Fremden sich bei uns breit machen.“⁴³¹

Rotter behauptet, dass aufgrund der hohen Anzahl an Flüchtlingen österreichische StaatsbürgerInnen auswandern müssten. Das Bild des Wiener Obdachlosen wurde dem Bild des Fremden, der immer mehr Platz einnehmen würde, gegenübergestellt. Er forderte die Sozialdemokratische Partei mit Verweis auf den „Sever-Erlass“ dazu auf, „mit Ihren Verordnungen endlich einmal ernst machen“ und „jene fremden Elemente“, „die unsere Bevölkerung nur ausrauben und auswuchern“ auszuweisen.

Im Fokus der christlichsozialen Wohnpolitik stand nicht die Schaffung von neuem Wohnraum für alle Obdachlosen Wiens, sondern lediglich für „Deutschösterreicher“. Für die prekäre Situation jüdischer Geflüchteter hatte die Partei kein Mitgefühl. Der christlichsoziale Politiker Oswald Glasauer ging sogar soweit, sich in der Gemeinderatssitzung vom 12. März 1920 gegen die Unterbringung von jüdischen Kriegswaisenkindern im ehemaligen Kriegsspital Baumgarten auszusprechen. Im Zuge der Umwidmung von Baracken zu Wohnzwecken wurden diese Wohnungen für vormals obdachlose Eisenbahnbedienstete geschaffen und einzelne Baracken der Jugendfürsorge zur Verfügung gestellt. In zwei dieser Baracken der Jugendfürsorge waren jüdische Waisenkinder untergebracht. Der christlichsoziale Abgeordnete machte seinen Unmut über die Unterbringung jüdischer Waisenkinder in Steinhof kund, denn er „verwahre“ sich dagegen, „daß dort im 13. Bezirke eine

⁴³⁰ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Hans Rotter vom 9. Jänner 1920, 156.

⁴³¹ Ebda.

Judenkolonie“⁴³² entstehe. Glasauer zufolge strebe die sozialdemokratische Wiener Stadtverwaltung mit ihrer Wohnpolitik „nichts anderes an, als möglichst viele ausländische jüdische Flüchtlinge nach Wien zu ziehen“.⁴³³ Glasauer unterstellte der Sozialdemokratischen Partei, bewusst jüdische Flüchtlinge in Wien „anzusiedeln“ und sah die Unterbringung der jüdischen Kriegswaisenkinder in Hietzing als Teil dieses Vorgehens.

„Ich möchte nämlich Verwahrung dagegen einlegen, daß die hier geschaffenen Notwohnungen wieder dazu dienen, um in mißverständlicher Auffassung des Wiederbesiedlungsgesetzes zur Wiederansiedlung von polnischen und überhaupt ausländischen Juden verwendet zu werden und dadurch der ständigen Bevölkerung die Wohnungen wegzunehmen.“⁴³⁴

Am 28. Mai 1920 wurde erneut über Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot diskutiert. Der christlichsoziale Abgeordnete Roth stellte die Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei als verfehlt dar:

„Es müssen ganz andere Mittel angewendet werden und es müßten zuerst die nicht Zuständigen aus dem Osten Eingewanderten endlich einmal ausgewiesen werden. Es hat sich nämlich ergeben, daß 25.000 solcher Wohnungen von diesen und ihren Familien besetzt sind. Wenn diese ausgewiesen werden, werden wir diese Wohnungen! [sic] unserer einheimischen Bevölkerung frei bekommen [...]“⁴³⁵

Auch in Roths Rede wurde die Anzahl der von „ostjüdischen“ Geflüchteten bewohnten Wohnungen übertrieben dargestellt.

Im Sommer 1920 wurde „diesem ewigen Drängen einiger christlichsozialer Politiker“⁴³⁶ Folge geleistet und eine Verordnung erlassen, die die Ausweisung von Kriegsflüchtlingen aus ihren Wohnungen gesetzlich ermöglichte. Die sozialdemokratische Landesregierung Niederösterreichs erließ am 10. Juni 1920 eine Verordnung, die den Spielraum von Gemeinden bei der „Wohnungsanforderung“ vergrößerte und darauf abzielte, Wohnungsdelogierungen von Kriegsflüchtlingen zu ermöglichen. So heißt es in der Verordnung, dass folgende Wohnungen angefordert werden sollen:

„Wohnungen und Wohnräume, deren Mieter oder Inhaber Ausländer sind, sofern sie seit 1. August 1914 wegen Preistreiberei oder einer aus Gewinnsucht begangenen strafbaren Handlung rechtskräftig verurteilt sind oder bestraft wurden, oder sofern sie nach den Bestimmungen der Kundmachung der niederösterreichischen Landesregierung vom 9. September 1919 [...] betreffend die Abreisendmachung von Fremden [...] sich unberechtigt in der Gemeinde aufhalten.“⁴³⁷

⁴³² Ebda., Rede Oswald Glasauer vom 12. März 1920, 759.

⁴³³ Ebda., 758.

⁴³⁴ Ebda.

⁴³⁵ Ebda., Rede Heinrich Roth vom 28. Mai 1920, 1604.

⁴³⁶ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Jakob Ehrlich vom 10. Dezember 1920, 719.

⁴³⁷ Kundmachung vom 10. Juni 1920, Z. VI-840: Wohnungsanforderungen, Änderung der Kundmachung vom 30. Juni 1919, Z. I a-1677/49, L. G. und V. Bl. Nr. 160, 355. In: Österreichische Nationalbibliothek, ALEX. Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Landesgesetzblatt NÖ

In Wien trat die Verordnung im Juli 1920 in Kraft, als das Wohnungsamt eine entsprechende Kundmachung erließ, die in den Straßen der Stadt angeschlagen wurde. „[M]it Ablauf der Räumungsfrist“ galten die bestehendem Mietverträge der Betroffenen als aufgelöst.⁴³⁸

Ab Sommer 1920 stellte das Wohnungs- und Siedlungsamt der Gemeinde Wien Tausende Verfügungen aus, sogenannte „Abschaffungsbefehle“, in denen den AdressatInnen, meist galizische Geflüchtete, angeordnet wurden, ihre Wohnungen augenblicklich zu räumen.⁴³⁹

Nach österreichischem Gesetz waren die Behörden dazu angehalten, „Kranke, Transportunfähige, Greise, Schüler und Studenten, Personen in dauerndem Arbeitsverhältnis sowie Personen, welche aus kriegszerstörten Gebieten stammten, mit Aufenthaltsbewilligungen zu versehen und von Zwangsräumungen Abstand zu nehmen“.⁴⁴⁰ Die gesetzliche Vorgabe entstand vor dem Hintergrund der Beschwerde Polens vor dem Völkerbund und musste darum eingehalten werden. Diesen Regelungen wurde allerdings in der Umsetzung des Gesetzes häufig nicht Folge geleistet.⁴⁴¹

Die Praxis der neuen Verordnung spiegelte sich in den Anfragen und Reden der jüdischnationalen Abgeordneten im Gemeinderat wider. Im Herbst 1920 häuften sich die Anfragen von jüdischnationalen Gemeinderäten bezüglich unrechtmäßiger Delogierungen und brutaler Amtshandlungen von Räumungskommissaren.⁴⁴² Die „Wiener Morgenzeitung“ berichtete ebenfalls von zahlreichen gesetzeswidrigen und unmenschlichen Delogierungen.⁴⁴³ Der jüdischnationale Gemeinderat Ehrlich gab in seiner Rede am 10. Dezember 1920 Einblick in die Delogierungspraxis der Stadt Wien:

„Da werde ich Ihnen sagen, was für Leute gerade in den letzten Tagen zu mir gekommen sind. Da ist ein Elias Schloß, welcher im 9. Bezirke, Hahngasse 31, Tür 12 wohnt. Seine Wohnung besteht aus einem ehemaligen Magazin im Hofe draußen, das er sich erst zu einer sogenannten Wohnung adaptiert hat. Es war eine Kommission dort mit einem Delegierten des Stadtphysikates und diese hat erklärt,

1848-1971, online unter <<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=lg&datum=19200004&seite=00000264>> (05.01.2019).

⁴³⁸ Die Anforderungen von Wohnungen. In: *Wiener Morgenzeitung* Nr. 532 (16. Juli 1920) 4. In: Österreichische Nationalbibliothek, ANNO. Historische österreichische Zeitungen und Zeitschriften, *Wiener Morgenzeitung*, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrm&datum=19200716&query=%22Anforderung%22&ref=anno-search&seite=4>> (05.01.2019).

⁴³⁹ Vgl. ebda., sowie: Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 235f.

⁴⁴⁰ Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 236.

⁴⁴¹ Vgl. ebda. 236f.

⁴⁴² Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Anfrage Leopold Plaschkes vom 17. September 1920, 387f; sowie: ebda., Anfrage Jakob Ehrlich vom 8. Oktober 1920, 446f; sowie: ebda., Anfrage Jakob Ehrlich vom 22. Oktober 1920, 519, sowie: ebda., Anfrage Jakob Ehrlich vom 17. Dezember 1919, 771.

⁴⁴³ Vgl. Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien 1995) 235ff.

daß die Wohnung nicht benutzbar ist, aber mit Rücksicht darauf, daß sie der 65jährige Schloß mit fünf Kindern bewohnt, hat man ihm gestattet, weiter in der Wohnung zu bleiben. In diese Wohnung regnet und schneit es hinein und der Mann wird fortwährend mit der Delogierung verfolgt. [...] Ein zweiter Fall. Er betrifft Ethel Nadel, auch so eine lästige Ausländerin, sie ist nämlich Flickschneiderin und wohnt mit ihrer Tochter im 2. Bezirke, Taborstraße 11 auf einem Kabinett als Untermieterin. Auch diese Wohnung ist in letzter Zeit angefordert worden. Dann ist der Fall des Jakob Ziegler im 21. Bezirke, Karl Meißlstraße 14. Seine Frau befindet sich nach Konstatierung des Bezirksamtes Dr. Steuer im neunten Monate der Schwangerschaft und sie muß diese Elendswohnung verlassen. Leib Tepper, Georg Siglgasse 11, Tür 7, welcher mit fünf Kindern ein Kabinett und Küche bewohnt, auch eine Elendswohnung schlimmster Sorte, wird gleichfalls mit Delogierung verfolgt. [...] Ihre ganze Delogierungspraxis wendet sich fast ausschließlich gegen arme Leute, welche verfolgt werden. [...] Ich kann mich nur wiederholen, diese Delogierungen richten sich gegen die allerärmsten Leute, gegen Leute, welche Elendswohnungen haben, in die sich eine Wiener Familie nicht hineinsetzen würde. [...] Genau so war es mit den Ausweisungen und Abschaffungen. Man hat immer darauf hingewiesen, daß man Leute nicht ausweisen und abschaffen wird, welche hier einem ordentlichen Erwerb nachgehen. Ich kann der Sozialdemokratischen Partei den Vorwurf nicht ersparen, daß die sogenannte Solidarität der Arbeiterschaft Halt macht vor den jüdischen Proletariern. [...] Ich werde Ihnen Fälle nachweisen, daß Leute, welche hier in Arbeit stehen, ja sogar gewerkschaftlich organisiert sind, seit Jahren in Wien wohnen, ausgewiesen und abgeschafft worden sind. Ich will Namen anführen. Da ist zum Beispiel Frl. Elsa Berger, seit mehr als drei Jahren Kontoristin bei der Firma Josef Leinkauf – ihre Eltern sind schon vor längerer Zeit abgeschafft worden. Eine eigene Wohnung hat sie nicht, sie wohnt bei ihrer verheirateten Schwester, welche österreichische Staatsbürgerin ist. Sie hat noch zwei Schwestern hier, die auch schon seit langem mit österreichischen Staatsbürgern verheiratet sind. Dieses arme Mädchen wird ständig von der Polizei verfolgt. Noch vor zwei bis drei Wochen verging keine Nacht, an der nicht ein Wachmann in die Wohnung des Mädchens eindrang, um es von Wien abzuschaffen. [...] Es hat der Herr Bürgermeister als Landeshauptmann erklärt und auch der Herr Roth hat darauf hingewiesen, daß man jenen Leuten einen Schutz angedeihen lassen soll, die hier die Wohnungsnot nicht vergrößern und einem ordentlichen Erwerbe nachgehen, also Leute, die man nicht als lästige Auswanderer betrachten kann. [...] gerade in dem vorerwähnten Falle des Elias Schloß ist das sehr deutlich geworden. Da hat der christlichsoziale Räumungskommissär selbst zugegeben, daß die Wohnung unbewohnbar ist, er hat aber erklärt, daß er nichts machen könne, weil er die Weisung habe, die Wohnung zu räumen. [...] Wir werden uns unter keinen Umständen damit abfinden, daß gegen die Flüchtlinge in so brutaler Weise vorgegangen wird, wie es gerade in der letzten Zeit der Fall ist.”⁴⁴⁴

Selbst die grausame Praxis der Wohnungsdelogierungen stimmte einige rechte Politiker nicht um. So entgegnet der Abgeordnete Kunschak beispielsweise auf die Rede Ehrlichs:

„Aber ich möchte den Herrn Kollegen Ehrlich doch auch bitten – ich kann nicht Namen und Adressen anführen und Ihnen vor Augen stellen, das ist auch gar nicht notwendig – nur einmal in die Bezirke zu gehen, in welchen das Wiener bodenständige Arbeitervolk wohnt; bemühen Sie sich und Sie werden finden, daß dieser Fall von dem alten Schuppen, der notdürftig zu einer Wohnung adaptiert wurde, und in den es hineinschneit und hineinregnet, sich tausendfach vervielfältigen lassen würde, aber mit dem Unterschiede, der sich daraus ergibt, daß in diesen

⁴⁴⁴ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Jakob Ehrlich vom 10. Dezember 1920, 718f.

Schuppen bodenständige Leute wohnen, Leute, die hier zuhause sind (Zustimmung rechts), die Generationen hindurch hier zuhause sind und immer ehrlich und redlich ihrem Erwerb nachgegangen sind und noch nachgehen, und die nur durch die Ungunst der Verhältnisse in solche Wohnräume hineingezwungen worden sind, daß ihre Behausungen nicht mehr als Wohnungen angesehen werden können, die für Menschen dienen sollen, die von empfindsamen Menschen nicht einmal mehr als Wohnungen für Tiere genügen könnten. [...] In diesen Elendsquartieren wohnen Zehntausende derjenigen Bevölkerung, die bodenständig ist; und wenn Sie Mitleid mit den jüdischen Flüchtlingen aufbringen, die sich in so rauher Lage befunden, können sie Ihre Mitleid der bodenständigen Bevölkerung, die oft unter weit ungünstigeren Verhältnissen lebt, nicht verweigern und darum wird es ihnen nicht schwer sein, den Uebergang zu finden zur Beurteilung, welche diese Frage findet. Die Masse derer, die in so elenden Hütten und Löchern eingepfercht ist, sieht nicht die kleine Zahl der Flüchtlinge, die in eben solchen Elendslöchern hausen, sondern sie sieht die große Masse derer, die geradezu in Wien eine unerhörte Lebensführung an den Tag legen. Und wir werden hier versucht, durch einzelne Elendsbilder, die Mitleid verdienen, zum allgemeinen Mitleid gebracht zu werden und sollen in diesem Mitleide gegenüber den Flüchtlingen das berechtigte Mitleid und das Pflichtgefühl gegen unsere eigenen Volksgenossen ersticken lassen.“⁴⁴⁵

Dem Elend der jüdischen Flüchtlinge wird das Elend der „bodenständigen“ Bevölkerung gegenübergestellt und es dadurch relativiert. Doch immerhin gab Kunschak in seiner Rede zu, dass die Flüchtlingsfrage nicht die Wohnungsknappheit in Wien lösen würde.

„Die Wohnungsfrage und die Flüchtlingsfrage haben gewiß einen ursächlichen Zusammenhang, und es wäre verfehlt, annehmen zu wollen, daß man mit der Beseitigung aller Flüchtlinge die Wohnungsfrage ihre Lösung gefunden hätte. Sie wird dadurch zweifellos eine Erleichterung finden, aber nicht die Lösung, weil es sich ja nicht um einige Tausende, sondern um Zehntausende von Wohnungen handelt, die wir benötigen, um nur ein wenig den Ausgleich zwischen Bedürfnis und faktisch vorhandene Wohnungen finden zu können.“⁴⁴⁶

Die Notwendigkeit der Ausweisung der Flüchtlinge, so fuhr Kunschak fort, sei den „üblen Lebensgewohnheiten“ der Flüchtlinge geschuldet. Nachdem über zwei Jahre immer wieder der Zusammenhang zwischen der Wohnungsnot und der Anwesenheit von jüdischen Flüchtlingen behauptet wurde, wurde nun, da die Demagogie zur Delogierung der Flüchtlinge geführt hatte, ein anderes Thema zur Hetze gegen „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ herangezogen.

⁴⁴⁵ Ebda., Rede Leopold Kunschak vom 10. Dezember 1920, 724.

⁴⁴⁶ Ebda. 722.

8.5. Ökonomische Argumentationslinien

Die schlechte wirtschaftliche Situation zu Beginn der Ersten Republik wurde in einigen Reden, besonders von christlichsozialen Gemeinderäten, mit der Anwesenheit der jüdischen Geflüchteten in Verbindung gebracht. Der Ressourcenengpass und die Lebensmittelknappheit, die die Teilung des Wirtschaftsraumes des Habsburgerreiches für die deutschsprachigen Gebiete zur Folge hatte, wären von den etwa 25.000 JüdInnen aus Galizien und der Bukowina verursacht worden.

8.5.1. Wirtschaftliche Konkurrenz

Die „OstjüdInnen“ wurden im Gemeinderat als „Konkurrenz“ beschrieben, die in Wien „schon das ganze Geschäftsleben lahmgelegt“ hätten.⁴⁴⁷ Beispielhaft für diese Wahrnehmung ist die Rede des christlichsozialen Abgeordneten Leopold Doppler. Als Reaktion auf Kritik des jüdischnationalen Abgeordneten Plaschkes am Antisemitismus der christlichsozialen Partei drehte Doppler das Bedrohungsszenario um. Nicht die Christlichsoziale Partei würde gegen Juden und Jüdinnen vorgehen, sondern Juden und Jüdinnen, besonders die „OstjüdInnen“, würden die Deutschösterreicher bedrohen und verdrängen.

„Es ist zum Beispiel nicht uninteressant, daß er [Anm. Barbara Gruber: der Abg. Plaschkes] gemeint hat, die Christlichsozialen hätten die Untergrabung der jüdischen Existenzen auf ihrem Gewissen. Wenn wir uns ein bißchen umschaun, wie es mit diesen Untergrabungen aussieht, werden wir ganz andere Gedanken über diese Ausführungen bekommen. Ein einziger Blick in das Grundbuch wird Ihnen zeigen, um wie viele Hunderte und Tausende sich die Namen der jüdischen Hausbesitzer vermehrt haben. Ein Blick in das Firmenregister wird Ihnen zeigen, um wie viel größer die Zahl der jüdischen Firmeninhaber geworden ist. Und wenn Sie sich ein bißchen die verschiedenen Steuervorschreibungen anschauen, werden Sie sehen, wo diejenigen zu finden sind, die die untergrabenen Existenzen sein sollen, welche einzig und allein die großen Kriegsgewinnsteuern vorgeschrieben bekommen. Ich meine der Herr Dr. Plaschkes hat ein sehr undankbares Thema angeschlagen, wir wissen aus den Zurücklegungen der Gewerbescheine, daß Tausende und aber Tausende arische Gewerbetreibende im Kriege zugrunde gegangen sind, während Tausende ehemalige jüdische Hausierer Millionäre geworden sind und Ringstraßenhäuser besitzen. (Händeklatschen rechts.)“⁴⁴⁸

Dieselbe Argumentationslinie vertritt auch der christlichsoziale Abgeordnete Karl Rummelhardt in einer Anfrage vom 24. April 1919, in der er die Abschiebung der jüdischen Geflüchteten fordert. Den Wienern und Wienerinnen, so Rummelhardt, erscheine „es ganz und gar unerträglich, sich weiterhin durch polnische Juden, die ungehindert heimkehren

⁴⁴⁷ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Oswald Glasauer vom 12. März 1920, 758.

⁴⁴⁸ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Doppler vom 09. Oktober 1920, 466.

könnten, die kargen Nahrungsmittelrationen für sich und ihre Familien noch mehr verkürzen und die Wohnungsnot in Wien noch mehr vergrößern zu lassen.“⁴⁴⁹

Den jüdischen Geflüchteten wird unterstellt, sie würden die Knappheit der Lebensmittel absichtlich in Kauf nehmen, obwohl sie ungehindert nach Polen zurückkehren könnten. Der Abgeordnete stellt sich dabei als Sprecher im Namen der Wiener Bevölkerung dar. Die „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ seien allerdings mehr als bloße KonkurrentInnen um knappe Ressourcen, sie seien Profiteure der schlechten wirtschaftlichen Lage. So heißt es weiter:

„Die Wiener haben es satt, in dieser schweren Zeit weiter Leute unter sich zu dulden, von denen sich die Mehrzahl durch einen schwunghaft betriebenen Schleichhandel mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsgegenständen in die Lage versetzt hat, in Wien Zinshäuser und Villen anzukaufen, Geschäfte zu etablieren und unsere einheimischen Gewerbetreibenden während der Zeit, da dieselben für das Vaterland kämpften, aus den Werkstätten und Geschäftsläden auszumieten. In Tausenden von Betriebsstätten, die vor dem Kriege Wiener Geschäftsleute innehatten, sitzen heute polnische Juden.“⁴⁵⁰

Man lasse die polnischen Juden, so Rummelhardt „im Besitze ihrer schwindelhaft erworbenen Vermögen“ und finde es „für selbstverständlich, sie in den von den unredlichen Kriegsgewinnern erworbenen Palästen, Zinshäusern und Villen unbehelligt zu belassen“.⁴⁵¹

Die jüdischen Flüchtlinge wurden in der Anfrage gleichzeitig als „Bedrohung von ‘oben’ und von ‘unten’“ dargestellt.⁴⁵² Auf der einen Seite würden sie durch ihre vermeintlich große Anzahl die Ressourcen verknappen, auf der anderen Seite wären sie im Laufe des Krieges zu Millionären geworden. Der Wiener Bevölkerung, die im Kleingewerbe und -handel arbeite, wird die Klammer des armen und des reichen Juden gegenübergestellt. Als diametraler Gegensatz zum deutschösterreichischen Kämpfer und Kriegsverlierer wird der jüdische Kriegsgewinner konstruiert.

8.5.2. Der mittellose Flüchtling als „reicher Schieber“

In der Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember 1920 behauptete der christlichsoziale Abgeordnete Kunschak, man könne zwischen mittellosen Flüchtlingen und reichen Schiebern nicht unterscheiden. Denn Kunschak zufolge würden „Schieber oft eine ganz bescheidene Wohnung haben“.⁴⁵³

⁴⁴⁹ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Anfrage Karl Rummelhardt vom 24. April 1919, 1015.

⁴⁵⁰ Ebda.

⁴⁵¹ Ebda.

⁴⁵² Matthias Falter / Saskia Stachowitsch, Antisemitismus und jüdische Politik im Parlament. In: Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im Österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017) 93-208, hier: 101.

⁴⁵³ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Kunschak vom 10. Dezember 1920, 723.

„Der Schieber ist reich, er könnte sich eventuell alles leisten, er ist aufreizend, protzenhaft bis über alle Grenzen hinaus, er kleidet sich mit allen Torheiten, welche die Mode nur erfinden kann, er glänzt und brilliert nach außen (GR. Dr. Plaschkes: Jeder Schieber, nicht nur der jüdische allein!), aber in dem Augenblicke, wo die eigentliche Kultur des Menschen zum Ausdruck kommt, in seinem eigenen Heime, dort ist er das unter allen Errungenschaften der Kultur stehende Individuum. Er springt aus dem Auto, wirft den feinen Pelz ab, legt die Brillantringe ab und begibt sich dann in einen Schweinestall, in welchem er morgen wieder munter wird, um, angetan mit allen Kostbarkeiten, die er sich leisten kann, wieder vornehm aufzutreten. (Zustimmung rechts.) Die Steuerbehörde könnte Ihnen darüber einiges erzählen. Ich kenn einen Fall, bei dem einem solchen Schieber 75.000 K. Kriegszuschlag vorgeschrieben wurden; gegen ihn wurde Exekution geführt und da stellte sich heraus, daß der Mann nur eine Küche und Kabinett bewohnte, ein Mann, von dem die ganze Welt wußte, daß er vielfacher Millionär geworden ist. Man hat ihm schließlich seine goldene Uhr wegnehmen wollen und da war in der Uhr eingraviert, daß sie Eigentum des Uhrmachers ist und ihm nur leihweise zur Verfügung gestellt wurde. (Lebhafte Heiterkeit.) Geschützt auf diese Weise nach jeder Richtung und unfassbar, hat er aber doch eine Lebensführung an den Tag gelegt, wie sie sich nur mehrfache Millionäre leisten können. [...] Es ist ungeheuer schwer, hier, ich möchte sagen, die Perlen von den Schweinen zu trennen. Es gibt keinen richtigen Anhaltspunkt, es gibt keinen Gradmesser, um hier zu einer richtigen und sachlich gerechtfertigten Entscheidung zu gelangen.“⁴⁵⁴

Kunschak suggeriert, dass jeder „ostjüdische“ Geflüchtete potentiell ein reicher Schieber sein könnte. Die ärmlichen Verhältnisse, in denen viele jüdische Flüchtlinge leben, werden als Merkmal der „ostjüdischen“ Kultur naturalisiert. Die „eigentliche Kultur“ der polnischen JüdInnen wurde von Kunschak mit dem Bild eines Schweinestalls in Verbindung gebracht. Der sozialdemokratische Gemeinderat Siegel pflichtete Kunschaks Ausführungen bei. So äußerte er sich folgendermaßen über jüdische Geflüchtete:

„Dabei ist auch zu erwägen, ob der bloße Augenschein allein schon über die Vermögensverhältnisse dieser Leute, die zum großen Teile aus Ostgalizien stammen, sofort Aufschluss gibt. Die Leute stammen ja in der Regel aus einem Milieu, das wir bei unserer mehr westeuropäischen Kultur nicht ganz verstehen [...]“⁴⁵⁵

Siegel sah in diesem Punkt keine Unterschiede zwischen der Linie der Christlichsozialen und der Sozialdemokratischen Partei:

„[I]ch meine, es wird unsere Aufgabe sein, den Weg zu suchen, daß wir diese gemeinsame Meinung am besten dadurch ausdrücken können, daß wir die wirklich parasitären Existenzen, und die gibt es nicht nur unter denen, die mit 75.000 K.-Pelzen herumspazieren, sondern auch unter jenen, die in schmutzigen Kaftanen herumlaufen (Rufe: Sehr richtig!) und die ebenso parasitäre Existenzen sind, die keinen ordentlichen Erwerb nachweisen können, endlich abschieben. Auch diese, die wie die 75.000 K.-Pelzmenschen mit großen Schiebern, sich mit schmutzigen kleinen Schiebereien abgeben und keine wirklich produktive Arbeit leisten, muß man abschieben.“⁴⁵⁶

⁴⁵⁴ Ebda. 723f.

⁴⁵⁵ Ebda., Rede Franz Siegel vom 10. Dezember 1920, 726.

⁴⁵⁶ Ebda.

8.5.3. Von „Wucher“, „Schleichhandel“ und „Preistreiberei“

„Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ wurden in den Debatten als „wirtschaftliche Schädlinge“ bezeichnet und häufig mit den Begriffen „Wucher“, „Schleichhandel“, und „Preistreiberei“ in Verbindung gebracht. So heißt es beispielsweise in der Rede des christlichsozialen Abgeordneten Rotter in Anspielung auf den „Sever-Erlass“: „Bekanntlich wurde im September eine Verordnung erlassen, daß jene fremden Elemente auszuwandern haben, die unsere Bevölkerung nur ausrauben und auswuchern.“⁴⁵⁷

In einigen Debatten über Schieberei und Schleichhandel wurde von Seiten der deutschnationalen und christlichsozialen Parteien behauptet, nur Juden und Jüdinnen würden dieser Tätigkeit nachgehen.⁴⁵⁸ Schieberei wurde sogar als „jüdischer Sport“⁴⁵⁹ bezeichnet.

Leopold Kunschak stellte „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ in einer Anfrage als „fremdländische[...] Schädlinge“ dar, die die Wirtschaft des Landes ruinieren würden.⁴⁶⁰

„Es befinden sich noch Tausende von sogenannten Flüchtlingen und anderen Zuwanderern aus dem Osten, meistens Ostjuden, in unserer Stadt, die durch Schiebungen, Kettenhandel und Mißbräuche aller Art für die einheimische Bevölkerung und ihre Wirtschaft eine dauernde Gefahr bilden und ihre Geduld auf eine harte Probe stellen. Bei dem entsetzlichen Mangel an Lebensmitteln und den notwendigsten Bedarfsgegenständen und einem schreienden Wohnungselend belasten diese unerwünschten Gäste aufs schwerste unsere Stadt und tragen durch ihre Anwesenheit und ihr Treiben dazu bei, daß sich die Lebensverhältnisse in Wien mehr und mehr kritisch gestalten.“⁴⁶¹

Kunschak behauptet, die jüdischen Geflüchteten würden nicht bloß mit ihrer Anwesenheit die Ressourcen verknappen, sondern aktiv durch ihre Handlungen eine Gefahr für die Wirtschaft darstellen.

8.5.4. „Vergiftung der Wirtschaft“

Eine häufig aufzufindende Argumentationslinie lautete, die Abschiebung der jüdischen Weltkriegsflüchtlinge aus Nordosteuropa würde nicht bloß eine Lösung für die Lebensmittelknappheit bieten, auch die „vergiftete“ Wirtschaft würde durch deren Fernbleiben „gesund“.

„Das wird nicht nur zur Entlastung unserer Wohnungsnot beitragen, sondern es werden auch im Handel, wenn die polnischen Juden wieder verschwinden, gesündere Verhältnisse eintreten. Die Tarnopoler Moral, die insbesondere den

⁴⁵⁷ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Hans Rotter vom 9. Jänner 1920, 156.

⁴⁵⁸ Vgl. Ebda., Rede Josef Erntner vom 11. Juni 1920; sowie ebda., Zwischenrufe in der Rede Leopold Plaschkes vom 30. März 1920, 1004ff.

⁴⁵⁹ Ebda., Zwischenruf in der Rede Leopold Plaschkes vom 30. März 1920, 1006.

⁴⁶⁰ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Anfrage Leopold Kunschak vom 28. November 1919, 3088.

⁴⁶¹ Ebda.

Handel mit den wichtigsten Bedarfsartikeln in Wien so vergiftet hat, wird nicht wieder zu Kettenhandel und Preistreiberei ausarten, und wir werden wieder zu glücklicheren Verhältnissen in volkswirtschaftlichen aber auch in politischer Beziehung zurückkehren.“⁴⁶²

In der Rede wird ein vermeintlich gesunder Wirtschaftskörper Deutschösterreichs suggeriert, der von jüdischen Flüchtlingen vergiftet werden würde. Die Assoziation von „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ mit Krankheit und Vergiftung taucht in den Debatten öfters auf. Auch die christlichsoziale Politikerin Wielsch bediente sich in ihrer Rede antisemitischer Körper-Allegorien:

„Es muß das Geld herangezogen werden, welches durch Wucher und Schleichhandel aus dem Marke des Volkes gezogen worden ist, es muß das Geld jener herangezogen werden, die das Volk ausgewuchert haben (Lebhafte Zustimmung) [...]“.⁴⁶³

„Wucher“ und „Schleichhandel“, nicht wirtschaftliche Konjunkturen, die Niederlage im Krieg oder die Zerstückelung des Wirtschaftsraumes des Habsburgerreiches seien also verantwortlich für die missliche ökonomische Lage.

8.6. „Eine kulturelle Frage der christlichdeutschen Kultur“⁴⁶⁴

Leopold Kunschak stellte die Ablehnung von „OstjüdInnen“ in seiner Rede vom 10. Dezember 1920 als eine Haltung dar, die nichts mit antisemitischer Gesinnung zu tun habe, sondern dem Schutz der „christlichdeutschen Kultur“ diene.

„Ich habe bei anderer Gelegenheit erklärt, daß ich die Frage der Ostjuden nicht als eine politische Frage und nicht als eine Frage des Antisemitismus ansehe. Ich betrachte sie als eine kulturelle Frage der christlichdeutschen Kultur, die durch die Lebensauffassung und Lebensführung der Flüchtlinge auf das allerschwerste bedroht ist. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)“⁴⁶⁵

Die „christlichdeutsche Kultur“ wäre allerdings nicht nur von einer anderen Kultur bedroht, sondern von der „entarteten“ Kultur der „OstjüdInnen“, der Kunschak den Status von Kultur absprach.

„Es ist aber leider die Erfahrung eine solche, daß der überwiegend größere Teil der Flüchtlinge eine Lebensführung und Lebensgewohnheiten an den Tag legt, für die innerhalb der Wiener Bevölkerung nicht nur kein Verständnis gefunden wird, sondern die sich die Wiener Bevölkerung eben als unerträglich aufdrängen, weil diese Lebensführung und Lebensauffassung nur als eine Entartung der geschäftlichen und gesellschaftlichen Moral qualifiziert werden kann (Ruf: Sehr gut) und weil die Summe dessen, was die Resultate dieser Lebensauffassung und Lebensführung darstellt,

⁴⁶² Ebda., 1883.

⁴⁶³ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Marie Wielsch vom 9. Jänner 1920, 141.

⁴⁶⁴ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Kunschak vom 10. Dezember 1920, 722.

⁴⁶⁵ Ebda.

eine Verseuchung und Verpestung des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens ist, die nach alledem, was der Krieg und dazu der Zusammenbruch verschuldet hat, eben nicht ausgestanden werden kann.“⁴⁶⁶

Nicht etwa die Andersartigkeit oder Fremdheit der Kultur wird von Kunschak angeprangert, sondern eine „Entartung“, eine „Verseuchung und Verpestung“.⁴⁶⁷ Er bezeichnete die „OstjüdInnen“ als den „entarteten Teil des Judentums“, der „üble[] Lebensgewohnheiten“ an den Tag legen würden.⁴⁶⁸

„Es müßte einer blind sein, wenn er nicht durch die unerhörte Aufdringlichkeit aufmerksam gemacht werden würde, daß man es hier mit einer ganz besonderen Spezies von Menschen zu tun hat. Diese Leute fallen auf. Sie begegnen unserem Volke ja überall, sie begegnen ihm in jedem Theater, in jedem Konzertsale – mich selber dürfen Sie nicht fragen, weil ich nicht zu jener Sorte von Wienern gehöre, aber andere Leute, die Wert darauf legen, an einem Sonn- oder Wochentage zum alten gemütlichen Wiener Heurigen zu gehen, werden es Ihnen sagen, daß auch diese Atmosphäre völlig verpestet ist durch die Flüchtlinge, Schieber und Schleichhändler, die glauben, daß alles ihnen gehört und daß ihrer Vergnügungssucht keine Grenzen gezogen sind.“⁴⁶⁹

Kunschak assoziierte „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ mit einem ausschweifenden, exzessiven Lebensstil und kultureller Zügellosigkeit. Die Ablehnung der Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina sei keine Hetze, sondern eine Reaktion auf die Lebensführung der Geflüchteten:

„Es ist nicht Demagogie, es ist der Aufschrei eines notleidenden Volkes gegenüber so unerhörten Ausschreitungen und Entartungen, der Lebensauffassung von Menschen, die noch dazu dem eigenen Volke nicht angehören. Sie täuschen sich alle, ob Sie nun im Lager der Zionisten stehen, ob Sie durch Herrn Dr. Schwarz-Hiller vertreten sind, oder durch den Herrn Bürgermeister Reumann. Es ist eine gefährliche Täuschung, wenn Sie glauben, daß dieser Gegensatz, dieser immer mehr und mehr aufflammende Gegensatz, der sich bis zum leidenschaftlichen Haß verdichtet, nur eine Eigenschaft der Antisemiten sei oder der Leute, die von Antisemiten verhetzt worden sind. Nein, die besten sozialdemokratischen Arbeiter finden Sie mit einer Leidenschaftlichkeit, mit der jeder Antisemit die Konkurrenz aufnehmen kann, in der Ostjudenfrage Stellung nehmen und mit allem Nachdrucke verlangen sie, daß die Ostjudenfrage endlich zur Lösung komme.“⁴⁷⁰

Kunschak zufolge sei der Hass gegen „Ostjuden“ und „Ostjüdinnen“ eine vermeintlich gesunde Reaktion des österreichischen Volkes. Er grenzt die „Ostjudenfrage“ von Fragen um Antisemitismus ab, die Abschiebung der jüdischen Flüchtlinge sei eine Sache aller Wiener und Wienerinnen, auch der jüdischen. Denn der christlichsoziale Politiker stellte den „Teil der Ostjudenschaft, die über keine Moral verfügen“ als „vollständig entartetes – ich will

⁴⁶⁶ Ebda.

⁴⁶⁷ Ebda.

⁴⁶⁸ Ebda.

⁴⁶⁹ Ebda., 723.

⁴⁷⁰ Ebda.

gar nicht sagen jüdisches – sondern ganz entartetes Geschlecht überhaupt” dar.⁴⁷¹ Die Aufteilung zwischen „OstjüdInnen” und „WestjüdInnen” ermöglicht es Kunschak, eine gemeinsame Front gegen die jüdische Flüchtlinge aus Nordosteuropa zu konstruieren um einen Konsens im Gemeinderat zu erzielen.

„Ich selbst glaube empfehlen zu dürfen, daß der Frage, die jetzt wider Erwarten den Gemeinderat beschäftigt, der giftige Stachel genommen werden könnte, wenn der Widerstand im Kampfe gegen die Ostjuden aufhört und wenn sich ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Parteien einschließlich der Juden ergeben würde, um diesen Exzessen, die sich in Wien vor unseren Augen abspielen, endlich einmal ein Ende zu bereiten.”⁴⁷²

Kunschak geht sogar so weit, die Wiener Juden und Jüdinnen in die Verantwortung zu ziehen, eine „Lösung” in der „Ostjudenfrage” zu finden, um Gewalt gegen Juden und Jüdinnen zu verhindern.

„Es ist das eine Frage nicht des Antisemitismus, sondern eine Frage der Sitte und der Kultur. Und da das jüdische Volk auch nicht ohne Sitte und Kultur ist, wäre es auch seine Pflicht, hier mitzuarbeiten, um endlich eine Lösung zu finden, die es ermöglicht, ohne daß wir tief in die Barbarei hinabsteigen müssen, den Frieden in der Stadt wieder herstellen zu können.”⁴⁷³

Es sei die Aufgabe der Juden und Jüdinnen, dieser „Entartung”, die es unter den „OstjüdInnen” gäbe, Einhalt zu gebieten. In der Passage wird außerdem unterstellt, dass die jüdischen Geflüchteten selbst an der Gewalt gegen sie Schuld hätten. Nicht die Bevölkerung, die durch die antisemitischen Reden der rechten Parteien aufgehetzt wurde, sei verantwortlich für ihr gewalttätiges Verhalten, sondern die Juden und Jüdinnen.

8.7. Krankheitsmethapern

Jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina wurden in Reden antisemitischer PolitikerInnen häufig mit ansteckenden Krankheiten in Verbindung gebracht. So machte Leopold Kunschak etwa die Anwesenheit von „ostjüdischen Waisenkindern” in Wien für die schlechten Zustände im Waisenhaus in der Brunnengasse verantwortlich.

„Nachdem aber überdies im Verlaufe des Krieges Kinder überstellt worden sind, die nicht in einem Zustande sich befunden haben hinsichtlich der Reinlichkeit und Gesundheit, der ohne weiteres akzeptabel war, sondern vielfach Kinder überbracht wurden, die schon schwerkrank, mit Infektionskrankheiten behaftet und verlaust waren, so hat sich natürlich in kurzer Zeit auch herausgestellt, daß die ganze Anstalt verseucht worden ist.”⁴⁷⁴

⁴⁷¹ Ebda.

⁴⁷² Ebda., 724.

⁴⁷³ Ebda. 723.

⁴⁷⁴ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1920, Rede Leopold Kunschak vom 12. März 1920, 764.

Begriffe wie „verseucht“ und „krank“ wurden mit den jüdischen Geflüchteten assoziiert, während die Begriffe „gesund“ und „rein“ mit „DeutschösterreicherInnen“ in Verbindung gebracht wurden. Von den „OstjüdInnen“ würde die Bedrohung ausgehen, die Wiener Bevölkerung mit Krankheiten anzustecken. Der medizinische Wortgebrauch wurde von antisemitischen PolitikerInnen auf gesellschaftspolitische Themen übertragen. Die jüdischen Geflüchteten würden nicht nur die Bevölkerung mit Krankheiten „verseuchen“, sondern auch die Kultur und den Handel.

So behauptete beispielsweise Leopold Kunschak in einer Rede, das „Ostjudentum“ sei von einer Krankheit befallen. Man müsse feststellen, so Kunschak, „wie weit die Krankheit gediehen ist“ und solle „versuchen, das, was verseucht und verdorben ist, auszuschneiden“.⁴⁷⁵ Der negative Blick auf die jüdischen Geflüchtete Galiziens und der Bukowina sei keine antisemitisch aufgeladene Verzerrung, sie sei kein Resultat von systematischer Hetze, sondern das Ergebnis einer Krankheit, die die „ostjüdische Kultur“ befallen hätte. Mit dem Vergleich zu Krankheiten wurde suggeriert, dass die „Entartung“ der jüdischen Weltkriegsflüchtlinge ansteckend sei und aufgehalten werden müsse, um nicht die ganze Stadt zu infizieren. Die „gesellschaftliche Atmosphäre“ würde, so Kunschak, durch die Ausweisung der JüdInnen aus Galizien und der Bukowina „von den vergiftenden und zersetzenden Miasmen, die ein entarteter Teil des Judentums über unsere Stadt gebracht hat“ „gereinigt“ werden.⁴⁷⁶

Die Verwendung der Metapher der „Krankheit“ war auch abseits der Debatten über Geflüchtete Teil der antisemitischen Rhetorik. So meinte beispielsweise der christlichsoziale Politiker Schmitz mit Bezugnahme auf die Assimilation von Juden und Jüdinnen in Ungarn:

„Das Ergebnis dieses Zustandes ist, daß die Magyaren dies nun an ihrem eigenen Leibe spüren müssen, weil sie nicht rechtzeitig genug die nationale Kraft aufgebracht haben, um die Fremdkörper aus ihrem Blute zu entfernen.“⁴⁷⁷

Das Judentum würde, so Schmitz, die „Rolle des Krankheitserregers“ einnehmen, der „den Geist“ von Nationen „verdorben“ hätte.⁴⁷⁸

⁴⁷⁵ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Kunschak vom 10. Dezember 1920, 723.

⁴⁷⁶ Ebda., 724.

⁴⁷⁷ Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Richard Schmitz vom 27. Juni 1919, 1635.

⁴⁷⁸ Ebda.

9. Resümee

Die Untersuchung der Debatten im Wiener Gemeinderat veranschaulicht, dass zu Beginn der Ära des „Roten Wien“ regelmäßig antisemitische Reden über die Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina gehalten wurden. Antisemitismus war im Wiener Gemeinderat auch in einer Phase, in der das Dritte Lager mit zwei Mandaten nur schwach vertreten war, weit verbreitet. So zeigt sich etwa, dass das Wort „Jude“ meist als Beschimpfung oder in einem negativen Bedeutungszusammenhang verwendet wurde. Es war Teil des politischen Repertoires der Gemeinderatsmitglieder, Juden und JüdInnen abzuwerten und antisemitische Rhetorik zu verwenden. Antisemitismus war im Jahr 1919, wie aus Kapitel 3 und 4 der Arbeit hervorgeht, bereits ein fester Bestandteil der politischen Kultur Österreichs. Zu Beginn der Ersten Republik war die Stimmung innerhalb der Bevölkerung besonders antisemitisch aufgeladen und gewaltbereit, Angriffsziel waren meist die jüdischen Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina. PolitikerInnen des Wiener Gemeinderates griffen diese Stimmung auf und bedienten und schürten sie in ihren Reden.

Die Positionen der Parteien im Diskurs

Aus der Untersuchung der Gemeinderatssitzungen geht hervor, dass die Christlichsoziale Partei hauptverantwortlich für die Hetze gegen die jüdischen Geflüchteten war. Zwar äußerten sich auch deutschnationale Abgeordnete antisemitisch über „OstjüdInnen“, doch die weitaus stärker vertretenen Christlichsozialen dominierten den Diskurs. Die Sozialdemokratische Partei bediente sich ebenfalls antisemitischer Rhetorik, bezog diese allerdings selten auf jüdische Geflüchtete, sondern auf die vermeintliche wirtschaftliche Macht von reichen JüdInnen. Der Mandatsverlust der Christlichsozialen nach den Wahlen im Mai 1919 von 84 auf 50 Sitze dämmte den Antisemitismus im Wiener Gemeinderat nicht ein. Vielmehr war es Teil der christlichsozialen Oppositionspolitik, Stimmung gegen die Flüchtlinge zu machen, um die Sozialdemokratie und ihren Regierungsstil zu diskreditieren. Die rechten Parteien konstruierten das Szenario einer „Ostjudengefahr“ und forderten auf Basis dessen ein restriktiveres Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei. Teil ihrer politischen Strategie war es, der Sozialdemokratie eine Nähe zu den jüdischen Geflüchteten zu unterstellen. Aus der Untersuchung geht hervor, dass die sozialdemokratische Stadtregierung einigen Forderungen der rechten Parteien schließlich nachging.

Im Gemeinderat gab es zu Beginn der Ersten Republik allerdings auch Stimmen, die sich gegen Antisemitismus einsetzten. Jüdischnationale Gemeinderatsmitglieder brachten im Verhandlungszeitraum öfters Anträge und Anfragen ein, in denen die Diskriminierung von jüdischen Geflüchteten aufgezeigt und kritisiert wurde. Die Anträge stießen für gewöhnlich auf wenig zustimmenden Widerhall und wurden von christlichsozialen und

deutschnationalen Abgeordneten regelmäßig zum Anlass genommen, um ihrem aggressiven Antisemitismus Ausdruck zu verleihen. Kritik an Antisemitismus war im Gemeinderat des „Roten Wien“ eindeutig in der Defensive. Antisemitische PolitikerInnen konnten häufig unkommentiert ihre Hetze betreiben. Nur wenige Gemeinderatsmitglieder reagierten in ihren Reden auf antisemitische Aussagen ihrer VorrednerInnen. Vor allem Abgeordnete der jüdischnationalen und der liberalen Partei widersprachen den judenfeindlichen Äußerungen anderer Gemeinderatsmitglieder. Auffällig war bei der Analyse der Debatten, dass sich fast nur Abgeordnete jüdischer Konfession gegen Antisemitismus einsetzten. Die zwei, beziehungsweise drei jüdischnationalen Gemeinderatsmitglieder standen einer weitaus größeren Anzahl antisemitischer christlichsozialer und deutschnationaler Mitglieder gegenüber, die die Deutungshoheit zum Thema Antisemitismus innehatten. Die defensive Position von Abgeordneten, die sich gegen Antisemitismus einsetzten, ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass kaum ein sozialdemokratischer Politiker oder eine sozialdemokratische Politikerin für die Anliegen der jüdischen Geflüchteten Partei ergriff. In vielen Debatten über „OstjüdInnen“ verhielt sich die Sozialdemokratische Partei entweder passiv, oder äußerte sich selbst fremdenfeindlich und antisemitisch. So konnten antisemitische Aussagen im Wiener Gemeinderat zu Beginn der Ära des „Roten Wien“ ungehindert und unwidersprochen getätigt werden. Insofern trifft Joseph Roths Interpretation des Verhältnisses der politischen Parteien zur „Ostjudenfrage“ in der Zwischenkriegszeit auch auf den Wiener Gemeinderat zu:

“Niemand nimmt sich ihrer an. [...] Die Christlichsozialen und Deutschnationalen haben den Antisemitismus als wichtigen Programmpunkt. Die Sozialdemokraten fürchten den Ruf einer ‚jüdischen Partei‘. Die Jüdischnationalen sind ziemlich machtlos.”⁴⁷⁹

Verhandlungspunkte, Argumentationslinien und Bilder

Die Untersuchung der Gemeinderatssitzungen ergab, dass besonders der Verhandlungsgegenstand der Wohnungsfürsorge Anlass für „Ostjudendebatten“ war. Dabei wurde ein Kanon von stereotypen Vorurteilen bedient, die zu Beginn der Ersten Republik auch in Politik und Presse virulent waren.

Die Ausweisung der Weltkriegsflüchtlinge oblag nicht dem Kompetenzbereich der Stadt Wien, wurde allerdings trotzdem häufig im Gemeinderat thematisiert. Die zahlreichen Anfragen und Anträge christlichsozialer Abgeordneter, in denen die Abschiebung der „OstjüdInnen“ gefordert wurde, hielten die Debatte im Gemeinderat am Leben. Die beiden Großparteien im Wiener Gemeinderat waren sich darüber einig, dass die Abschiebung der jüdischen Geflüchteten forciert und ein weiterer Zuzug von Juden und Jüdinnen nach Wien

⁴⁷⁹ Joseph Roth, *Juden auf Wanderschaft*, hg. v. Karl-Maria Guth (Berlin 2015) 81.

verhindert werden müsse. Im Diskurs über die Ausweisung von jüdischen Geflüchteten wurden die Gründe der Flucht während und nach dem Krieg bagatellisiert oder ausgeblendet.

In der Arbeit konnte gezeigt werden, wie der vorurteilsbehaftete Diskurs über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina antisemitischen PolitikerInnen den Spielraum gab, die Geflüchteten ungehindert zu beschimpfen und Pogrome gegen sie zu verharmlosen. Gewalt gegen „OstjüdInnen“ wurde als eine nachvollziehbare Reaktion auf deren vermeintlich schlechtes Verhalten dargestellt. In dieser Atmosphäre drohten deutschnationale und christlichsoziale Gemeinderäte nicht nur jüdischen Geflüchteten, sondern auch jüdischen Gemeinderatsmitgliedern wiederholt mit Gewalt.

Die Evakuierung der Bevölkerung Galiziens und der Bukowina nach Wien während des Ersten Weltkrieges und die Zustände an den ehemaligen Frontgebieten wurden in den Debatten lediglich von jüdischnationalen und liberalen Abgeordneten thematisiert. Die rechten Parteien zeichneten hingegen das Bild des „ostjüdischen“ Kriegsgewinners, der Österreich im Krieg verraten hätte und es sich in Wien gut gehen habe lassen, während die „deutschösterreichischen“ Soldaten tapfer gekämpft hätten. Das Bild des feigen „Ostjuden“, der von den Grauen des Krieges sogar noch profitiert hätte, war die Negativschablone zum „Deutschösterreicher“, der im Krieg gelitten und verloren hatte. Verknüpft wurde das Bild meist mit der Behauptung, die jüdischen Geflüchteten wären im Laufe des Krieges durch Schiebergeschäfte zu Millionären geworden. Die „OstjüdInnen“ wurden in diesen Reden sowohl für die Kriegsniederlage Österreich-Ungarns als auch für die schwierige wirtschaftliche und politische Situation des neuen Staates verantwortlich gemacht.

Die Debatten über „OstjüdInnen“ standen häufig in Zusammenhang mit der nationalistischen Forderung der Wahrung des deutschen Charakters der Stadt Wien. Zu Beginn der Ersten Republik versuchten besonders die rechten Parteien, eine völkische Auffassung von Nation im Gemeinderat durchzusetzen. Juden und Jüdinnen aus Galizien und der Bukowina, die wenige Jahre zuvor noch demselben Staatsgebilde wie die WienerInnen angehört hatten und oft sogar Deutsch sprachen, wurden als Fremde und als Bedrohung für den deutschen Charakter des Staates bezeichnet. Die Christlichsozialen und Deutschnationalen vertraten die völkische Vorstellung, Juden und Jüdinnen würden einer anderen Nation, beziehungsweise einer anderen „Rasse“ als die DeutschösterreicherInnen angehören. Auf dieser Grundlage wurden die gesetzliche Diskriminierung und der Ausschluss von Juden und Jüdinnen gefordert. Besonders nordosteuropäische jüdische Flüchtlinge seien eine Gefahr für die „christlichdeutsche Kultur“. Die Geflüchteten wurden gleichzeitig als Fremde und als JüdInnen diskriminiert. Der Begriff „Ostjude“ wurde verwendet, um das Bild der jüdischen Geflüchteten als Fremde schlechthin zu unterstreichen. Mehr noch, jüdische

Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina wurden im Gemeinderat als „entarteter“, verdorbener Teil des Judentums dargestellt.

Im Zentrum des Diskurses über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina stand die Behauptung, jene wären für den Engpass an Lebensmitteln und den Mangel an Wohnraum in Wien verantwortlich. Die Ausweisung der Weltkriegsflüchtlinge, so die Meinung der großen Parteien im Wiener Gemeinderat, sei eine Notwendigkeit, um die wirtschaftliche Krise des neuen Staates zu überwinden. So bediente sich der niederösterreichische Landeshauptmann Sever eben dieser Argumentationslinie, um den Erlass zur Ausweisung der Kriegsflüchtlinge aus den ehemaligen Kronländern Galizien und der Bukowina im September 1919 zu rechtfertigen. In der Arbeit konnte gezeigt werden, dass die Lebensmittelknappheit nicht auf die Anwesenheit der Geflüchteten zurückzuführen ist, sondern eine Folge der Kriegswirtschaft und der wirtschaftlichen Separation der vormaligen Gebiete der Habsburgermonarchie war. Auch die Wohnungsnot war kein Resultat des Zuzugs der Weltkriegsflüchtlinge, immerhin war die Zahl der EinwohnerInnen Wiens im Ersten Weltkrieg massiv gesunken. Die Ursachen für den Mangel an Wohnungen zu Beginn der Zwischenkriegszeit waren vielmehr in der Zunahme von Haushaltsneugründungen und der Stagnation des städtischen und privaten Wohnbaus während des Krieges zu suchen.

Die eben beschriebene ökonomische Argumentationslinie, die im Wiener Gemeinderat von den meisten Abgeordneten geteilt wurde, steht in engem Zusammenhang mit den antisemitischen Bildern, die von den jüdischen Geflüchteten aus Galizien und der Bukowina gezeichnet wurden. „OstjüdInnen“ wurden regelmäßig der Schieberei, Preistreiberei sowie des Schleich- und Kettenhandels bezichtigt. Der Begriff „Schieber“ wurde in einigen Reden sogar als Synonym für jüdische Flüchtlinge verwendet. Mit ihren Geschäften, so die antisemitische Argumentationslinie, würden die nordosteuropäischen JüdInnen die deutschösterreichische Wirtschaft vergiften. Häufig wurde argumentiert, die Wirtschaft könne nur durch die Ausweisung der „volksfremden Elemente“ „genesen“. In diesem Zusammenhang wurden meist Allegorien zur Biologie gezogen und JüdInnen aus Galizien und der Bukowina mit Krankheiten in Verbindung gebracht, die den deutschösterreichischen „Volkskörper“ vermeintlich bedrohen würden.

In der Arbeit konnte gezeigt werden, wie die antisemitische Argumentationslinie, die jüdischen Weltkriegsflüchtlinge seien an der Wohnungsnot in Wien Schuld, innerhalb des Untersuchungszeitraums die Deutungshoheit gewann und ab Sommer 1920 zur Delogierung von „ostjüdischen“ Geflüchteten aus ihren Wohnungen führte. Abgeordnete der Christlichsozialen Partei verfolgten seit 1919 die Strategie, die Anzahl an jüdischen Geflüchteten bewusst zu überhöhen und die Ausweisung der „Ostjuden“ und „OstjüdInnen“ als Lösung für den Mangel an Wohnraum zu propagieren. Dabei wurde meist behauptet, die

jüdischen Flüchtlinge würden in besseren Verhältnissen als die Wiener Bevölkerung leben. Im Sommer 1920 erließ die sozialdemokratische Stadtregierung ein Gesetz, welches die Delogierung von Kriegsflüchtlingen aus Galizien und der Bukowina aus ihren Wohnungen und die Auflösung ihrer Mietverträge ermöglichte. Die Auswirkungen dieses Gesetzes waren für viele jüdische Familien verheerend. Nachdem die Christlichsozialen fast zwei Jahre konsequent die Anwesenheit der „OstjüdInnen“ als Hauptursache für die Wohnungsnot darstellten, gab Leopold Kunschak Ende 1920 schließlich zu, dass das Problem der Wohnungsnot nicht durch Ausweisung der Weltkriegsflüchtlinge aus den ehemaligen nordöstlichen Kronländern gelöst werden könnte. Die Delogierung und Ausweisung der jüdischen Weltkriegsflüchtlinge wurde dennoch gefordert und forciert.⁴⁸⁰

Antisemitisch und fremdenfeindlich aufgeladene Reden über jüdische Geflüchtete verbanden meistens verschiedene Stereotype über „OstjüdInnen“. Ein besonders deutliches Beispiel hierfür ist die Anfrage des christlichsozialen Abgeordneten Karl Rummelhardt vom 24. April 1919. Um bei der Analyse der Debatten verschiedene Aspekte der Vorurteile über jüdische Geflüchtete thematisieren zu können, wurde die Anfrage in der vorliegenden Arbeit in Abschnitte geteilt und unterschiedlichen Kapiteln zugeteilt. Als Ganzes genommen bediente sie allerdings einige der in der Arbeit beschriebenen Bilder und Argumentationslinien. Sie begann mit der Unterstellung, der sozialdemokratische Staatskanzler habe den osteuropäischen jüdischen Geflüchteten versichert, dass diese nicht ausgewiesen werden würden, und endete mit der Forderung, die osteuropäischen Geflüchteten zu enteignen und entweder auszuweisen oder in Lagern unterzubringen. Jüdische Geflüchtete wurden in der Anfrage als SchleichhändlerInnen, KriegsgewinnerInnen und MillionärInnen portraitiert, die sich vor dem Kriegsdienst gedrückt und die Wiener Gastfreundschaft ausgenutzt hätten, obwohl sie ungehindert heimkehren hätten können. Die Ausweisung, Internierung und Enteignung wurde schließlich als Reaktion auf das vermeintlich dreiste Verhalten der jüdischen Weltkriegsflüchtlinge dargestellt. Der Aufbau der Anfrage zeigt, wie stereotype Bilder verwendet wurden, um politische Forderungen argumentativ zu untermauern.

Auffällig bei der Analyse der Debatten im Wiener Gemeinderat war, dass antisemitische Bilder, die über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina konstruiert wurden, selten eine antikomunistische Stoßrichtung aufwiesen. Kommunismus wurde eher mit einer anderen Gruppe jüdischer Flüchtlinge in Verbindung gebracht, und zwar mit ungarischen JüdInnen, die 1919 nach Wien geflohen waren, um den antisemitischen

⁴⁸⁰ Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Leopold Kunschak vom 10. Dezember 1920, 724.

Pogromen der Truppen Horthys zu entgehen.⁴⁸¹ Antisemitische Reden über ungarische Geflüchtete waren antikommunistisch und hatten meist einen verschwörungstheoretischen Charakter. Solche Reden waren in den Gemeinderatsdebatten in den Jahren 1919 und 1920 präsent, konnten aber in der vorliegenden Arbeit nur am Rande erwähnt werden.

Die Analyse des Diskurses über jüdische Geflüchtete aus Galizien und der Bukowina im Wiener Gemeinderat ergab, dass antisemitische und fremdenfeindliche Bilder nicht nur in den Sitzungsdebatten bedient, sondern auch zur Grundlage für restriktive Politik und Diskriminierung gemacht wurden. Die Arbeit zeigt den Umgang mit Geflüchteten zu Beginn der Ersten Österreichischen Republik. Bemerkenswert ist dabei, dass einige diskursive Strategien, so etwa die Opfer-Täter-Umkehr, der Vorwurf des Ausnutzens von Gastfreundschaft oder die Homogenisierung und Abwertung von Flüchtlingsgruppen⁴⁸², sich auch in der Zweiten Republik fortsetzten und bis heute in Diskursen über Geflüchtete in Österreich angewandt werden.

⁴⁸¹ Siehe dazu: Amtsblatt der Stadt Wien, Sitzungsprotokolle des Gemeinderates 1919, Rede Oswald Glasauer vom 11. Juli 1919, 1882ff, sowie: Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920, Wien 1920, Druckschriften Depot Rathaus, Rede Karl Rummelhardt vom 23. Juni 1920, 106, sowie: ebda., Rede Franz Haider vom 31. Juli 1920, 306.

⁴⁸² Siehe dazu: Bernd *Matouschek* / Ruth *Wodak* / Franz *Januschek*, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995).

10. Literatur- und Quellenverzeichnis

10.1. Primärquellen

Neue Freie Presse, Warnung vor dem Zuzug nach Wien. In: *Neue Freie Presse* (04. Februar 1919) 9, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19190204&seite=8&zoom=33&query=%22Warnung%22%2B%22vor%22%2B%22dem%22%2B%22Zuzug%22%2B%22nach%22%2B%22Wien%22&ref=anno-search>> (16.01.2019).

Österreichische Nationalbibliothek, ALEX. Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Kundmachung vom 10. Juni 1920, Z. VI-840: Wohnungsanforderungen, Änderung der Kundmachung vom 30. Juni 1919, Z. I a-1677/49, L. G. und V. Bl. Nr. 160, 355, In: Landesgesetzblatt NÖ 1848-1971, online unter <<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=lg&datum=19200004&seite=00000264>> (05.01.2019).

Stenographische Protokolle der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung vom 27.11.1918, Rede des großdeutschen Abgeordneten Wolf, 179 ff.

Wiener Morgenzeitung, Die Anforderungen von Wohnungen. In: ders. Nr. 532 (16. Juli 1920) 4. In: Österreichische Nationalbibliothek, ANNO. Historische österreichische Zeitungen und Zeitschriften, Wiener Morgenzeitung, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrm&datum=19200716&query=%22Anforderung%22&ref=anno-search&seite=4>> (05.01.2019).

Wiener Zeitung, Warnung vor dem Zuzug nach Wien. In: *Wiener Zeitung* (04. Februar 1919) 4, online unter <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wrz&datum=19190204&seite=4&zoom=33&query=%22Warnung%22%2B%22vor%22%2B%22dem%22%2B%22Zuzug%22%2B%22nach%22%2B%22Wien%22&ref=anno-search>> (16.01.2019).

Wienbibliothek Digital

Wienbibliothek im Rathaus, Amtsblatt der Stadt Wien (Wien 1892-), online unter <<https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrobv/periodical/pageview/1655884?query=Sitzungen>> (03.01.2019).

Wienbibliothek im Rathaus, Protokolle (Stenographische Berichte) der Gemeinderatssitzungen 1920 (Wien 1920) Druckschriften Depot Rathaus.

10.2. Sekundärliteratur

Evelyn Adunka, Jakob und Irma Ehrlich. In: Dieter J. Hecht./ *Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg* (Hg.), *Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte* (Wien/Berlin 2009) 205-208.

Peter Autengruber / Birgit Nemec / Oliver Rathkolb / Florian Wenninger, *Umstrittene Wiener Straßennamen* (Wien 2014).

Rainer Bauböck, *Zur Sozialdemokratischen Wohnungspolitik 1919 - 1934. Mieterschutz, Wohnungsanforderung und kommunaler Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung Wiens* (Wien 1976).

Werner Bergmann/ Ulrich Wyrwa, *Antisemitismus in Zentraleuropa* (Darmstadt 2011).

Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollack / Nina Scholz (Hg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert*. Wien 1990.

Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollack / Nina Scholz (Hg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert* (Wien 2002).

Steven Beller, *Wien und die Juden. 1867-1938* (Wien/Köln/Weimar 1993).

Markus Benesch, *Die Geschichte der Wiener Christlichsozialen Partei zwischen dem Ende der Monarchie und dem Beginn des Ständestaates* (Wien 2010).

Markus Benesch, *Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910-1934. Eine Geschichte der Zerrissenheit in Zeiten des Umbruchs* (Wien 2014)

Ernst Bruckmüller (Hg.), *Personenlexikon Österreich* (Wien 2001).

Hannelore Burger, *Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart* (Wien/Köln/Graz 2014).

Hannelore Burger, *Heimat- und Staatenlos. Zum Ausschluss (ost-)jüdischer Flüchtlinge aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Ersten und Zweiten Republik*. In: Börries Kuzmany / Rita Garstenauer (Hg.), *Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert* (Wien 2017) 156-174.

Armin Burkhardt, *Das Parlament und seine Sprache* (Tübingen) 2003.

Peter Csendes / Ferdinand Oppl (Hg.), *Wien. Geschichte einer Stadt. Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart* (Wien/Köln/Weimar 2006).

Peter Eigner / Andrea Helige (Hg.), *Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. 175 Jahre Wiener Städtische Versicherung* (Wien/München 1999).

Matthias *Falter* / Saskia *Stachowitsch*, Political Jewish Studies. Politikwissenschaftliche Analyse jüdischer politischer Repräsentation und Partizipation. In: Eva *Kreisky* / Saskia *Stachowitsch* (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017) 19-33.

Matthias *Falter* / Saskia *Stachowitsch*, Antisemitismus und jüdische Politik im Parlament. In: Eva *Kreisky* / Saskia *Stachowitsch* (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im Österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017) 93-208.

Bruno *Frei*, Jüdisches Elend in Wien. Bilder und Daten (Wien/Berlin 1920).

Ingobert Goldemund (Hg.), Das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht. Mit erläuternden Anmerkungen, einschlägigen Nebengesetzen und der Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe (Wien 1969)

Margarete *Grandner*, Staatsbürger und Ausländer. Zum Umgang Österreichs mit den jüdischen Flüchtlingen nach 1918. In: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995).

Sylvia *Hahn*, Migration in Wien um 1900, in: Elisabeth *Röhrlich*, Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende (Wien 2016) 173-192.

Markus Erwin *Haider*, Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866-1938 (Wien/Köln/Weimar 1998).

Brigitte *Hamann*, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators (München/Zürich 1996).

Heiko *Haumann*, Luftmenschen und rebellische Töchter. Zum Wandel ostjüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert (Köln/Weimar/Wien 2003)

Dieter J. *Hecht*. / *Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg* (Hg.), Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte (Wien/Berlin 2009).

Dieter J. *Hecht*, Bruno und Charlotte Pollack-Parnau. In: ders./ *Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg* (Hg.), Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte (Wien/Berlin 07/2009) 209-212.

Ludger *Heid*, Achtzehntes Bild. „Der Ostjude“. In: Julius H. Schoeps/ Joachim Schlör (Hg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen (München 1995) 241-251.

Elisabeth *Heimann*, Migrationsziel Wien. In: Elisabeth *Röhrlich* (Hg.), Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende (Wien 2016) 399-423.

Gernot *Heiss* / Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995).

Klaus Hödl, Als Bettler in der Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien (Wien 1994).

Klaus Hödl, Galizische Juden und Jüdinnen in Wien. Einige Gründe für deren Stereotypisierung. In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/Köln/ Weimar 2016) 221-242.

Wolfgang Hösl / Gottfried Pirhofer, Wohnen in Wien 1848 - 1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens (Wien 1988).

Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung (Hamburg 2001).

Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“: Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995).

Beatrix Hoffmann-Holter, Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien. In: Gernot Heiss / Oliver Rathkolb (Hg.), Asyl und Widerstand. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995) 45-59.

Michael John, Hausherrenmacht und Mieterelend. Wohnverhältnisse und Wohnerfahrung der Unterschichten in Wien 1890-1923 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd 14, Wien 1982).

Stefan Karner (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017).

Reiner Keller, Diskursforschung. Einführung für SozialwissenschaftlerInnen (Opladen 2004).

Gabriele Kohlbauer-Fritz, Die Zerstörung von Synagogen und jüdischem Kulturgut in Galizien und der Bukowina. In: Marcus Patka, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 143-148.

Eva Kreisky / Saskia Stachowitsch (Hg.), Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im Österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017).

Börries Kuzmany / Rita Garstenauer (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert (Wien 2017).

Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse (Frankfurt am Main 2009).

Isabella Lehner, Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892-1912). In: Elisabeth Röhrlich (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/Köln/Weimar 2016).

Albert Lichtblau, Antisemitismus 1900-1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank Stern/ Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009).

Albert *Lichtblau*, Zufluchtsort Wien. Jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. In: Marcus *Patka*, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 134-142.

Anne *Lipphardt*, Wo liegt Osten? Zur (Selbst-)Verortung osteuropäischer Juden. In: Philipp *Mettauer* / Barbara *Staudinger* (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015) 13-28.

Bernd *Matouschek* / Ruth *Wodak* / Franz *Januschek*, Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz (Wien 1995) 53.

Walter *Mentzel*, Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg (Wien 1997).

Walter *Mentzel*, Die Flüchtlingspolitik der Habsburgermonarchie während des Ersten Weltkrieges. In: Börries *Kuzmany* / Rita *Garstenauer* (Hg.), Aufnahmeland Österreich. Über den Umgang mit Massenflucht seit dem 18. Jahrhundert (Wien 2017) 126-156.

Philipp *Mettauer* / Barbara *Staudinger* (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften Jg.3, H. 4: Antisemitismus (1992).

Marcus *Patka*, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014).

Franz *Patzer*, Der Wiener Gemeinderat 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Wien und ihrer Volksvertreter (Wiener Schriften Heft 15, Wien 1961).

Franz *Patzer*, Streiflichter auf die Wiener Kommunalpolitik (1919-1934). Veröffentlichungen aus der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (Wiener Schriften Heft 40, Wien/München 1978).

Bruce F. *Pauley*, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993).

Bruce F. *Pauley*, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Gerhard *Botz* / Ivar *Oxaal* / Michael *Pollack* / Nina *Scholz* (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 1990) 221-246.

Anton *Pelinka*, Sozialdemokratie und Antisemitismus. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften Jg.3, H. 4: Antisemitismus (1992) 540-554.

Anton *Pelinka*, Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938 (Wien/Köln/Weimar 2017).

Andreas *Pittler*, Jakob Reumann 1853-1925 (Wien 2011).

Peter *Pulzer*, Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus. In: Gerhard *Botz* / Ivar *Oxaal* / Michael *Pollack* / Nina *Scholz* (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 121-140.

Oliver *Rathkolb* / Florian *Wenninger*, Politik. In: Peter *Autengruber* / Birgit *Nemec* / Oliver *Rathkolb* / Florian *Wenninger*, Umstrittene Wiener Straßennamen (Wien 2014) 134-171.

Michaela *Raggam-Blesch*, Zwischen Ost und West. Identitätskonstruktionen jüdischer Frauen in Wien (Innsbruck/Wien/Bozen 2008).

Rázus Martin / *Savić Šarko*, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (Band 9/ Wien 1988).

David *Rechter*, The Jews of Vienna and the First World War, (London/Portland, Oregon 2001).

David *Rechter*, Die große Katastrophe. Die österreichischen Juden und der Krieg. In: Marcus *Patka*, Weltuntergang. Jüdisches Leben und Sterben im Ersten Weltkrieg (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 12-25.

H. *Reitterer*, Rotter, Johann (Hans). In: *Rázus Martin* / *Savić Šarko*, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (Band 9/ Wien 1988) 295.

Elisabeth *Röhrlich* (Hg.), Migration und Innovation um 1900 (Wien/ Köln/ Weimar 2016).

Josef *Roth*, Juden auf Wanderschaft, hg. v. Karl-Maria *Guth* (Berlin 2015).

Samuel *Salzborn*, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich (Frankfurt am Main 2010).

Roman *Sandgruber*, Österreichs Wirtschaft 1918-1938. Überblick und Weichenstellungen. In: Stefan *Karner* (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017).

Desanka *Schwara*, Luftmenschen. Ein Leben in Armut. In: Heiko *Haumann*, Luftmenschen und rebellische Töchter. Zum Wandel ostjüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert (Köln/Weimar/Wien 2003) 71-222.

Maren *Seliger*, Scheinparlamentarismus im Führerstaat. „Gemeindevertretung“ im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Funktionen und politische Profile Wiener Räte und Ratsherren 1934-1945 im Vergleich (Wien 2010).

Saskia *Stachowitsch*, Jüdische Identitäten und antisemitische Politiken im österreichischen Parlament 1861-1933 (Wien/Köln/Weimar 2017).

Barbara *Staudinger*, Unerwünschte Fremde. Galizische Juden in Wien: Zwischen Integration, Wohlfahrt und Antisemitismus. In: Philipp *Mettauer* / dies. (Hg.), „Ostjuden“ - Geschichte und Mythos, (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Annemarie *Steidl*, Ein attraktiver Anziehungspunkt für Zuwanderer aus ganz Europa. Wandlungsmuster nach Wien. In: Andreas *Weigl* / Peter *Eigner* / Ernst Gerhard *Eder* (Hg.), Sozialgeschichte Wien 1740-2010. Soziale und ökonomische Ungleichheiten, Wandlungsbewegungen, Hof, Bürokratie, Schule, Theater (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Frank *Stern* / Barbara *Eichinger* (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkulturation-Antisemitismus-Zionismus (Wien/Köln/Weimar 2009).

Thomas *Stoppacher*, Zäsur Erster Weltkrieg? Die Radikalisierung des Antisemitismus in der österreichischen Politik (1917-1919). In: Réka *Szentiványi* / Béla *Telek*, Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen, Mitteleuropa im 20. Jahrhundert. Tagungsband zur 5. Internationalen Doktorandentagung (Wien 2017) 39-62.

Stefan *Titscher* / Ruth *Wodak* / Michael *Meyer* / Eva *Vetter*, Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick (Opladen 1998).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik (München 2009).

Andreas *Weigl* / Peter *Eigner* / Ernst Gerhard *Eder* (Hg.), Sozialgeschichte Wien 1740-2010. Soziale und ökonomische Ungleichheiten, Wandlungsbewegungen, Hof, Bürokratie, Schule, Theater (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Susanne *Wein*, Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik (Frankfurt am Main 2014).

Robert S. *Wistrich*, Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden, In: Gerhard *Botz* / Ivar *Oxaal* / Michael *Pollack* / Nina *Scholz* (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus im Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002) 169-180.

10.3. Internetquellen

E. *Lebensaft* / Ch. *Mentschl*, Sedlak, Karl (1862-1930), Journalist. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter <http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_S/Sedlak_Karl_1862_1930.xml> (06.01.2019).

Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938, Leopold Plaschkes, letzte Änderung 12.06.2014, online unter: <https://gedenkbuch.univie.ac.at/index.php?id=435&no_cache=1&person_single_id=40482&person_name=&person_geburtstag_tag=not_selected&person_geburtstag_monat=not_selected&person_geburtstag_jahr=not_selected&person_fakultaet=not_selected&person_kategorie=&person_volltextsuche=&search_person.x=1&result_page=98> (15.01.2019).

Gerhard *Hartmann*, Richard Schmitz. In: *Österreichischer Cartellverband*, Biographisches Lexikon, letzte Änderung 08.09.2016. online unter <<https://www.oecv.at/Biolex/Detail/12500821>> (16.01.2019).

GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, Belastete Begriffe – Judenschule, Zürich 2015, online unter <<https://gra.ch/bildung/gra-glossar/begriffe/belastete-begriffe/judenschule/>> (05.01.2019).

N. *Vielmetti*, Plaschkes, Leopold (1884-1942), Jurist und Politiker. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter <https://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_P/Plaschkes_Leopold_1884_1942.xml> (15.01.2019).

Otto *Krause*, Johann Alfred Breuer, In: Biographisches Handbuch des NÖ Landtages. 1861-1921, online unter <https://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1861-1921.pdf> (07.01.2019).

R. *Mannhard*, Schwarz-Hiller von Jiskor, Rudolf (1876-1932), Rechtsanwalt und Politiker. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter <http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_S/Schwarz-Hiller-Jiskor_Rudolf_1876_1932.xml> (06.01.2019).

Stadt Wien, BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen im 8. Bezirk seit 1945, online unter <<https://www.wien.gv.at/kultur/archiv/politik/bezirk08.html>> (08.01.2019).

Stadt Wien, Gemeinderat – Organ der Gemeinde Wien, online unter <<https://www.wien.gv.at/verwaltung/organisation/koerperschaft/gemeinde/gemeinderat.html>> (15.01.2019).

Universität Graz, Geisteswissenschaftliche Fakultät, online unter <<https://gewi.uni-graz.at/de/mitarbeiten/projektassistentinnen/magphil-bakkphil-thomas-stoppacher/>> (05.01.2019).

W. de Waal, Rummelhardt, Karl (1872-1930), Politiker und Lehrer. In: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung, Österreichisches Biographisches Lexikon, online unter <https://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_R/Rummelhardt_Karl_1872_1930.xml;internal&action=hilite.action&Parameter=Rummelhardt*> (06.01.2019).

Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Gemeinderat, Wiener, online unter <<http://www.dasrotewien.at/seite/gemeinderat-wiener>> (15.01.2019).

Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Julius Bermann, online unter <<http://www.dasrotewien.at/seite/bermann-julius>> (06.01.2019).

Wiener Geschichte Wiki, Leopold Kunschak, letzte Änderung 28. November 2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Leopold_Kunschak> (15.01.2019).

Wiener Geschichte Wiki, Deutschnationale Bewegung, letzte Änderung 13.10.2017, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Deutschnationale_Bewegung> (19.12.2018).

Wiener Geschichte Wiki, Gemeinderatswahlen, letzte Änderung 5.10.2018, online unter <[https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen#Monarchie - Christlichsoziale .C3.84ra .281895-1918.29](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen#Monarchie_-_Christlichsoziale_.C3.84ra_.281895-1918.29)> (19.12.2018).

Wiener Geschichte Wiki, Jakob Ehrlich, letzte Änderung 13.09.2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Jakob_Ehrlich> (06.01.2019).

Wiener Geschichte Wiki, Jakob Reumann, letzte Änderung 18.12.2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Jakob_Reumann> (06.01.2019)

Wiener Geschichte Wiki, Rotes Wien, letzte Änderung 07.12.2018, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Rotes_Wien> (06.01.2019).

Wiener Geschichte Wiki, Julius Bermann, letzte Änderung 18.01.2017, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Julius_Bermann> (06.01.2019).

Wikipedia, Richard Schmitz, letzte Änderung 21.12.2018, online unter <[https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Schmitz_\(Politiker,_1885\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Schmitz_(Politiker,_1885))> (06.01.2019).

Wikipedia, Johann Alfred Breuer, letzte Änderung 22.11.2016, online unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Alfred_Breuer> (06.01.2019).

Wikipedia, Palais Pollack-Parnau, letzte Änderung 2. Dezember 2018, online unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Palais_Pollack-Parnau> (15.01.2019).

Wikipedia, Julius Bermann, letzte Änderung 01.05.2017, online unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Bermann> (06.01.2019).

Jakob Zirm, NS-Regime. Das reiche Erbe einer dunklen Zeit. In: *Die Presse* (02.10.2011), online unter <https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/697614/NSRegime_Das-reiche-Erbe-einer-dunklen-Zeit> (15.01.1919).

Abstract

Die Diplomarbeit untersucht Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit gegenüber jüdischen Weltkriegsflüchtlingen aus Galizien und der Bukowina in Debatten des Wiener Gemeinderates aus den Jahren 1919 und 1920.

Während des Ersten Weltkriegs flohen hunderttausende Menschen vor den Kriegshandlungen an der nordöstlichen Front, ein großer Teil der Bevölkerung wurde von der k.u.k. Armee evakuiert. Viele JüdInnen aus Galizien und der Bukowina gelangten auf diesem Wege während des Krieges nach Wien. Zu Beginn der Ersten Österreichischen Republik lebten noch etwa 25.000 jüdische Geflüchtete aus den ehemaligen Kronländern Galizien und der Bukowina in der österreichischen Hauptstadt. Nach Ende des Ersten Weltkrieges stand die Demagogie gegen „OstjüdInnen“ im Zentrum der antisemitischen Agitation in Wien. Die ehemaligen BürgerInnen der Habsburgermonarchie wurden nach Ausrufung der Republik Deutschösterreich zu „AusländerInnen“ gemacht.

Die diskursanalytische Untersuchung der Sitzungen des Wiener Gemeinderates zeigt, wie antisemitische Hetze gegen jüdische Geflüchtete die Debatten prägte und politische Entscheidungen beeinflusste. Mit Hilfe von Methoden der kritischen Diskursanalyse nach Ruth Wodak werden antisemitische Bilder über „OstjüdInnen“ und judenfeindliche Argumentationslinien in den Gemeinderatsdebatten offen gelegt. Die Arbeit beschreibt außerdem, wie antisemitisch geprägte Argumentationslinien gegen jüdische Geflüchtete in einer Zeit, in der das deutschnationale Lager im Wiener Gemeinderat kaum vertreten war und die Sozialdemokratische Partei die absolute Mehrheit hatte, die Deutungshoheit gewinnen konnte. Verantwortlich dafür war besonders die christlichsoziale Oppositionspolitik, die angesichts der antisemitisch aufgeladenen Stimmung innerhalb der Bevölkerung im Gemeinderat leichtes Spiel hatte.